

Abonnements-Bedingungen:

Abonnements-Preis... Einzelne Nummer 5 Pf.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Die Insertions-Gebühr... beträgt für die festgesetzte Kolonnen-

Telegraphen-Adressen: „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3. Dienstag, den 31. Oktober 1916. Expedition: SW. 68, Lindenstraße 3.

Von rechts und links.

Die erregten Verhandlungen des Reichstags vom 28. Oktober werden wohl recht vielen zu nachdenklichen Betrachtungen Anlaß geben.

An die Leser des „Vorwärts“!

Zum Monatswechsel richten wir an die Leser des „Vorwärts“ die Bitte, treu zu ihrem Blatt zu halten und für die Werbung neuer Leser unermüdet tätig zu sein.

Organ der Berliner freien Gewerkschaften. Sein Kampf gilt der Verbesserung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse, dem Arbeiterschutz, der Arbeitslosenversicherung.

Werbt für Euer Blatt!

Gegen Zensur und Belagerungszustand!

Die Sonnabendverhandlung des Reichstags über die militärische Schutzhaft hatte bereits den wirkungsvollsten Auftakt zu den Beratungen am Montag geschaffen.

allmählich zum Bewußtsein gekommen oder gebracht worden, daß die überlegene und aggressive Art seines bisherigen Auftretens nicht nur ihm schadet — was schließlich zu ertragen wäre! — sondern auch der Regierung und ihrer Politik.

Die griechischen Wirren.

Zurückziehung der thessalischen Truppen? London, 29. Oktober. (W. Z. V.) „Oberber“ berichtet aus Athen vom 27. Oktober, die Regierung habe den sofortigen Abtransport der griechischen Armee aus Thessalien befohlen.

Die Meldung des türkischen Hauptquartiers.

Konstantinopel, 29. Oktober. (W. Z. V.) Amtlicher Heeresbericht vom 29. Oktober.

Der bulgarische Kriegsbericht.

Sofia, 30. Oktober. (W. Z. V.) Bericht des Generalstabs vom 30. Oktober.

Unmöglich wäre es, die Verantwortung für die geschehenen Abscheulichkeiten auf die allmächtigen Militärbehörden abzumwälzen. Auf solche Versuche müßte man mit dem alten politischen Spottvers antworten: Was geht ihr der Regierung schuld und klagt sie schmächtig an?

Philipp Scheidemann.

Die feindlichen Heeresberichte.

Der französische Tagesbericht.

Vom 29. Oktober nachmittags. (W. L. B.) An der Somme-Front erzielten die Franzosen einige Fortschritte in der Gegend von Sailly-Saillies und in der Gegend von Biaches und machten Gefangene. Nördlich von Verdun dauert der Artillerielampf ohne Infanterietätigkeit an. Von der übrigen Front ist nichts zu melden.

Orientarmee: Auf dem linken Ufer der Struma schlugen die Engländer Gegenangriffe der Bulgaren nördlich von Ormanli zurück. Im Gernabogen machten die Serben neue Fortschritte. Im Laufe eines glänzenden Kampfes bemächtigten sich die Franzosen des Dorfes Ordiobova, und weiter nach links zwischen Renali und der Cerna nahm eines ihrer Regimenter ein System feindlicher Gräben. Auf dem linken Flügel hält der Artillerielampf sehr lebhaft an. Das Feuer der französischen Batterien sprengte ein Schießbedarfslager bei Belucino nördlich von Sibova.

Vom 29. Oktober abends. (W. L. B.) Südlich von der Somme griffen die Deutschen nach heftigem Geschützfeuer um 8 Uhr nachmittags unsere Stellungen im Norden und Süden von Maisonette an, wobei sie brennende Flüssigkeiten verwendeten. Unser Sperr- und Maschinengewehrfeuer ließ alle Angriffsversuche des Feindes scheitern und trieb ihn in seine Ausgangsgräben zurück. Nördlich von Verdun blieb der Artillerielampf in den Abschnitten von Sandromont und Douaumont sehr lebhaft; keine Infanterietätigkeit. Auf den übrigen Teilen der Front war der Tag ruhig.

Belgischer Bericht. Der Tag war an der belgischen Front ruhig.

Die englische Meldung.

Vom 29. Oktober nachmittags. (W. L. B.) Bei den gestrigen Kämpfen nordöstlich von Lesbocufs wurden 140 Gefangene gemacht.

Vom 29. Oktober abends. (W. L. B.) Wir rüdten heute früh nordöstlich von Lesbocufs weiter vor und nahmen noch einen feindlichen Graben. Der Feind besaß verschiedene Teile unserer Front südlich von der Ancre heftig. An anderen Stellen außer Feuerfähigkeit mit Unterbrechungen und Tätigkeit der Bombenwerfer nichts zu melden. Gestern machten unsere Flieger trotz ungünstigen Windes viele nützliche Erkundungsflüge; eins unserer Flugzeuge wird vermisst.

Bericht aus Saloniki vom 29. Oktober. Eine starke feindliche Aufklärungsabteilung wurde an der Strumafont nahe Valendra zurückgetrieben.

Der russische Kriegsbericht.

Vom 29. Oktober. (W. L. B.)

Westfront: Am Stabok, einem Nebenfluß des Stokod, in der Gegend der Dörfer Sitowitschi und Kufka Mirinska, sowie in der Gegend von Welich machten unsere Aufklärer erfolgreiche Erkundungsflüge. Auf der übrigen Front an verschiedenen Orten Artilleriefeuer und Kämpfe mit Handgranaten.

Kaukasusfront: Westlich von Saubschulag nahmen unsere Truppen zwei türkische Lebensmitteltransporte weg. In der Richtung von Hamadan schritten in der Morgenröthe des 28. Oktober starke türkische Kräfte zum Angriff, den wir nach erbittertem Kampfe zum Stehen brachten. Südlich der Linie Ahmetabad—Ruda—Bischoh—Durnid warfen wir Sturden bis zum Dorfe Tula zurück.

Rumänische Front: An der Siebenbürgischen Front schlugen wir durch unser Feuer den Feind, der in der Gegend von Negre südlich Dorna Balra zum Angriff geschritten war, ab. Im Ugutole schritten die rumänischen Truppen zum Angriff und trieben den Feind zurück. Sie nahmen dabei 10 Offiziere und 900 Soldaten gefangen. Im Szentale trieben die Rumänen einen erfolgreichen Angriff vor und nahmen den Berg Golu-Telcherlui wieder. Nördlich Kimmung nahmen unsere Verbündeten, die Rumänen, das Dorf Arestu, wobei sie 300 deutsche Gefangene machten und 6 Maschinengewehre und 2 Bombenwerfer erbeuteten. Im Ditziale brangen die Rumänen 10 Werk nördlich von Salatni vor. Der Feind, dessen vorderste Abteilungen gegen Tirau-Juliu im Juliatale vorgezogen waren, wurde durch die herbeigeeilten rumänischen Truppen geschlagen und einsticht in die Berge. Die Rumänen nahmen hier 900 Bayern gefangen und erbeuteten 2 Batterien Gebirgsbüchsen und 11 Maschinengewehre.

An der Dobrudschafront im Laufe des 28. Oktober keine Veränderung.

Meldung der italienischen Heeresleitung.

Vom 29. Oktober. (W. L. B.) Artillerielämpfe im Etichal, im Gebiet des Cauriol und an der Julischen Front. Schlechtes Wetter herrschte auf dem ganzen Kriegsschauplatz.

Vom 30. Oktober. (W. L. B.) Im Travignofotal (Avio) haben wir einen feindlichen Angriffsversuch auf den Nordhängen des Col Beicon abgeschlagen. Im Hochcordovole besetzte eine unserer Abteilungen südöstlich von Setaf durch einen Ueberfall eine vorgeübene Stellung, in der sie darauf einen Gegenangriff des Feindes widerstand. Auf dem Hochbau und an der Front in den Julischen Alpen Artillerietätigkeit. Man meldet einen ungewöhnlichen Verkehr von Jügen, die in den Bahnhöfen von Opela, Madresina und Dottogliane ankommen. Cadorna.

Der rumänische Bericht.

Vom 29. Oktober. (W. L. B.)

An der Nord- und Nordwestfront bei Julges und Viaz Artillerietätigkeit. Im Troins und Ugutale und an der Grenze bei Branca nichts Neues. Im Szentale behinderte schlechtes Wetter die Kampftätigkeit. Bei Tabladuzi, Gratooca und Brebelus ist die Lage unverändert. Im Grabovatale bielten wir durch Sperrfeuer einen Angriff des Feindes an, der über Glabuental und Vailulini vorrückte. Wir besetzten den Berg Unghia Mare. In der Gegend von Dragozlabla wiesen wir einen feindlichen Angriff gegen das Zentrum und den linken Flügel ab und machten auf dem rechten Flügel Fortschritte. Derselbe vom Alt greift uns der Feind mit starken Kräften an. Der Kampf ist noch im Gange. Im Jiu-Tale verfolgten wir in Fortsetzung der Offensive den Feind, der sich in die Berge zurückzieht. Wir machten noch 10 Offiziere und 250 bayerische Soldaten zu Gefangenen. Unterleutnant der Reserve Patrouille erbeutete mit seiner Abteilung zwei Batterien 10,5 Zentimeter-Gaubüchsen vom 21. bayerischen Artillerieregiment. Die Geschütze wurden sofort gegen den Feind gewandt und leisteten große Dienste. Sie nahmen noch vier Maschinengewehre und viele Munitionswagen. In der Gegend von Desova griff der Feind nach heftiger Artillerievorbereitung in Richtung Warul—Cocoful an, wurde aber zurückgeschlagen.

An der Südfront ist die Lage unverändert.

Vom U-Boot-Krieg.

Kopenhagen, 29. Oktober. (W. L. B.) Meldung des Rigaischen Bureaus. Der Dampfer „Jylland“ liegt in Frederikshavn die Besatzung des norwegischen Dampfers „Stemshest“ an Land, welcher mit Eisen und Holzmasse von Göteborg nach Hull unterwegs, in der Nordsee versenkt worden war. Er sank innerhalb fünf Minuten. Das U-Boot schleppte die Boote mit der Besatzung vier Stunden, worauf es sie an Bord des schwedischen Dampfers „Dorothea“ brachte. Von ihm übernahm „Jylland“ sie bei Slagen.

London, 29. Oktober. (W. L. B.) Lloyd's meldet, daß der russische Segler „Jungersoll“ und der dänische Dampfer „Sif“ versenkt worden sind.

Außerdem ist der russische Dampfer „Kiew“, von Archangel nach Leith, bei Nattray auf Strand gelassen. Er ist gänzlich verloren. 22 Fahrgäste und 62 Matrosen wurden gerettet, 7 werden vermisst.

Köln, 29. Oktober. (W. L. B.) Neuer Dampfer „Angeliki“, mit Freiwilligen nach Saloniki unterwegs, ist versenkt worden.

Meldung des Großen Hauptquartiers.

Amlich, Großes Hauptquartier, 28. Oktober 1916. (W. L. B.):

Westlicher Kriegsschauplatz.

Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht.

Auf vielen Stellen der Front nördlich der Somme lag von uns kräftig erwidertes feindliches Feuer. Bei einem Angriff aus der Linie Lesbocufs—Norsval gelang es dem Gegner, seine Einbruchsstelle in unseren vordersten Graben östlich Lesbocufs nach Süden in geringer Ausdehnung zu verbreitern; an allen anderen Punkten, an welchen er durch unser Sperrfeuer hindurch vorwärts kam, wurde er blutig abgewiesen.

Auf dem Südufer der Somme wurden das Gehöft La Raizonnette und die sich von dort nach Biaches hinziehenden französischen Stellungen in frischem Angriff durch das aus Berlinern und Brandenburgern bestehende Infanterieregiment Nr. 359 gestürmt, dem die durch Beobachtungspieger vortrefflich unterrichtete Artillerie wirkungsvoll vorgearbeitet hatte. 412 Gefangene, darunter 15 Offiziere, sind eingebracht.

Heeresgruppe Kronprinz.

An der Nordostfront von Verdun hielt der Geschütz-kampf an.

Ostlicher Kriegsschauplatz.

Front des Generalfeldmarschalls Prinz Leopold von Bayern.

Ein russischer Massensturm, durch stärksten Munitionseinsatz vorbereitet, brach westlich von Pastomyth und bald darauf auch östlich von Szelwow gegen unsere Stellungen vor. Beide Angriffe scheiterten im Abwehrfeuer unter blutigen Verlusten.

Front des Generals der Kavallerie Erzherzog Carl.

In den Waldkarpthen und dem südlich anschließenden ungarisch-rumänischen Grenzgebirge herrschte, abgesehen von Patrouillentätigkeit bei regnerischem Wetter Ruhe.

Südöstlich des Roten-Turmpasses wurden, Erfolge hanoberischer und mecklenburgischer Jäger vom Vortage erweiternd, mehrere jäh verteidigte rumänische Höhenstellungen im Sturm genommen.

Aus den letzten Kämpfen in dieser Gegend sind 18 Offiziere und über 700 Mann gefangen zurückgeführt worden.

Südwestlich des Szurdul-Passes haben die Rumänen eine unserer Seitenkolonnen zurückgedrängt.

Balkan-Kriegsschauplatz.

Heeresgruppe des Generalfeldmarschalls von Mackensen.

In der Nord-Dobrudscha stehen unsere verfolgten Abteilungen in Fühlung mit russischer Infanterie und Kavallerie.

Mazedonische Front.

Nach starker Artillerievorbereitung griffen gestern mehrmals serbische und französische Truppen an der Cerna zunächst in schmalen, dann in breiteren Abschnitten die deutschen und bulgarischen Stellungen an; im Sperrfeuer, nordöstlich von Belsjelo durch Gegenstoß, mißlangen die Angriffe vollkommen; ebenso vergeblich blieben Vorstöße des Feindes bei Kenali und Gradenuca.

Der Erste Generalquartiermeister, Lubendorff.

Der österreichische Generalstabsbericht.

Wien, 30. Oktober 1916. (W. L. B.) Amlich wird verlautbart:

Ostlicher Kriegsschauplatz.

Heeresfront des Generals der Kavallerie Erzherzog Carl.

Bei Orsova nichts Neues. — Südwestlich des Szurdul-Passes drängte der Feind eine unserer Geschützgruppen um einige Kilometer zurück. Südöstlich des Beres Toronyer (Roten-Turm) Passes erweiterten wir unsere Erfolge. Nördlich von Campulung wurden rumänische Vorstöße abgeschlagen.

An der ungarischen Ostgrenze ließ die Kampftätigkeit nach.

Heeresfront des Generalfeldmarschalls Prinz Leopold von Bayern.

Bei Pastomyth versuchten die Russen nach kurzem aber heftigstem Artilleriefeuer einen Massensturm; ihre Kolonnen brachen teils vor, teils in unseren Hindernissen zusammen. Ebenso scheiterte ein feindlicher Massenstoß bei Szelwow.

Italienischer Kriegsschauplatz.

Bei ungünstigen Sichtverhältnissen war gestern die feindliche Geschützaktivität im Rästentale geringer als in den vergangenen Tagen.

Südöstlicher Kriegsschauplatz.

Bei unseren Truppen unverändert.

Der Stellvertreter des Chefs des Generalstabes, v. Saefer, Feldmarschallleutnant.

London, 29. Oktober. (W. L. B.) „Daily News“ erfährt aus Athen über den Angriff auf den Dampfer „Angeliki“, daß der Dampfer am 28. Oktober um 9 Uhr abends 7 1/2 Meilen vom Viraus von einem deutschen U-Boot versenkt wurde. Das Schiff hatte 800 Freiwillige der nationalen Armee in Saloniki an Bord. Die Zahl der Ertrunkenen wurde zuerst mit 30 angegeben, man glaubt aber, daß sie größer ist.

Oslo, 30. Oktober. (W. L. B.) Meldung des schwedischen Telegraphenbureaus. Das Notorschiff „Ellen“, das am 22. Oktober von Degerund nach Raume in See gegangen war, wurde von einem deutschen U-Boot versenkt. Die Besatzung ist gerettet.

Amuiden, 29. Oktober. (W. L. B.) Der niederländische Dampfer „Dector“, der aus Buenos Aires hier ankam, brachte den Kapitän und 10 Mann des norwegischen Seglers „Regina“ aus Ellen mit, der mit einer Ladung Grubenholz auf dem Wege nach England am 28. Oktober von einem deutschen U-Boot in Brand gesteckt und versenkt wurde.

Kopenhagen, 30. Oktober. (W. L. B.) Lloyd's meldet: Man glaubt, daß der Dampfer „Marina“ (5204 Tonnen) versenkt worden ist.

Stockholm, 30. Oktober. (W. L. B.) Diefjige Blätter melden aus Christiania: Der Schooner „Ellen“, der mit Grubenholzern nach England unterwegs war, wurde in der Nordsee von einem deutschen U-Boot versenkt. Die Besatzung wurde in Norwegen gelandet.

Die norwegische Antwort auf die deutsche Note.

Kristiania, 30. Oktober. (W. L. B.) Meldung des Norske Telegram-Bureaus. Die Regierung beriet sich mit dem Präsidium des Storting, mit den Führern der Gruppe der Rechten im Storting, Lagerup und Buel, und mit dem Führer der sozialdemokratischen Gruppe Buen über die an Deutschland auf seine Note zu gebende Antwort.

Deutschland und die holländischen Schiffsbauwerkstätten.

Rotterdam, 30. Oktober. (W. L. B.) „Nieuwe Rotterdamse Courant“ hatte gemeldet, daß holländische Firmen, die norwegische Schiffe mit deutschem Material reparierten, auf die deutsche schwarze Liste kommen würden. Im Anschluß an diese Meldung teilt das Blatt mit, es habe erfahren, daß den Reparatureinrichtungen in Holland angefleht wurde, sie würden auf die deutsche schwarze Liste gesetzt werden, wenn sie irgend ein norwegisches Schiff reparierten, gleichgültig, ob sie dabei deutsches Material verwenden oder nicht. Für Schiffe dänischer oder schwedischer Nationalität müsse vor Beginn der Reparatur die Erlaubnis der deutschen Behörden eingeholt werden.

Die tote Sommerfrische.

Bredeal, 25. Oktober.

Bredeal, prächtig gelegene Sommerfrische der Bukarester auf dem Sattel von Tömös. Mit zahlreichen Villen im Schweizerstil. Einigen großen Hotels. Ausgedehnten Promenaden in den ozonischen Tannenwäldern. Mit herrlichem Ausblick durch das Tömösstal in Siebenbürgen hinein. Haltestelle für den Orient-Expreszug. Bredeal war immer das erste, was der Europäer von Rumänien zu sehen bekam — in seiner natürlichen Schönheit und wohlgepflegten Sauberkeit — nicht das Schlimmste. Diese kleine Stadt von internationaler Bekanntheit entstand in dem Augenblick, als Rumänien durch die erste transylvanische Eisenbahn 1879 seinen eigentlichen Anschluß an Europa vollzog. Sie wuchs mit dem Erstarken der wirtschaftlichen Beziehungen zwischen ihm und Zentraluropa zu einer Perle des Königreichs heran. Diese unschuldige Stadt ist so gut wie zerstört worden — in dem Augenblick als Rumänien das natürliche Band mit Zentraluropa freventlich zerriß.

Die großen Bahnhofsanlagen stehen leer. Kein Wagen. Keine rauchende Lokomotive. Die Maschinenhalle zerföhren. Das Bahnhofsgebäude von Angeln durchstößt. Auf dem Perron einige ausgeplünderte Koffer verpöterter Reisender. Im Speisesaal die Spuren eines erbitterten Nahkampfes. Gefüllte Munitionsbänder eines Maschinengewehrs. Handgranaten. Leichen unter dem Tisch, auf gestohlenen Matratzen, hinter der Arianche, auf der noch Gläser mit roten Weinresten stehen. Ungarische und rumänische Willekts liegen zerstreut umher. Blaupapier aus irgendeiner Schreibstube flattert in der Luft. Der dünne weiße Stuhl des Sala-Empfangszimmers ist auf geborstene Blüschmöbel herniedergebroschen. Aus einer Ecke guckt das Bild der schwarzumkleideten Carmen Sylva aus goldenem Rahmen. Unter dem Willektshalter lehnt ein Toter gefenkten Hauptes gegen die Wand. Schräg über ihm leuchtet König Ferdinands Aufruf an das rumänische Volk — in vierfach verschiedener Dialekt der Buchstaben — kramphast ermunternd. Der Bahnhof der ersten Heimatstadt, die die Soldaten Bratianus zu verteidigen hatten. Ein Anfang erst, aber ein fruchtbarer Anfang.

Witten in der breiten Hauptstraße von Bredeal ragt schräg in den Himmel die blaugelbe Grenzschranke, neben welcher einst der Zollwächter saß. Aus den Ruinen des roten Zollhauses flattern Deklarationspapiere. Ein Telephonhörer hängt schlaff vom zerstörten Apparat herunter, der einst bis Bukarest Verbindung hatte. Ein weißer Kilometerstein glöht unbeschädigt vom Strakenrand auf die vorbeifahrenden Batterien: Ploesti 88 Kilometer, Bukarest 148 Kilometer. Ein Hagel der städtischen Wasserleitung läuft unaufförsch. Er stammt aus den Eisenwerken von Lüttich. Lüttich und Bredeal. Im dritten Kriegsjahr. Dem Kavaler der Frau Zollinspektor entlockt ein ungarischer Husarenleutnant verzweifelte Melodien.

Das Radeiertal von Bredeal ist hin. Die Häuser haben hier kaum ihre Form bewahrt. Treppen und Balkons hängen in der Luft. In den Gärten liegen abgedeckte Dachstühle. Pariser Statuen wurden 100 Meter weit fortgeschleudert. Rosenbeete versanken in Granatrichter, aus denen jetzt farbiges Wasser stinkt.

In der Mitte und im Süden der Stadt ist vieles erhalten. Besonders von den im Tannenwalde seitlich versteckten Villen sind einige nur lose geschrämmt. Aber alle sind halb leer. Die Wälder der belgischen und serbischen Tragödie steigen wieder auf. Durch verlassene, ausgeraubte Krühen, in denen das gelbe Weismehl verstreut liegt, schleichen sich. Auf dem Bette eines Hauses liegt ein sterbender Hund, dem ein Soldat ein Kommissbrot vorgeworfen hat. Briefe und Photographien liegen zerrissen auf den Treppen. Trichter und Schränke stehen auf. Alles Heimliche ans Licht gezerrt. Vieles Unbrauchbare beschädigt. Alles Brauchbare weggeschleppt. In den 14 Tagen, da unser Anmarsch von Kronstadt drohte, herrschte in Bredeal allein der rumänische Soldat. Der Soldat und seine Bedürfnisse. Sie haben alles geholt, was zu holen war. Alle Gräben vorn auf den Höhen, rings um die Stadt sind gefüllt mit den Decken und Matratzen, Kleidern und Einrichtungsgegenständen der Bredealer Häuser. In den Straßen sind hinter den schützenden Mauern der großen Gebäude ganze Massenlager von Betten hergerichtet worden. Sie haben alles geholt. Aber wer will sie deshalb schelten, die armen Teufel. Der Schnee fiel. Sie zitterten vor Frost. Unausförsch schlugen unsere Granaten in die Stadt. Und die Besitzer der Häuser sahen derweile in Bukarest vorm warmen Ofen und lasen die Zeitungen.

Auch in den Häusern der Stadt liegen Tote — im Straßenkampf gefallen — oder gestorben, während sie sich vergeblich zu retten suchten. Auf der Treppe eines der wenigen hölzernen Bauernhäuser von Bredeal sitzt ein Unteroffizier, tot zusammengebrochen, während er mit der letzten Kraft sich noch verbinden will. Aber das eigentliche Kampf- und Toten-

feld zieht sich im Norden der Stadt entlang. Dort lagen die aussichtsreichsten Promenadenwege von Bredeal, man sah aus tausend Meter Höhe hinunter ins Tömdöstal, weit hinaus ins „merlöste“ Siebenbürgen. Hier sind viele politische Spaziergänge gemacht worden. Schon die Schulausflüge auf diese Grenzhöhen waren nicht ohne großmännliche Nebengedanken. Von diesen Höhen stiegen Ende August die ersten Vortruppen festgestrunken gegen Kronstadt hinab. Als sie vor 14 Tagen geschlagen zurückkehrten, sammelten sie sich hier zum ersten verzweifelten Widerstand auf eigenem Boden. Das Grabenfeld von Bredeal zeigt, wie der Soldat auch für eine dumme und verbrecherische Politik sich tapfer schlagen kann.

Die Gräben sind zahlreich und geschickt angelegt: tiefe Zugangsgräben, Aufnahme- und Planierungsstellungen. Das Infanteriewerk am nordwestlichen Ausgang der Stadt war das Hauptziel unserer Beschießung. Das Trichterfeld, zu dem es zusammengeschossen ist, sieht wie ein kleiner Ausschnitt aus dem westlichen Trommelfeldkrieg aus. Geseitigt von unserer Beobachtung, die in den vordersten Linien drüben auf dem Gahlyat lag, hämmerten unsere Batterien hier Gräben nach Gräben platt. Wenn wir drüben im Bergwald lagen und der Rauch der Einschläge hatte sich verzogen, dachten wir: viel war es nicht. Jetzt stehen wir auf den Rändern der Trichter, aus denen die Beine der Verschlütteten ragen, vor den eingeebneten Gräben, in denen die toten Verteidiger zerquetscht zwischen Erde und Holzdeckung hängen. Sie hoben tapfer ausgehalten — tagelang — das Antlitz nach Siebenbürgen gerichtet. Immer neue Verstärkungen lösten die verwundeten und Toten ab. Sie lagen hier vorn fast ohne Führung. Kein Offizier ist unter den Toten. Die Gefangenen erzählen, daß ihre Führer sich 400 Meter hinter den Gräben aufhielten.

Der Angriff am Entscheidungstage kam vom Osten. Von den fast kahlen Höhen herunter, die dicht vor der Stadt im Tannenwald endigen, hier hatten die Verteidiger am meisten gewühlt. Ein sauberer Reserbegraben hinter dem anderen durchschnitt das prachtvolle Gehölz, das mit Maschinengewehren gegen Infanterie fast unnehmbar gemacht war. Aber auch diese versteckten Gräben und Waldstellungen besaß unsere Artillerie systematisch tagelang. Unsere Beobachter konnten hier bis 500 Meter nahe dem Feind. Hier liegen die Toten am zahlreichsten — in und hinter den Gräben, gefallen vorn auf Posten, bei der Schanzarbeit, beim Abfließen, im letzten Nahkampf. Da sitzt im vordersten Graben ein baumlanger hagerer Mann ohne Kopf. Im Walde haben sie sich nachmittags noch mit Handgranaten verteidigt. Zahlreich liegen die blauen rumänischen Stilmützen in den Gräben und auf den Waldwegen umher. Immer wieder leuchtet zwischen den dunklen Tannen die blaue Uniform eines toten Rumänen auf. Dabei ist dies alles nur die Ernte des letzten Tages. Fehn Tage lang trommelten unsere Batterien auf der Bredealstellung. Der Hartnäckigkeit seines Widerstandes entsprach die Höhe der blutigen Verluste des Gegners.

Vor und in diesen Tannenwäldern, die die lauschigsten Plätze für die luftwandelnden Aufreiter bargen, sind auch die wenigen deutschen Soldaten gefallen, die der Sturm auf Bredeal als Opfer heischte. Von 14 Mann, die die hier stürmende Kompanie verlor, blieben 4 auf dem Platze. Zwei sind eben bestattet. Der blutige Helm des einen liegt auf einer Wiese am Waldrand. In seinem Brotsack ein leeres Päckchen mit der Adresse seiner Frau als Absenderin — aus Ostpreußen. Zwei liegen noch oben. Die Sanitätser kommen mit den Bahnen vorbei, sie zu holen. Der Wind weht in den Tannen. Die ersten deutschen Toten auf rumänischem Boden. — Die Sommerfrische Bredeal ist tot. Und lebendig nur der Heerwurm, der auf ihren Trümmern aushaut. Kuckruht? Im Tömdöstal schlängelt er sich heran. Batterien und Kolonnen, Deutsche und Ungarn — alles rückt auf den steilen Serpentin vor. Kakt Tage lang stand alles still im Paß. Die Leute begannen Hüften zu bauen. — Jetzt wandert der Paß wieder. Durch die tote Stadt hindurch wälzt sich der graue Strom südwärts. Unter den heulenden Vögen unserer Granaten, hinter der knatternden Schwarmlinie unserer Musketiere — hinab ins Tal der Brahowa — hinein nach Rumänien.

Dr. Adolph Köster, Kriegsberichterstatler.

Gegenmaßregeln gegen die völkerrechtswidrige Behandlung deutscher Gefangener in Rußland.

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ teilt mit: Die in der letzten Zeit erfolgten Veröffentlichungen über die Leiden unserer Kriegsgefangenen in Rußland haben in weiten Kreisen Deutschlands und des neutralen Auslandes Entrüstung erregt. Bei diesen Veröffentlichungen ist darauf hingewiesen worden, daß die deutsche Regierung unter Androhung von Gegenmaßnahmen die unverzügliche Abstellung dieser Mißstände und die sofortige energische Durchführung von Maßnahmen zur Verbesserung der Verhältnisse, in denen unsere Gefangenen in russischen Gefangenenlagern leben, gefordert hat.

Der der russischen Regierung gesetzte Zeitpunkt ist nunmehr abgelaufen, ohne daß auf die deutsche Note bisher eine befriedigende Antwort erfolgt ist. Die Seereserverwaltung hat daher vor einigen Tagen eine größere Anzahl russischer Offiziere, die bevorzugten Regimenten angehören, in ein Sonderlager überführen lassen, in dem sie einer besonders strengen Behandlung unterworfen werden. Diese Vergeltungsmaßnahmen werden solange anhalten, bis die russische Regierung der deutschen Forderung nachgegeben sein wird.

Eine englische Falschmeldung.

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ schreibt unter der Überschrift „Englischer Schwindel“:

Die englische Presse, so z. B. die „Birmingham Daily Post“, hat vor einiger Zeit ein vom 17. Oktober datiertes Amsterdamer Telegramm der Exchange Company des Inhabers gebracht, es seien 800 belgische Arbeiter der Fabriken der Gesellschaft Carrels in Gent, die sich weigerten, in deutschen Munitionsfabriken in Belgien zu arbeiten, verhaftet und ins Innere Deutschlands verschifft worden. Zwölf von diesen Arbeitern, die sich widersetzten hätten, seien auf der Stelle erschossen worden.

Die bei den zuständigen Behörden eingezogenen Erkundigungen haben ergeben, daß die Nachricht frei erfunden ist. Insbesondere haben weder Widerstandsaktionen der Gentener Arbeiterbevölkerung noch irgendwelche Verhaftungen, geschweige denn Erschießungen stattgefunden.

Krieg und Homerule.

London, 29. Oktober. (W. T. B.) Meldung des Reuterschen Bureau. In einer Rede in Elgo forderte Redmond die Regierung auf, Homerule durchzuführen und dem irischen Volke zu vertrauen. Diese eine Großtat der britischen Staatskunst würde mehr dazu beitragen, den Krieg zu gewinnen, als wenn sich ein halbes Duzend Neutraler der Entente anschließen.

Eine Teuerungsdebatte im Unterhaus.

Aus Amsterdam schreibt man uns: Am 17. d. M. hat das Unterhaus über die Teuerung verhandelt. Die Debatte setzte mit einer Rede des Arbeiterparteilers O'Grady ein, der über den Brotpreis interpellierte, der in London, einer Ankündigung der Wäcker zufolge von 1/4 auf 10 Pence für den Vierpfundloib hinaufgesetzt werden soll. Der Arbeiterparteilers Marxnes erklärte, daß man die Dinge nicht, wie die Regierung noch immer meine, gehen lassen dürfe, wie sie wollten. Eine staatliche Regulierung sei notwendig. Die zugehörige Kommission von Sachverständigen genüge nicht, auch die Konsumenten müßten vertreten sein. Die Landwirte beschränkten absichtlich die Vorräte. Hauptmann Vahurst nahm die Agrarier in Schutz. Allein in Großbritannien habe die mit Weizen angebaute Fläche in einem Jahr um 200 000 Acres abgenommen. Die Ernte betrage nur 88 1/2 Proz. des Durchschnitts, der Ertrag des Acres sei von 32 oder 33 Bushels auf 31 gefallen. — G. Lambert sagte: Man hat ein Drittel der ländlichen Arbeiterschaft in die Armee eingereiht. Es ist leichter einen Kabinettminister zu ersetzen als einen erfahrenen Führer. Die mit Weizen bebaute Fläche ist um 25 Proz. kleiner geworden, die Ernte um 2 1/2 Millionen Quarter gefallen — das bedeutet eine Schiffslast von 100 Schiffen von 5000 Tonnen mit einer Fahrt von 4 Monaten. — Anderson sagte, die Nahrung gehöre zur Kriegsmunition. Er wies auf die Notwendigkeit hin, die Lohnerhöhung in ein Verhältnis zur Lebensmittelerzeugung zu bringen.

Nuncian am bedauerte als Sprecher der Regierung solche Debatten, weil sie Preispannen erzeugten. Es würde jetzt mehr verkehrt als sonst. Wohl seien die Altersrentenempfänger manchen Entbehrungen unterworfen, aber den Munitionsarbeitern gehe es sehr gut. Die Fischerei ergebe wenig, die Fischer holten mehr Minen als Fische aus der See, die Seereinfuhr aus Rußland habe aufgehört. Wehlich stehe es mit dem Fleisch. Die Milchfrage biete viel Schwierigkeiten. Es sei richtig, daß die Frauenarbeit für die Arbeit der einberufenen Weiber keinen vollwertigen Ersatz leiste. Absichtliche Vernichtung von Milch werde bestraft zu werden. Ueber ein Ernährungsministerium ließ sich der Redner nicht aus. Der Viehstapel sei heute im Lande größer als am Beginn des Krieges. Die Regierung sei in der Fleischfrage nicht müßig geblieben. Ein Vorrat von reichlich 160 000 Tonnen sei von ihr mit Ausscheidung unwürdiger Zwischenhändler und unter Sicherung sehr mäßiger Detailpreise abgegeben worden. Mit der australischen Regierung habe sie wohl wegen der gestiegenen Kosten der Arbeitskraft neue Preisregelungen treffen müssen, die Frachtpreise seien auf dem alten Stand gehalten worden. Die Weizenreserve sei gut aufgefüllt. Die Regierung habe fast die ganze Schiffahrt unter ihrer Kontrolle. Die Zahl der im Ausland dauernd verwendeten britischen Schiffe betrage nur 207 gegen Tausende in normalen Zeiten. Im ganzen seien nur 1118 Schiffe dem gewöhnlichen freien Verkehr belassen worden. Der Rest der 10 000 Schiffe der Handelsflotte sei unter Kontrolle. Die Lebensmittelerzeugung könne nur zum geringsten Teil auf die Frachterhöhung zurückgeführt werden. Die nächste Schwierigkeit läge im Mangel an Aderbaum. Wohl habe man alles getan, um neue Schiffe möglichst rasch vom Stapel zu lassen, aber seit Beginn des Krieges, habe England durch die feindlichen Aktionen und die Gefahren der Seefahrt nicht weniger als 2 Millionen Tonnen verloren. Das ist mehr als die ganze Handelsflotte Frankreichs vor dem Kriege und mehr als die ganze Handelsflotte Italiens und Spaniens vor dem Kriege. Im Vorratgewicht kommt man zu fast 8 Millionen Tonnen. Die Verluste durch die feindlichen Aktionen habe die Schiffahrt in allen Teilen der Welt getroffen. Das einzige, was England vermeiden muß, ist, selbst in die Lage eines bloßierten Volkes zu kommen. Brot, Fleisch, und sonstige Waren sind unter jedem Gesichtswinkel bedenklich. Nicht die Reichen, aber die Armen leiden unter diesem System. Die Nationalisierung hat in Deutschland und Oesterreich große Hebel zur Folge gehabt und sie würde sie auch in England haben und besonders die schaffsten Leute mit festem Einkommen treffen. Die Regierung hat das Petroleum rationiert, aber 200 000 Protestbriefe erhalten. Mit dem Jucker ging es ebenso. Gott behüte uns, daß wir noch mehr Dinge rationieren.

Der Arbeiterparteilers Wardie erklärte diese Regierungserklärungen für sehr bestrebend. Solange sich Deutschland im Innern mit dem Kriegsbedarf versehen kann, kann es den Krieg fortsetzen, und die Tatsache allein, daß es finanziell niedergebunden ist, kann es noch nicht auf die Anie zwingen. Aber die Verbündeten, die für ihre Vorräte so stark auf die Außenwelt angewiesen sind, können nicht vor Papier leben, sondern müssen den Kampf auf einer Weltbasis führen. Und an dem Tag, wo sie darin versagen, werden sie in Gefahr sein. Die Ernährungsfrage ist ebenso ernst. (2)

England und Amerika.

Köln, 29. Oktober. (W. T. B.) Die „Kölnische Zeitung“ meldet aus Washington vom 27. d. M.: Die hohe Regierungsbeamte erklärten heute, man werde den Klagen im englischen Parlament über die Haltung Amerikas gegen die jüngste Tätigkeit der deutschen U-Boote keine Beachtung schenken, es sei denn, daß es sich klar ergebe, daß dieses Verbrechen im Auftrag der englischen Regierung erfolge. Die Führer der deutschen U-Boote hätten sich völlig korrekt verhalten. Sollte man in England die Anzuspinnungen fortsetzen, dann könnte man sich in Washington gezwungen sehen, alle Dokumente der ganzen Welt vorzulegen. Es werde sich dann ergeben, daß sich seit dem „Sussex“-Fall nichts ereignet, was irgendwie dem Völkerrecht und dem Vorseprechen, daß Deutschland Amerika gegeben, zuwider sei. Eine andere hohe Regierungsstelle äußerte, der Führer von „U 53“ habe sich wunderbar verhalten. Seine Leistung, ein Rettungsboot nach dem Leuchtturm zu ziehen, sei etwas Außerordentliches, wie man es nie zuvor in der ganzen Geschichte des Seekrieges erlebt habe.

Der Tanz der Milliarden und der Milliardäre.

Aus Amsterdam schreibt man uns: Die Leute verdienen so viel Geld, daß sie keinen Tag damit wissen. So schillert der New Yorker Korrespondent des „N. York Courant“ die Situation in der amerikanischen Industrie und Finanzen. Das Vermögen Rockefeller hat dank dem Krieg gewaltig zugenommen und soll die Dollarmilliarde (4 Milliarden Mark) schon überschritten haben. Auch Henry Ford, dem Automobilfabrikanten und Friedenspropagandisten hat das Glück gelächelt. Er hat in Dividenden von den Anteilen seiner Unternehmung in diesem Jahr 84 Millionen Dollar bezogen! Man sieht, daß er sich die Ausgaben für seine Friedens-Wingertfabriken und für sein Friedensbureau leisten kann. Die Banken in Detroit haben erklärt, keine weiteren Depots von Ford anzunehmen, so daß da eiliche Millionen noch ein Döddas suchen. Angebeuer ist die Zunahme der Börsenoperationen und der Verbindungen. Noch nie hat die New Yorker Börse eine so lange Folge von Tagen gefeiert, wo die Umsätze 1 Billion Anteile überstiegen. Das Kapital der seit Ausbruch des Krieges in Zusammenhang mit den Kriegsbeteiligungen errichteten Gesellschaften betragte noch einer vom „Journal of Commerce“ veröffentlichten Tabelle 804 227 000 Dollar. Davon entfallen auf Petroleum- und Gasindustrie rund 456 Millionen, auf die Schiffahrt 87, auf Kriegsmunition und Flugzeuge 180, auf Seefarben- und chemische Industrie 137 Millionen. Die Erhöhung des Petroleumkapitals steht im Zusammenhang mit dem Steigen des Gasolinpreises, das selbst wieder auf die unachtere Vermehrung der Automobile zurückgeht. In der Union sind derzeit ungefähr drei Millionen Kraftwagen vorhanden!

Das zitierte Blatt veröffentlicht noch eine andere Tabelle, aus der hervorgeht, daß die Emissionen in den ersten neun Monaten dieses Jahres in der Union einen Betrag von 1 712 728 300 Dollar gegen 973 550 600 in der entsprechenden Periode des vorigen Jahres

erreichten. Davon entfallen auf Industriegeellschaften in diesem Jahre 723 662 300 Dollar, was ein Plus von 485 718 400 oder 220 Proz. gegen das vorige Jahr bedeutet.

Diesem industriellen Goudruck entspricht auch ein außerordentlicher Arbeitermangel. In den Festungen beträgt die Zahl der Angebotene von Stellen das Siebenfache der der Nachfragen, viele Dienstvermittlungsbureaus für Hauspersonal mußten schließen und ein Blatt meldete, daß die kommunale Arbeitsbörse in New York gleichfalls geschlossen werden wird. Nach einer vom liberalen arbeitsstatistischen Amt veröffentlichten Statistik ist der Arbeitslohn in vielen Berufen sehr beträchtlich gestiegen — in der Stahl- und Eisenindustrie um 40,5 Proz., in den Schmelzfabriken um 38, in der Wolleindustrie um 30 Proz. In der Zigarrenindustrie dagegen nur um 0,2 Proz. Und die Lebenshaltung ist riesig verteuert.

Die Kapitalisten freilich empfinden diese Schwattersseite weniger. Der Korrespondent des Rotterdammer Blattes erzählt einige Beispiele von den Vergnügungen, zu denen der neue Reichtum veranlaßt wird. Als z. B. unlängst während des Eisenbahnkonflikts eine Anzahl Eisenbahnpräsidenten in Washington besammentraten, zahlte einer allen anderen ihre — natürlich „standesgemäße“ Sommergarderobe. Ueberhaupt scheint es für diese Herren, die sich kein Gewissen daraus machen, den Proletariats das Hemd vom Leib zu ziehen, ein Lieblingsport zu sein, ihresgleichen vom Fuß bis zum Kopf vorneben zu besitzen. Als vor kurzem Fußsicherungsverhandlungen zwischen der Cambria-Steel-Kompanie und der Midvale-Kompanie stattfanden, behauptete Herr Regole von der Cambria, daß der Jahresgewinn seiner Gesellschaft 20 Millionen Dollar übersteigen würde. Herr Gorey von der Midvale erklärte das für verrückt und schließlich entschloß sich die Herren, zu wetten. Gorey versprach, wenn er verlor, jedem der Anwesenden 1000 Dollar und eine vollständige Ausrüstung, vom Hemd bis zum Zylinderhut, zu geben. Und er verlor die Wette. Der Spaß hat ihn 20 000 Dollar gekostet!

Kleine Kriegsnachrichten.

Bern, 30. Oktober. (W. T. B.) „Temps“ meldet aus Marokko, daß die französischen Truppen unter zahlreichen Entbehrungen und hohen Opfern die ausführenden Berberstämme längs des ganzen mittleren Atlasgebirges zurückhalten müssen.

Im Törzburger Paß.

Nördlich Campolung, Armeeoberkommando Falkenhahn, 29. Oktober.

Die im deutschen Oberberichts erwähnten Kämpfe nördlich Campolung spielten sich zunächst im Törzburger Paß ab, der von den drei Kronstädter Pässen der am wildesten geriffene und für die Bewegung großer Truppenmassen beschwerlichste ist. Die auf rumänischer Seite schlechter werdende Fahrstraße führt durch eine Reihe von Talstellen und über Höhen bis zu dreihundert Metern auf und ab. Die Rumänen hatten in den beiden Kriegsjahren gerade diesen Paß durch systematische Befestigung aller Höhen gesichert. Eine Anzahl von gebenden Gräben, großen Wollgarnseilern und Draht- oder Holzhindernissen überhöhte und flankierte die Straße an allen Punkten. Wenn diese Befestigungen uns heute zum Teil auch altmodisch und kindisch anmuten, so war doch der natürliche Schutz des geriffelten Geländes für den Verteidiger so stark, daß der Paß im Frontalangriff auch von den besten Truppen nur langsam und mit großen Verlusten hätte genommen werden können. In der natürlich und künstlich am stärksten besetzten Stellung des PASSES gehörte eine steile Höhe südlich Törzburg, die mit vier aus der Grusonischen Fabrik in Magdeburg stammenden 5-Zentimeter-Kanonen-Panzerkürmen besetzt war. Diese Türme und der größte Teil dieser in jahrelanger mühevoller Arbeit geschätzten Paßbefestigungen sind heute unversehrt in unserer Hand, teils durch Frontalangriff, teils durch gut erdachte und prächtig ausgeführte Umfassungsbewegungen, bei denen sich besonders österreichische Truppen auszeichneten.

Die Kämpfe der letzten Tage nördlich Campolung hatte ich Gelegenheit, von einem hervorragenden Berggipfel südlich des PASSES zu beobachten. Campolung selber, die ehemalige Sachsenstadt, heute der nördliche Endpunkt der Bahn Bularek-Bitesti, lag mit seinen vielen Kirchen und bunten Häusern noch friedlich in dem dorfbefüllten Tal, jenseits dessen die Berge schnell niedriger werden. Die Kämpfe wurden artilleristisch auch von rumänischer Seite recht lebendig geführt, auch die Infanteriekämpfe waren zum Teil hartnäckiger als bisher. Mehrfach kam es zu schweren Handgranatenkämpfen. Der Gebirgskrieg in diesem Abschnitt mit seinen immer wieder erneuten Umfassungsmöglichkeiten stellt an die Nerven von Truppen und Führung die größten Anforderungen. Marsch und Kampfhandlungen der verbündeten Infanterie in durchweg tausend Meter Höhe sind höchst anstrengend. Vor einigen Tagen meldeten sich trotzdem zu einer tagelangen und entbehrungsreichen größeren Gebirgspatrouille dreimal mehr Freiwillige als benötigt wurden.

Der Rumäne verteidigt sein Land mit rücksichtsloser Energie. Gestern beschloß er ein kleines Dorf und verwundete bzw. tötete dabei ein halbes Duzend seiner Landknechte. Ein anderes Städtchen nördlich Campolung ist durch sein rücksichtsloses Artilleriefeuer zur Hälfte in Flammen aufgegangen; die Bewohner haufen, von uns ernährt, elend in der Kirche.

Dr. Adolph Köster, Kriegsberichterstatler.

Vor Sinaia.

Nördlich von Sinaia, Armeeoberkommando Falkenhahn, 29. Oktober.

Die überregenden Höhen südlich Bredeal haben dem Vorrücken unserer Truppen seit dem 13. Oktober, dem Tage der Erstürmung des Grenzgrates, große Schwierigkeiten gemacht. Erst nach langwierigen Planierungskämpfen, die an die Ausdauer unserer Truppen die größten Anforderungen stellten, konnte als erster wichtiger Erfolg Bredeal genommen werden. Südlich Bredeal wurde der Widerstand des Feindes nach hunderttägiger, Link und rechts der Paßstraße nach Sinaia hatte er sich auf allen Kluppen zum Teil mit Batterien eingebaut. Zwischen den Kluppen stellten gute Kolonnenstrahlen die Verbindung her, so daß leicht größere Truppenansammlungen an bebrochene Punkte geworfen werden konnten. Nach mehreren kleineren Erfolgen hat nun die gestern gemeldete Erstürmung der wichtigsten feindlichen Höhenstellung in diesem System von besetzten Kluppen Befreiung gelegt. Weder hatten deutsche Bataillone und deutsche Artillerie hervorregenden Anteil an diesem Erfolge, dessen Hauptwert in seiner raschen Ausnutzung bestand. Nach gestern wurde das Tal der Parazuga gewonnen, die in einem rechten Winkel den südlich der Paßstraße liegenden Gebirgskamm südlich Bredeal quadratisch abschneidet. Heute ist bereits Sinaia von uns erreicht. Dieses Städtchen liegt am Eingang des Parazugabaches in das nach Sinaia führende Tal der Brahowa. Es war, während Bredeal sich noch hielt, die letzte Auslastestation für die rumänischen Truppenanschläge gewesen, seine Bahnanlagen waren in den letzten Tagen öfter von uns beschossen worden. Sinaia ist trotz seiner geringen Einwohnerzahl ein lebhaftes Industrieort, es ist der Mittelpunkt einer reichen zum großen Teil in österreichisch-ungarischen Händen befindlichen Holzindustrie und von seinem Bahnhof führt eine über 15 Kilometer lange Industriedrahtseilbahn nach Norden mitten durch den kuppelreichen Gebirgskamm, in dem sich die heftigsten Kämpfe abspielten.

Dr. Adolph Köster, Kriegsberichterstatler.

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

Die neue Teuerungszulage der Rohrleger.

Die Forderung der Rohrleger und Helfer nach einer weiteren Teuerungszulage erörterte am Sonntag wieder eine Branchenversammlung derselben, nachdem sich das Einigungsamt am 24. Oktober damit beschäftigt hatte. Die Berichte über die Verhandlung. Seinerzeit war eine Teuerungszulage von 10 1/2 Pf. bewilligt worden, die bis zum 15. Oktober gelten sollte. Die Rohrleger und Helfer hatten dann durch Beschluß vom 8. Oktober eine weitere Zulage gefordert. Nach fruchtloser Verhandlung über die Höhe der Stundenzuschläge hatte eine Branchenversammlung am 18. Oktober beschlossen, an der Forderung einer weiteren Teuerungszulage von 10 Pf. festzuhalten, die vom 1. Januar ab um weitere 5 Pf. zu erhöhen sei. Das Einigungsamt, das bei dieser Sachlage sich auf Anrufen beider Parteien mit der Angelegenheit beschäftigte, mußte nach ausgiebiger Verhandlung zu folgendem Vergleichsvorschlag: „Für alle Rohrleger und Helfer ohne Ausnahme soll unter Nachzahlung vom 15. Oktober ab eine Erhöhung der Teuerungszulage um 5 Pf. pro Stunde eintreten, und vom 1. Januar ab eine weitere Erhöhung um 7 Pf. pro Stunde.“

Die Beschlußfassung über Annahme oder Ablehnung des Vorschlags des Einigungsamts wurde den dazu berufenen Versammlungen der Arbeiter und Unternehmer anheimgestellt.

Dem Bericht über die Verhandlung vor dem Einigungsamt folgte eine lebhafte Diskussion. Schließlich erklärte sich die Versammlung mit dem Vorschlag des Einigungsamts einverstanden. Hiernach werden mit der Zulage die tariflichen Mindestlöhne betragen: für Rohrleger ab 15. Oktober 98 Pf. und ab 1. Januar 1,05 M., für Helfer ab 15. Oktober 79 1/2 Pf. und ab 1. Januar 86 1/2 Pf., für Helfer unter 18 Jahren ab 15. Oktober 71 Pf. und ab 1. Januar 78 Pf.

Nach Erledigung dieses Punktes wurde noch über die Erhöhung der Landzulagen diskutiert, mit welcher Frage sich das Einigungsamt nicht beschäftigt hat. Die Rohrleger hatten auf die Landzulage einen Teuerungszuschlag von 1,50 M. pro Tag verlangt, so daß die Landzulage pro Tag 5 M. betragen sollte. Diese Forderung hatten die Unternehmer in einer Sitzung der Schlichtungskommission abgelehnt und gefordert, daß die Erhöhung der Landzulage der freien Vereinbarung überlassen bleiben sollte. Dabei ist es geblieben. Dennoch, so wurde in der Diskussion ausgeführt, sei es den in Betracht kommenden Kollegen überlassen, eine Landzulage von 5 M. zu fordern. Sollten etwa hierbei solchen Kollegen, für die die Reklamation in Frage kommt, aus diesem Grunde Schwierigkeiten erwachsen, so sollen sie sich an die Organisationsverwaltung wenden.

Zum Schluß wurde noch vom Branchenleiter und von anderen Rednern energisch betont, wie überaus wichtig, besonders auch im Hinblick auf den Ablauf des Tarifs am 31. März 1917, der Zusammenhalt der Kollegen in der Organisation sei.

Beschäftigungsgrad und Teuerungszulage im Brauergewerbe.

Der Verband der Brauerei- und Mühlenarbeiter hielt am Sonntag eine Generalversammlung der Zahlstelle Berlin ab. Hodapp erstattete den Geschäfts- und Kassenbericht vom dritten Quartal. Die Arbeitslosenziffer im dritten Quartal war wieder sehr niedrig. Das gebe schon daraus herbor, daß im ganzen Quartal an Arbeitslosenunterstützung nur 88 M. ausgegeben wurden. Zu befrachten wäre, daß das Brautkontingent von 48 Proz. weiter auf 25 Proz. herabgesetzt werden könnte. Ob dadurch Arbeitslosigkeit im Beruf herbeigeführt würde, könne man nicht sagen. Jetzt, bei einem Kontingent von 48 Proz. werde von den Brauereien immer noch Brauerei- und Fahrpersonal verlangt.

Auch die Teuerungszulage habe im verfloßenen Quartal wieder Anlaß zu Verhandlungen gegeben. Nachdem die Vertreter der Organisation mit den Vertretern des Vereins der Brauereien Rücksprache genommen hatten, sei unter dem 5. Oktober vom Verein der Brauereien Berlins und Umgegend ein Schreiben eingegangen, worin es heißt:

„Der Verein hat beschlossen, eine erneute Erhöhung der Teuerungszulage eintreten zu lassen. Er erstreckt sich auf alle Arbeiter der in Frage kommenden Betriebe, die bei der bisherigen Teuerungszulage beteiligt waren, und beträgt pro Woche für Ledige 1 M., für Familienvorstände 2,50 M. und außerdem für die in den Brauereien beizuhaltenden Frauen, denen bisher eine Teuerungszulage nicht bewilligt war, 3 M. Somit wird insgesamt als Teuerungszulage pro Woche gezahlt den Ledigen 6 M., den Familienvorständen 7,50 M. und den Arbeiterinnen in gewerblichen Betrieben der Brauereien 3 M. Die Umrechnung erfolgt auf 7 Tage in der Woche. (Gemeint ist die Umrechnung auf den Tag.) Die Erhöhung der Teuerungszulage tritt am 20. Oktober in Kraft und gelangt am 27. Oktober erstmalig zur Auszahlung.“

Diesem Schreiben vom 5. Oktober sei unter dem 6. Oktober als Nachtrag ein weiteres Schreiben gefolgt, worin mitgeteilt wurde, daß die neuverordnete Erhöhung der Teuerungszulage als eine letztmalige anzusehen sei. — Nach Erledigung der Sache mit dem Verein der Brauereien habe sich die Verwaltung sofort an die ringfreien Brauereien mit dem Ersuchen gewandt, die Teuerungszulage in derselben Weise zu erhöhen. Die meisten ringfreien Brauereien hätten darauf die Bewilligung ausgesprochen. Keine Antwort hätten bisher die drei Brauereien von Billner, Döller und Rink u. Komp. gegeben. Die Borussia-Brauerei antwortete zwar auch nicht, sie zahlte aber die erhöhte Teuerungszulage. Die Brauerei Groterjan antwortete, daß sie durchgängig ihren Leuten 1 M. zur Teuerungszulage zulegen wolle. Damit seien die Kollegen natürlich nicht einverstanden gewesen. Es werde in der Sache noch mit der Firma verhandelt.

Die Zahlstelle habe jetzt 1850 männliche und 40 weibliche Mitglieder, also zusammen 1890 Mitglieder. Die Beitragsleistung sei eine erfreuliche gewesen.

Die Abrechnung der Verbandskasse für das dritte Quartal rechnet in Einnahme und Ausgabe mit 14 232,15 M. Die Ausgabe umfaßt auch 4396 M., die an die Hauptkasse abgeführt wurden.

Die Lokalkasse hat im dritten Quartal eine Einnahme von 8811,77 M. und eine Ausgabe von 2907,62 M., mithin eine Reinerinnahme von 5904,15 M. Da der Bestand der Lokalkasse am Schluß des zweiten Quartals 64 693,70 M. betragen hatte, ergab sich mit der Reinerinnahme vom dritten Quartal am Schluß des dritten Quartals ein Bestand der Lokalkasse von 65 597,82 M. Wenn man davon ein von der Zahlstelle aufgenommenes Darlehen von 8000 M. abrechnet, so ist als Reinerinnahme der Lokalkasse am 30. September die Summe von 57 597,82 M. zu buchen.

In der Diskussion wurde gerügt, daß der Verein der Brauereien in seinem bereits vom 5. Oktober datierenden Bewilligungsschreiben die Erhöhung der Teuerungszulage erst ab 20. Oktober bewilligt habe. Der Arbeitgeberverein hat den Termin nämlich solange hinausgeschoben, weil vor den Verhandlungen zwischen den Organisationen der Arbeitnehmer und Arbeitgeber 48 Kollegen von der Abteilung 2 der Brauerei Bayenhofen für den Fall ihre Kündigung ausgesprochen hätten, daß eine von ihnen bereits erhobene Forderung nach Erhöhung der Teuerungszulage nicht bewilligt werden würde. Durch die Hinausschiebung des Bewilligungstermins wollte der Verein der Brauereien zeigen, daß er nicht unter einem Druck handle. Diese Maßnahme durch die die Allgemeinheit erst einige Wochen später in den Genuss der Erhöhung der Teuerungszulage kam, wurde in der Diskussion als eine ungerechte kritisiert.

Von Träger und Hodapp wurde hervorgehoben, daß es scheint, als würde es in einigen Brauereien zu falschen Auslegungen des Begriffs des Familienvorstandes beziehungsweise

Haushaltungsbedarfes im Sinne der neuen Abmachungen kommen, etwa dahingehend, daß man darunter nur den verheirateten Mann rechnen wolle. Das wäre falsch. Nach den Besprechungen und Abmachungen sollte vielmehr dem verheirateten Familienvorstande gleichgesetzt jeder andere, der Vorstand eines Haushaltes sei, und die höhere Teuerungszulage von 7,50 M. pro Woche erhalten. Solche Kollegen, die nur 6 M. pro Woche erhielten, aber nach Lage der Verhältnisse glaubten, sie seien Vorstand eines Haushaltes und hätten 7,50 M. zu fordern, sollen sich sofort an die Organisationsleitung wenden. Diese wird alsbald das weitere veranlassen.

Nach weiterer Diskussion wurde einstimmig eine Resolution angenommen, die ein lebhaftes Bedauern über das Verhalten der Brauereien in der Angelegenheit der Teuerungszulage ausdrückt und dann erklärt:

„Die Versammlung nimmt die zugesagte weitere Teuerungszulage als Abschlagszahlung an und behält sich vor, in nicht zu langer Zeit wieder an den Verein der Brauereien heranzutreten. Die Versammlung beauftragt die Organisationsleitung, sobald von den Kollegen der Abteilungen der Vereinsbrauereien ein Antrag betreffs Erhöhung der Teuerungszulage gestellt wird, eine Vertrauensmännerziehung einzuberufen.“

Ferner erhebt die Resolution Protest dagegen, daß der Verein der Brauereien die Allgemeinheit der Brauereiangestellten darunter hat leiden lassen, daß 46 Brauer in Abteilung Bayenhofen 2 seinerzeit zwecks Erlangung einer erhöhten Teuerungszulage gelündigt hatten. Und weiter beschloß die Versammlung, die Organisation nach besten Kräften zu fördern.

Für den Fall, daß der Zentralvorstand beschließt, zu Weisachten den Familien der beim Heere befindlichen Mitglieder eine Unterstützung zu gewähren, beschloß die Versammlung, einen Betrag in derselben Höhe aus der Lokalkasse zuzuführen.

Ausland.

Strassenbahnerstreit in Paris.

Bern, 30. Oktober. (B. L. V.) Nach Pariser Meldungen hat der Strassenbahnerstreit in den beiden letzten Tagen an Ausdehnung zugenommen. Gestern kam es zu einigen Zwischenfällen. Ungefähr sechs Personen wurden verhaftet. Die Streikenden haben die Forderung auf Lohnerhöhung von 1,50 auf 0,75 Frank täglich herabgesetzt.

Aus der Partei.

Die Internierung der Genossin Gioia.

Rom, 8. Oktober. (Fig. Ver.) Die um die italienische Landarbeiterbewegung hochverdiente Gewerkschaftsführerin Genossin Maria Gioia, die seit Jahren als Sekretärin der Arbeiterkammer von Suzara (Provinz Mantua) wirkte, hat den Befehl erhalten, sich binnen 24 Stunden nach Florenz zu begeben, um bis auf weiteres dort zu bleiben. Sie wird dadurch vollständig ihrem langjährigen Wirkungskreis und ihrer Agitation unter dem ländlichen Proletariat entzogen.

Aus Industrie und Handel.

Geringer Ertrag der Weltgetreideernte.

Laut Bericht des Internationalen landwirtschaftlichen Instituts in Rom ist, wie „Giornale d'Italia“ vom 24. Oktober berichtet, die Gesamtweisernte an Getreide im laufenden Jahre sehr dürftig ausgefallen. Sie bleibt um ein Drittel hinter der Ernte von 1915 zurück und weist den Ernte der Jahre 1909 und 1913 gegenüber einen Ausfall von 7 Proz. auf. Der Gesamtertrag von 1916 beläuft sich auf 605 680 000 Doppelzentner gegen 835 820 000 im Jahre 1915 und gegen 653 299 000 des fünfjährigen Durchschnitts. An Roggen wurden, soweit bisher bekannt, im Jahre 1916 circa 237 395 000 Doppelzentner gegen 252 631 000 im Jahre 1915 und 267 398 000 des fünfjährigen Durchschnitts geerntet; Gerste: 209 334 000 Doppelzentner gegen 231 941 000 im Jahre 1915 und 203 455 000 des fünfjährigen Durchschnitts; Hafer: 398 408 000 Doppelzentner gegen 480 508 000 im Jahre 1915 und 378 424 000 des fünfjährigen Durchschnitts.

Sitzung des Kalihyndikats.

In der am 28. Oktober unter dem Vorsitz des Geheimen Justizrats Kempler abgehaltenen Gesellschafterversammlung des Kalihyndikats berichtete der Vorstand, daß es infolge außerordentlicher Anstrengungen der Kaliverke gelungen ist, in den ersten neun Monaten des laufenden Jahres eine Verleserung von 2,8 Millionen Mark gegen den gleichen Zeitraum des Vorjahres zu bewältigen. Wenn nach Beendigung der Kartoffel- und Rübenexporte eine den Erwartungen entsprechende bessere Wagensstellung eintritt, dann darf im Jahre 1916 auf einen Kalialabgang von mehr als 9 Millionen Doppelzentner Reinkali im Werte von 160 Millionen Mark gerechnet werden. Im letzten Friedensjahre 1913 betrug der Verbrauch 11,1 Millionen Doppelzentner Reinkali im Betrage von rund 193 Millionen Mark.

An die deutsche Landwirtschaft wurden in der Zeit vom Januar bis Ende September 1916 neben 17,6 Millionen Doppelzentner Reinkali 8,7 Millionen Doppelzentner 40 Proz. Kalidüngesalz geliefert gegen rund 5,8 Millionen Doppelzentner in der gleichen Zeit des Vorjahres. Diese Zahlen beweisen, daß die Kaliindustrie trotz der großen Schwierigkeiten, die der Krieg mit sich brachte, die Bedürfnisse der deutschen Landwirtschaft in hervorragender Weise erfüllt hat. Die Verleserung des Inlandes konnte natürlich nur deshalb in solchem Maße durchgeführt werden, weil die Hauptabgabegiete des Auslandes der Kaliindustrie verschlossen sind. Damit wurden allerdings auch die guten Gewinne hinfällig, welche früher an der Auslandsware erzielt wurden. Die in der Preiserhöhung des letzten Jahres erfolgte Ausgleichung deckt die entgangenen Auslandsgewinne nicht amäbernd, sondern nur zum Teil die Mehrkosten, die mit dem Betriebe infolge des Krieges verbunden sind.

In der Versammlung wurde weiter die im Parlament und in der Presse verbreitete Ansicht zur Sprache gebracht, daß 30—40 Kaliverke den Weltbedarf befriedigen und einen Rückgang der Selbstkosten herbeiführen könnten, was zu erhöhten Gewinnen führe. In eingehender Darlegung wurde die angebliche Unrichtigkeit dieser Ansicht nachzuweisen versucht. Sämtliche Werkvertreter erklärten ihre Ueberzeugung dahin, daß für die Deckung des Weltbedarfs nach Wiedereintritt des Friedens kaum ein einziges Werk einberührt werden kann, daß es im Gegenteil der größten Anstrengungen der vorhandenen Werke bedürfen wird, um den nach ungenügenden Ernten in den meisten Ländern vorhandenen Kalihunger und den stets steigenden Bedarf zu decken. Die Unrichtigkeit der Schlussfolgerung aus den bekannten Abhängigkeiten, welche die Werke Aidersleben und Solstedt vor 7 Jahren unter völlig anderen Verhältnissen, insbesondere nach jahrelanger Vorbereitung durch Vorrückung der Werke und Ansammlung großer Lagerbestände getätigt haben, wurde allseitig anerkannt.

Die Bilanz für 1915 wurde einstimmig genehmigt und dem Vorstand und Aufsichtsrat Entlastung erteilt.

Nach Telegramm, die dem Kalihyndikat aus Amerika vorliegen, ist dem aus Kuba gemeldeten angeblichen Kalivorkommen keinerlei Bedeutung beizumessen.

Eine neue Kriegsgründung.

Am 18. Oktober sind die Vereinigten Textilwerke G. m. b. H., Berlin mit einem Kapital von 1 Million Mark gegründet worden. Zweck der Gesellschaft ist die Herstellung, Anschaffung und der Vertrieb von Textil- und Zellulose- (Papier-) Gespinnsten, Geweben, Säden und sonstigen Textilien oder ähnlichen Erzeugnissen. Gründer sind die Direktion der Distomo-Gesellschaft, Berlin, und die Textil-Union G. m. b. H., Berlin. Beabsichtigt ist, den Webern der verschiedenen Kaiserstoffgruppen (Baumwolle, Wolle, Jute und so weiter) ebenso Herstellern von Papiern durch Ueberlassung von Geschäftsanteilen die Teilnahme an der Gesellschaft zu ermöglichen. Zum Geschäftsführer wurde Herr Josef Blumenstein in Berlin bestellt. Der Aufsichtsrat besteht aus folgenden Herren: Vorsitzender Dr. Erhard Böttner, Berlin, Geschäftsführer des Kriegsaussschusses der Deutschen Baumwollindustrie. Stellvertretender Vorsitzender Hermann Daller, Berlin, Geschäftsinhaber der Direktion der Distomo-Gesellschaft. Oberleutnant Heinrich Weisinger, Witinhaber der Firma Wilhelm Rieger in Stuttgart. Fabrikant Emil Clavica, Adorf. Direktor Wilhelm Hartmann, Berlin. Direktor Georg B. Neper, Berlin (Zentralverwaltung v. Friedländer-Fuld). Hans Remshard, Direktor der Bayerischen Hypotheken- und Wechselbank in München. Dr. August Weber, Geschäftsführer des Zukriegsaussschusses und Kriegsaussschusses für Textilierzeugnisse.

Zu der Gründung erfahren wir noch, daß die Aufnahme von Webern in die neue Gesellschaft nach Maßgabe der ihr zur Verfügung stehenden Papiere vorgenommen und der ihr zugehenden Beiträge erfolgen soll. Interessenten können hierüber Auskunft bei den verschiedenen Textil-Kriegsaussschüssen erhalten, denen die Gesellschaft die Unterlagen übermitteln wird.

Der Berliner Lloyd und die Vereinigung der Elbe-Schiffahrtsgesellschaften.

Im Anschluß an die Meldung über den Zusammenschluß von Elbe-Schiffahrtsgesellschaften teilt die Berliner Lloyd-Aktiengesellschaft mit, daß sie die Führung der auf den lebenden Dampfschiffbesitzer übernehmenden und ihren Fracht-Schiffsverkehr auf der Elbe nach Magdeburg, Dresden und Böhmen ausdehnen wird. Es wird damit auch der großen Anzahl der Privatschiffbesitzer der entsprechenden Anteil an der Elbe-Schiffahrt gegeben werden und so ein Weg gefunden sein, den die maßgebenden Berliner Stellen und Schiffahrtsgesellschaften wünschen, wodurch alle Interessen gewahrt und das vorhandene Material und die Mannschaftebestände in der Kriegszeit beschäftigt werden.

Kohlenbergbau in der Schweiz.

Zu den Bestrebungen, die Schweiz wirtschaftlich vom Auslande unabhängig zu machen, kommt neuerdings auch, wie „Berner Tagblatt“ vom 17. Oktober mitteilt, die Wiederaufnahme einer schon früher einmal, aber nicht sachmännlich betriebenen Kohlenförderung. Es handelt sich um Steinkohle, die in bis 1 Meter tiefer Schicht und von guter Qualität im Simmental bei Schwyzematt (Gemeinde Volkter, Kanton Bern) vorkommt, und für deren Abbau jetzt ein Unternehmer die Konzession nachgesucht hat.

Soziales.

Schädliche Frauenarbeit.

Auf dem „Bodumer Verein“, dem bekannten großen Stahl- und Eisenwerk in Bodum, ereignete sich ein schwerer Unfall dadurch, daß eine verheiratete Frau mit dem Abtragen von schweren Steinen aus einem Waggon beschäftigt war. Sie rutschte mit der Last eines solchen Steines aus, so daß sie schwere innere Verletzungen davontrug und ins Krankenhaus geschafft werden mußte. Dieser Fall zeigt einmal wieder, wie nötig ein Gesetz für wirksamen Arbeiterinnen-schutz ist. Nie war die Gefahr so groß, daß die weibliche Arbeitskraft über Gebühr ausgenutzt wird, wie heute, wo die Frauen zu Tausenden an die Stellen von Männern getreten sind. Hier sollte schnell gehandelt werden, damit nicht für die Zukunft der größte Volkschaden entsteht.

Der feindliche Ausländer.

Die mangelnde Bewegungsfreiheit eines polnischen Arbeiters, der russischer Staatsangehöriger ist, gab Anlaß zu einer Klage, die vor dem Berliner Gewerbegericht verhandelt wurde. Der Kläger, der seit sieben Jahren in Deutschland lebt und mit einer deutschen Staatsangehörigen verheiratet ist, arbeitet in der Klavierfabrik von Wogs u. Voigt. Er ist ein sehr tüchtiger Arbeiter. Die Firma hat deshalb ein lebhaftes Interesse, sich diese Arbeitskraft zu erhalten. Dabei kommt ihr die jetzt sehr stark beschnittene Freizügigkeit des feindlichen Ausländers zustatten. Als der Kläger im August aufhörte, verteilte ihm die Firma die Herausgabe seiner Papiere. Er klagte deshalb auf Schadenersatz. Das Verhältnis zwischen den Parteien wurde in der Verhandlung folgendermaßen dargestellt.

Der Kläger, der seit Jahr und Tag bei der belagerten Firma arbeitet, wollte schon früher aufhören. Aber Herr Wogs wußte das zu verhindern. Schließlich hörte der Kläger aber doch auf. Wie er angab, geschah das lediglich deshalb, weil er mit seinen Mitarbeitern so viel Ärger und Verdruß hatte, daß er trotz des guten Verdienstes, den er bei Wogs u. Voigt hatte, sich eine andere, wenn auch schlechter habende Arbeitsstelle suchen wollte, um Ruhe zu haben. Der Beklagte Wogs behauptete dagegen, die Arbeiter mit seinen Mitarbeitern habe der Kläger dadurch verschuldet, daß er alle lobnende Arbeit für sich beanspruchte, um seinen Verdienst zu steigern. Er habe wöchentlich über 70 M. verdient. Wie der Kläger weiter bemerkte, sind ihm, als er aufhörte, nicht nur die Papiere verweigert worden, sondern der Beklagte Wogs hat auch eine Meldung an die Kommandantur gemacht und eine Anzeige gegen den Kläger eingereicht. Infolgedessen sei er verhaftet worden. Die Angaben, auf welche sich die Anzeige stütze, seien auf Veranlassung des belagerten Wogs von den Mitarbeitern des Klägers unterzeichnet worden. Herr Wogs erklärte hierzu, die Arbeiter hätten die Angaben zu der Anzeige aus eigenem Antriebe gemacht, weil der Kläger bei Besprechung von Kriegsnachrichten oft eine ruffreundliche Gesinnung zum Ausdruck gebracht habe.

Den Klageanspruch bezeichnete Herr Wogs als in jeder Hinsicht unbegründet und führte aus, der Kläger, der sich nicht im Besitz einer für feindliche Ausländer erforderlichen Legitimationskarte befindet, sei der Firma vom Polizeipräsidenten zur Arbeit überwiesen worden. Nur bei der Firma Wogs u. Voigt dürfe der Kläger arbeiten. An einer anderen Stelle in Arbeit zu treten, sei er nicht berechtigt. Deshalb sei dem Kläger durch die Zurückbehaltung der Papiere kein Schaden entstanden. Der Kommandantur Meldung vom Aufhören des Klägers zu erstatten, sei der Beklagte verpflichtet gewesen. Die Kommandantur habe darauf den Kläger wieder zu der belagerten Firma geschickt und ihm bedeutet, daß er dort arbeiten müsse. Der Kläger stehe deshalb auch jetzt noch bei der Firma in Arbeit.

Der Kläger bemerkte hierzu, von einem Zwang, bei Wogs u. Voigt zu arbeiten, sei ihm nichts bekannt. Auf der Kommandantur sei ihm nicht gesagt worden, er müsse bei der Firma arbeiten, sondern man habe ihm geraten, sich mit der Firma, wo er doch schon so lange gearbeitet habe, wieder zu verständigen. Das habe er denn auch getan.

Auf Anraten des Berichters einigten sich die Parteien schließlich dahin, daß die Beklagte dem Kläger, der 45 M. gefordert hatte, 20 M. zahle.

Chronik des Weltkrieges.

31. Oktober 1914.

Die Ueberschwemmungen am Pter-Kanal durch Zerstörung der Schleusen behindern die Operationen.

Der englische Kreuzer „Hermes“ wird durch ein deutsches U-Boot versenkt.

Der allgemeine Angriff auf Tlingtau hat begonnen.

31. Oktober 1915.

Der Vorstand der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion beantragt beim Reichskanzler die unerzügliche Einberufung des Reichstages wegen der Lebensmittelfrage und des Belagerungszustandes. Neue Erfolge in Serbien. Kragujevac wird genommen.

Parteiorgan und Partei.*

Eine grundsätzliche Betrachtung von E. D. Bernstein.

II.

Bei der Vereinigung der streitenden Brüder in Göttingen 1875 ward denn auch von dem Gedanken Abstand genommen, in dieser Weise die Demokratie zu sichern, und die Wahl des Vorsitzenden und der Sekretäre der Parteileitung durch Statut dem Parteikonferenz zugewiesen. Besondere Mißstände traten in der kurzen Zeit, wo dieses Statut in Kraft war, daraus nicht zutage, und dazu war nach Erlöschen des 1875 geschaffenen Ausnahmegesetzes 1890 im neuen Parteistatut die Bestimmung der Wahl der Schriftführer der Partei durch die Parteitage von neuem festgesetzt, und dabei ist es bis heute verblieben. Die Sicherstellung der Demokratie wurde auf anderem Wege zu erreichen gesucht.

Dieser Weg hieß der Ausbau des föderativen Wesens der Partei, die Stärkung der Selbstverwaltung der Orte, Kreise, Bezirke und Landesverbände der Partei. Die Föderation ist der einzige Weg, die Demokratie in der Partei zu einer Wahrheit zu machen, ohne die Leistungsfähigkeit der Partei zu beeinträchtigen. Verbindung des höchstmöglichen Grades von Leistungskraft mit dem höchstmöglichen Grade von Selbstbestimmung, so kann man das Problem der Demokratie in jedem politischen Organismus formulieren.

Das erstere, die Leistungskraft, bedingt ein geschultes, fähiges und erfahrungreiches Amt verbindendes Beamtenpersonal an jeder verantwortlichen Stelle des Organismus. Aber alles ständige Beamtentum ist der Gefahr ausgesetzt, in Geringschätzung der Demokratie zu verfallen, die in weiterer Folge zu innerer Gegnerschaft gegen die Demokratie sich auswachsen kann. Erfahrung und Routine erzeugen ein Gefühl der Ueberlegenheit über die „Menge“, und wo dies sich festsetzt, kann wahrhaft demokratisches Empfinden schwer standhalten. Aber Macht ohne dieses Empfinden macht ihre Träger in kritischen Momenten, wenn die Gegenstände sich zuspitzen, nur zu leicht dumm, d. h. kurzfristig und brutal.

Diese und andere Gefahren des ständigen Beamtentums in der Leitung der Partei werden namentlich dann durch kein Kurieren am Wahlrecht beseitigt, wenn der Organismus selbst im Wachsthum ist. Je größer der Organismus, umso größer die Macht der Zentralinstanz, weil die Schwierigkeiten für eine sich entwickelnde Opposition Mehrheit zu werden, immer größer werden. Die formale Demokratie führt dann einen ähnlichen Zustand herbei, wie man ihn im Leben der Staaten mit dem Ausdruck modernisierter Zäsurismus bezeichnet. Ob der Regent durch das legitime Recht der Geburt oder durch ein Plebiszit das Ruder in die Hand bekommen hat, ist für die Feststellung dieses Zustandes unwesentlich. Sobald Regenten in die Lage kommen, sagen zu können: „Der Staat sind wir“, ist die wesentliche Vorbedingung dieses Zäsurismus gegeben.

Seiner Einnistung in das Leben der Partei hat die deutsche Sozialdemokratie, wie vorher bemerkt, durch den Ausbau der örtlichen usw. Selbstverwaltung vorgebeugt. Die Geschichte des Parteistatuts seit dem Erlöschen des Sozialistengesetzes ist die Geschichte einer stetigen Entwicklung zur Stärkung des föderalistischen Unterbaus der Partei, die nur eine organische Verbindung des Leben fördernden Föderalismus mit soviel Zentralismus darstellt, als zur Sicherung des Einheitsgedankens der Partei und ihrer Schlagkraft erforderlich erscheint. Wie vorteilhaft sich diese Stärkung der föderalistischen Einrichtungen für das materielle Wachstum und das geistige Leben der Partei erwiesen hat, lehrt jeder Rückblick auf ihre Geschichte seit 1890.

Aber ein Rückblick auf die Geschichte der Partei lehrt noch anderes. Die ersten zwei Parteitage nach Erlöschen des Ausnahmegesetzes sind gekennzeichnet durch die Nachwehen einer Krise, die einen Augenblick gedroht hatte, zu einer Spaltung der Partei zu führen. Eine der Ursachen dieser Krise nun hatte ihre Wurzel in dem Umstand, daß das Sozialistengesetz die Leitung der Partei in die Hände der Reichstagsfraktion gebracht hatte und jede Opposition gegen diese damit zugleich Opposition gegen die Parteileitung wurde. Das Zusammenlaufen der parlamentarischen Vertretung der Partei mit der Parteileitung in ein und dieselbe Personengruppe bringt gewiß manche Vorteile mit sich, hat aber auch seine argen Rehrseiten. Heute besteht in dieser Hinsicht ein ähnlicher Zustand wie unter dem Sozialistengesetz, nur daß die Personalunion jetzt Fraktionsvorbereitung-Parteiorgan heißt. Und da gerade diejenigen Mitglieder des Parteivorstandes, die zugleich dem Fraktionsvorstande angehören, ganz besonders in dem Konflikt der Reichstagsabgeordneten Partei sind, sehen wir den Parteivorstand diesen Konflikt viel stärker unter dem Gesichtspunkt dieser einen „Partei in der Partei“ behandeln, als es wahrscheinlich der Fall wäre, wenn seine leitenden Mitglieder weniger Partei in der Sache wären. Keines Erachtens wenigstens hätte man vom Parteivorstand etwas größere Objektivität in dem Streit erwarten dürfen, als er tatsächlich an den Tag gelegt hat.

Da er aber Partei nahm, da er die Sache der Fraktionsmehrheit als seine Sache behandelte, lag es auch nahe genug, daß er die Macht, die ihm seine Ausnahmestellung und die Ausnahmestände in die Hände gespielt haben, so ausnützte, wie er es getan hat. Ob er damit seiner Aufgabe als Sachwalter der Parteiinteressen am besten gedient hat und dient, wird der weitere Verlauf der Dinge zeigen. Einzuweisen haben

wir jedenfalls die Tatsache zu verzeichnen, daß ein erheblicher Teil der Partei dem Parteivorstand mit dem stärksten Mißtrauen gegenübersteht.

Es liegt nicht im Zweck dieses Artikels, auf den Gegenstand des Konfliktes und die einzelnen Maßnahmen des Parteivorstandes im Substantiellen einzugehen. Hier handelt es sich nur die grundsätzliche Seite des Parteirechts zu beleuchten. Daß die neueste Maßnahme des Parteivorstandes im Konflikt die gegensätzliche Stimmung frisch entspannt hat, nachdem die Diskussion in ein ruhigeres Fahrwasser einzulenkten begann, kann er selbst sich nicht verheimlichen. Ich will ihm nicht unterstellen, daß es das ist, worauf er dabei abzielte. Aber wenn es das nicht ist, wenn nur das Gefühl der ihm zugefallenen verstärkten Nachsicht in der Partei ihn trieb, eine gewisse Parteimitgliedschaft in der Ausübung eines der wichtigsten ihrer Rechte — dem Recht der freien Presse — noch stärker zu lähmen, als die derzeitigen allgemeinen Verhältnisse es ohnehin schon tun, dann hat er nur einen Beweis dafür geliefert, daß auch er nicht gefeit ist gegen die oben gekennzeichnete Gefahr des ständigen Beamtentums.

Reichstagsausschuß für den Reichshaushalt.

Au Montag wurden die

Verhältnisse

besprochen.

Abg. Stücken begründete die folgenden Anträge der Sozialdemokraten: den Reichskanzler zu ersuchen,

„für alle in Feindesland stehenden Mannschaften die Pöhmung auf 80 Pf. den Tag,

für alle im Inlande befindlichen Mannschaften auf 50 Pf. den Tag festzusetzen,

die bisher bezahlten Zulagen den Mannschaften auch fernerhin zu gewähren;

das Verpflegungsgeld der auf Selbstverpflegung angewiesenen Mannschaften auf 2,50 M. pro Tag festzusetzen;

dahin wirken zu wollen,

a) daß die Jahrgänge 1869 und 1870, Ichtete, soweit und sobald sie das 47. Lebensjahr vollendet haben, aus dem Heeresdienste entlassen werden,

b) in Erwägungen darüber einzutreten, ob und welche Maßnahmen ergriffen werden können, damit die im Heeresdienst stehenden weiteren Söhne solcher Familien, die bereits einen oder mehrere Angehörige durch den Tod im Felde verloren haben, zum Dienst in der Etappe oder in der Heimat verwendet werden;

das Budget solcher Mannschaften ein zweites Mal zu gewähren, die seit 1. Oktober 1915 eingezogen worden sind und noch unter den Fahnen stehen;

für den Erlaß und die Durchführung von Vorschriften sorgen zu wollen, durch welche die besonderen Küchen für die Unteroffiziere verboten werden;

in jeder Kompagnie ist den Mannschaften täglich durch Anschlag mitzuteilen, welche Rationen ihnen jeweils zuzuführen;

für jede Kompagnie, Eskadron oder Batterie ist eine Re-nagelkommission einzusetzen, in der auch die Mannschaften vertreten sind. Die Kommissionen haben allwöchentlich unter dem Vorsitz eines Offiziers zusammenzutreten und Fragen der Verpflegung zu besprechen;

daß den Grenschütztruppen mobile Löhnung gewährt wird.“

Die Löhnung reiche bei der allgemeinen Teuerung bei weitem nicht mehr aus. Der Reichstag habe bereits früher einen Antrag auf Erhöhung der Löhnung dem Reichskanzler als Material überwiesen, trotzdem sei nichts geschehen. Dafür sei jene Verfügung erlassen, die die Gehälter eines Teiles der Offiziere herabsetze, aber denen, die die hohen Gehälter bisher schon gehabt haben, doch nichts entzieht. Das sei geradezu eine Verhöhnung. — Wollig ungenügend sei vielfach die Verpflegung geworden. Für Offiziere und Unteroffiziere werden oft die besten Nahrungsmittel weggenommen und die Mannschaften entsprechend geschädigt. Die körperlichen Mißhandlungen seien dann dem entscheidenden Eingreifen des früheren stellvertretenden Kriegsministers v. Wandel seltener geworden. Dagegen lassen die Klagen über unerträgliche Wechimpfungen nicht nach. Wozu auch im Felde die Paraden? Dazu seien sogar Mannschaften aus den Schützengräben zugezogen worden, selbst wenn die Leute zu diesem Zwecke durch Sperrfeuer mühten. Es sei nicht zu verantworten, daß unsere Soldaten aus einem solchen Grunde in schwere Lebensgefahr gebracht werden. — Ungehörig sei es, daß Leute zum Kriegsdienst eingezogen werden, um sie zu bestrafen wegen ihrer politischen Gesinnung, z. B. weil sie die Friedenspetition der Sozialdemokratie unterschrieben haben. Weshalb werden so viele Mannschaften, die offensichtlich zum Dienst gar nicht mehr geeignet seien, lange Zeit in den Lazaretten festgehalten? Die Zensur der Briefe, die von der Mannschaft in die Heimat geschickt werden, sollte nicht von den unmittelbaren Vorgesetzten, sondern von einer höheren Stelle ausgeführt werden, der die einzelnen Leute nicht bekannt sind. Am Felde werde politische Agitation für die Gelder und für alldeutsche Bestrebungen zugelassen. Mit welchem Rechte werden Disziplinen als minderwertig hingestellt, so daß sie unter keinen Umständen zu Offizieren befördert werden sollen? Noch immer seien viele Drückerberger in den Kriegsgesellschaften, den militärischen Bureaus usw. Bei den Vorarbeiten für die Entlassung der Eingezogenen nach dem Friedensschluß sollen die noch einige Zeit zurückgehalten werden, die sich dazu, weil sie noch keine Arbeitsstelle haben, freiwillig melden, selbstverständlich gegen angemessene Entschädigung. Bei den Bekleidungsämtern sind zu viel Offiziere.

Oberst v. Briesberg hat, auch fernerhin alle unliebsamen Vorkommnisse dem Kriegsministerium zu melden. Dort werde jeder Fall gründlich untersucht und scharf eingeschritten, wenn ein Verstoß ermittelt werde. Den Wünschen, die vorgebracht seien, sei Rechnung getragen worden, soweit es die militärische Lage irgend zulasse. Mannschaften sollen nicht aus politischen Gründen eingezogen werden. Das dürfe aber nicht geduldet werden, daß die, die als unabhängig zurückgestellt seien, nicht arbeiten, sondern hegen und streifen. Solche Leute müssen eingezogen werden. Die Wünsche in bezug auf die Zensur der Soldatenbriefe seien bereits erfüllt worden. Unausführlich geschehe alles, um Drückerberger zu fassen. Wenn aber die Reichsstellen erklären, dieser oder jener sei unentbehrlich, dann müsse das Kriegsministerium dies als eine Tatsache hinnehmen. Die Schonung der durch den Tod der Söhne schwer getroffenen Familien sei bereits infolge der früheren Erörterung im Ausschuß durch eine Verfügung vom 30. Oktober 1916 angeordnet worden. — In welcher Reihenfolge die Mannschaften nach Friedensschluß entlassen werden sollen, werde jetzt erwo-gen. Selbstverständlich werden die Landsturmlaute zuerst entlassen.

Der Militärbevollmächtigte von Sachsen Paraden im Felde seien unentbehrlich. Die Mannschaften wollen ihren obersten Kriegsherrn begrüßen. Dabei würden auch die Auszeichnungen wegen Tapferkeit verteilt. Die Abteilungen, die in den Schützengräben liegen, wollen auch an Paraden teilnehmen, sonst fühlen sie sich zurückgesetzt.

Abg. Schöpflin trat nachdrücklich für eine bessere Verpflegung der Mannschaften ein. Besonders erbitterte es, wenn die Offiziere in der Verpflegung so sehr begünstigt werden. Manche Vorgesetzte seien offenbar nicht genügend gewissenhaft und bekümmern sich deshalb nicht so gründlich um die Verpflegung, wie es ihre Pflicht ist.

General v. Oven versicherte, daß das Kriegsministerium den größten Wert auf die Verpflegung lege und alles tue, damit auch die Mannschaften angemessen verpflegt werden. Er erhalte sogar von amtlichen Stellen auch solche Schreiben, die Einspruch dagegen erheben, daß die Mannschaften zu gut verpflegt und dadurch verwöhnt werden; wenn sie wieder entlassen werden, werden sie infolge der früheren zu guten Verpflegung um so unzufriedener. Unteroffizierskantinens seien verboten und werden beseitigt, sobald sie ermittelt werden. Die Offiziere erhalten nicht mehr Nahrungsmittel, als die Mannschaften. Sie schaffen aber auf ihre eigene Kosten Zuschüsse dazu herbei, und das erwecke den Anschein der Ungleichheit. Renagelkommissionen bestehen; sie seien eine alte Einrichtung. Eine Verfügung werde darauf hinweisen, wie diese Einrichtung am besten nutzbar gemacht werden könne. Von der Löhnung dürfen Abzüge unter keinen Umständen gemacht werden.

Abg. Weillböck (kons.): Die Klagen der Sozialdemokraten seien nur in Ausnahmefällen berechtigt; leider seien diese Ausnahmefälle aber sehr häufig.

Abg. Liesching (Frei. Vp.) schloß sich den Beschwerden der Sozialdemokraten an.

Abg. Dr. Cohn (Arb.): Daran sei nicht zu zweifeln, daß die Militärverwaltung für die Verpflegung der Mannschaften aufs Beste zu sorgen bestrebt sei. Aber bei den unteren Organen lämen nur zu oft Ungehörigkeiten vor. Am zweckmäßigsten wäre es, wenn die Offiziere keinen Anteil an der Mannschafsverpflegung haben würden. Die Offiziersgehälter seien so hoch, daß diese Herren ihre Ernährung aus der eigenen Tasche besorgen und bezahlen könnten. Ist es wahr, daß dem Deutschen Wehrverein seit Ausbruch des Krieges jährlich ein Zuschuß von 60 000 M. gewährt werde? Aus welchen Mitteln und zu welchem Zweck werden diese Gelder bewilligt? Wie sieht es mit der vom Reichstag verlangten Änderung des Militärstraf-gesetzbuchs?

Ein Vertreter des Kriegsministeriums antwortete, daß die Vorbereitungen, das Militärstrafgesetzbuch durch Herabsetzung der Mindeststrafen zu ändern, im Gange seien. Die höheren Kommandobehörden seien in dieser Sache befragt worden. Die Antworten liegen bereits vor und sollen jeht möglichst schnell bearbeitet werden.

Abg. Giesberts begründete zwei Abänderungsanträge zu dem Antrage der Sozialdemokraten. Danach soll verlangt werden, daß das Verpflegungsgeld der aus dienstlichen Gründen auf Selbstverpflegung angewiesenen Mannschaften entsprechend den verkehrten Lebensmitteln gestaltet werde, und daß die verheirateten Mannschaften, besonders solche mit großer Kinderzahl der älteren Jahrgänge, soweit es aus militärischen Gründen angängig erscheint, für längere Zeit in die Heimat beurlaubt würden.

Abg. Stücken (Soz.) bittet, daß der Erlaß über Schonung gewisser Familien veröffentlicht werde. Er erhebt dagegen Einspruch, daß zu den Paraden im Felde auch solche Mannschaften herangezogen werden, die unter Lebensgefahr aus den Schützengräben herbeigeholt mühten. Wenn die Leute hierbei ihren Tod fänden, wäre das nicht zu verantworten.

General v. Oven erklärt, daß die Erhöhung der Pflegegelder schon vorbereitet sei. Außerdem stelle er fest, daß Ersparnisse in den Kantine und Messbereichen nur für die Mannschaften selbst verwendet werden dürfen.

Abg. Schöpflin (Soz.): Ganz besonders bedauerlich sei es, daß Mannschaften im Felde zu Arreststrafen verurteilt und zur Abkühlung an einen Baum gebunden werden. Diese Strafe passe nicht mehr in unsere Zeit und sollte unbedingt beseitigt werden.

Ein Vertreter des Kriegsministeriums: Dem Deutschen Wehrverein seien keine besonderen Zuteilungen gemacht. Dagegen beziehe das Kriegsministerium die Zeitschrift des Wehrvereins „Die Wehr“ und schide sie als Resestoff ins Feld. Dafür werde allerdings dem Wehrverein eine größere Entschädigung gewährt.

Abg. Dr. Pflieger weist auf den Pferdemangel in der Landwirtschaft hin und bittet, daß die Militärbehörde helfe, diesen Mangel zu beseitigen.

Der Vertreter des Kriegsministers: Die Oberste Heeresleitung habe in sehr wirksamer Weise in dieser Beziehung mitgewirkt und eine große Anzahl Pferde vorübergehend zur Verfügung gestellt.

Die Abgg. Held und Hegler brachten dann noch einige Beschwerden vor.

Dann wurden die Arbeiterfragen in den Militärwerkstätten besprochen.

Abg. Brandes (Soz.) wies auf die großen Leistungen hin, die von den Arbeitern in den Militärarbeitfabriken verlangt werden. Diese hohen Leistungen können nur dann erreicht werden, wenn doppelte und dreifache Schicht eingeführt wird. Ebenso mühte der größte Wert auf die Ernährung und Behandlung der Arbeiter gelegt werden. Bei der Besetzung der Arbeitsstellen sollte nicht allgemein von Offizieren entschieden werden, sondern es sollten Sachverständige aus den Reihen der Arbeiter und Unternehmer zugezogen werden. Die Leistungsfähigkeit der Arbeiter hänge sehr davon ab, daß der Arbeiter an derjenigen Stelle beschäftigt werde, wo er am leistungsfähigsten ist. — Sehr bewährt haben sich die Schlichtungskommissionen, in denen außer der Militärbehörde auch die Vertreter der Arbeiter und der Unternehmer mitwirken. Leider seien diese Schlichtungskommissionen nur in den Bezirken einzelner Generalkommandos eingeführt worden. Wo sie nicht vorhanden seien, da würden die Beschwerden oft genug nicht sachgemäß erledigt, in allen Fällen aber dauerliche Erledigung viel zu lange. Ein Arbeitswechsel mühte den beurlaubten Arbeitern möglich sein, wenn sie in kurzer Zeit eine passende Stelle finden. Unter keinen Umständen sollte es zugelassen werden, daß ein Unternehmer die Ansprüche der Arbeiter auf bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen mit der Drohung unterdrücke, er werde dafür sorgen, daß der Arbeiter wieder in den Schützengräben komme. In den Pulverfabriken sei die Lohnsteigerung durchaus ungenügend. Bei der Arbeit selbst mühten Schutzmaßnahmen möglichst durchgeführt werden. Redner führt einen bezeichnenden Fall aus Mühlhausen an.

Oberst v. Briesberg verspricht, daß alles geschehen solle, um die Wünsche der Arbeiter, soweit es irgend geht, zu erfüllen und dadurch die Leistungsfähigkeit zu erhöhen.

Abg. Bauer (Soz.) gab zu, daß die Militärverwaltung den besten Willen habe; jedoch sei notwendig, daß das Arbeitsamt im Kriegsministerium nicht wie jetzt nur hin und wieder in Fühlung mit den Organisationen der Arbeiter und Unternehmer trete, sondern regelmäßig mit ihnen in Fühlung bleibe und sie stets vorher höre, wenn sich neue Anordnungen als notwendig erweisen. Die Frauennarbeit werde jeht in immer weiterem Maße angewendet, selbst bei Arbeiten, die ihrer Natur nach für Frauen ungeeignet sind. Unter allen Umständen müssen aber die Frauen stets ärztlich untersucht werden, bevor ihnen eine derartige anstrengende Arbeit zugemutet wird. Bei dem Bestreben, Ausländer zu den Arbeiten heranzuziehen, mühte mit großer Vorsicht und mit Verständnis für die Arbeiterverhältnisse vorgegangen werden. Den Gewerkschaften mühte es möglich sein, sich auch der ausländischen Arbeiter anzunehmen. Leider hätten das preussische Ministerium des Innern und der preussische Handelsminister dagegen Einspruch erhoben. Dieser Einspruch mühte recht bald beseitigt werden. Die polni-

* Siehe Nr. 296 des „Vorwärts“.

schon Arbeiter aus Russland würden leider nur zu oft bei der Anwerbung für Arbeiten in Deutschland getauscht. Ganz besonders starke Beschwerden liegen vor aus Rheinland und Westfalen und aus der Maschinenbauanstalt Humboldt in Köln-Kalk. Die Löhne seien vielfach sehr gering; dies gelte auch für die Krupp'sche Fabrik, wo ein starker Terrorismus auch während des Krieges ausgeübt werde. In diesen ganzen Bezirken fehlt die Schlichtungskommission. Das Generalkommando des siebenten Armee-Korps in Münster wolle durchaus nicht zu dieser Maßnahme greifen, die sich doch sonst überall auf beste bewährt habe. Auch in Staatsbetrieben kämen unerhörte Behandlung und zu niedrige Löhne vor. Der Tarifvertrag, der im Nordmarchen-Gewerbe zwischen Unternehmern und Arbeitern abgeschlossen sei, sei von der preussischen Feldzeugmeisterei nicht als maßgebend anerkannt worden. Das Versammlungsgesetz der Arbeiter werde noch an manchen Stellen nicht genügend beachtet. Die Generalkommission der Gewerkschaften habe immer wieder Beschwerde in dem Kriegsministerium unterbreitet. Es dauere aber viel zu lange, bis sie beseitigt werden.

Oberst v. Wriesberg: Er wolle sich nicht auf die Einzelheiten einlassen, verweise aber, daß alles geprüft und alles getan werden soll, um Besserung zu erreichen.

Ein anderer Vertreter des Kriegsministeriums verweise, daß die Löhne in den Pulverfabriken beträchtlich erhöht seien, zum Teil wieder in den letzten Tagen.

Dann wurde über die Anträge hierzu abgestimmt. Der Antrag der Sozialdemokraten, der eine Erhöhung der Löhne forderte, wurde gegen die sozialdemokratischen Stimmen abgelehnt. Der sozialdemokratische Antrag, der die Schonung der durch den Krieg bereits schwer getroffenen Familien fordert, wurde mit Rücksicht auf die zugehörigen Erklärungen des Kriegsministeriums zurückgezogen. Die anderen Anträge der Sozialdemokraten wurden zum Teil nach den Aenderungsanträgen der bürgerlichen Parteien angenommen.

Dienstag: Ernährungsfragen.

Bei der Erörterung der Ernährungs- und Verpflegungsfragen im Hauptausschuß des Reichstages teilte heute Oberst v. Wriesberg mit, daß Generalfeldmarschall v. Hindenburg einen besonderen Erlaß gegen Mißhandlungen herausgegeben habe. Die Verpflegung und die Stimmung unseres Heeres sei vortrefflich.

Der Ausschuß zur Beratung des Entwurfes über Festsetzung von Kurzen der zum Börsenhandel zugelassenen Wertpapiere nahm heute den Entwurf mit einer geringfügigen Aenderung an.

Politische Uebersicht.

Gaius Maximus Hefferich.

Man schreibt uns:

Zur Verteidigung des Belagerungszustandes hat der Vizekanzler im Reichstag selbst die Schatten der alten Römer heraufbeschworen. Dieses ebenso staatskluge wie republikanisch gestimmte Volk — meinte Herr Hefferich — habe doch auch für den Fall der äußersten Gefährdung des Staates die Einrichtung der Diktatur getroffen.

Mit diesem geschichtlichen Vergleich ist der Vizekanzler hies heraufgefallen. Wie jeder Kenner des römischen Staatsrechts weiß, war in Rom die Diktatur auf die Höchstdauer von sechs Monaten begrenzt. Auch als Hannibal vor den Toren stand, mußte Gaius Maximus („der Große“) sein Diktatorenamt nach Ablauf dieser Zeit niederlegen.

Bei uns aber herrscht der Belagerungszustand schon 27 Monate, obwohl weder der Feind im Lande steht, noch ein Gaius Maximus die Zensur handhabt, noch nach Aufhebung des Belagerungszustandes eine republikanische Verfassung in Kraft tritt.

„Gründlicher Wandel ist unerlässlich...“

Die Wirkung der Sonnabend-Sitzung des Reichstages mit ihren Anklagen gegen den Belagerungszustand hat sich als so stark erwiesen, daß selbst Herr v. Jedlick in der „Post“ gegen die Willkür und die Unzulänglichkeiten des Belagerungszustandes Front macht und es als ein elementares Gebot der Staats-Ehre bezeichnet, den ungünstigen Wirkungen vorzubeugen, die unbedeutende Eingriffe in die Freiheit auf die Volksseele ausüben.

Unbegreiflicherweise ist aber gegen dieses Gebot vielfach verstoßen worden, darüber läßt bedauerlicherweise die Reichstags-Verhandlung vom Sonnabend keinen Zweifel. Und zwar nicht bloß in der ersten Zeit des Krieges, in der Mißgriffe leichter zu entschuldigen waren. Manches legt auch die Vermutung nahe, daß die oberen Stellen nicht bloß durch Gehörlossein und Mangel an Aufsicht gefehlt haben. Gründlicher Wandel ist unerlässlich und so dringlich wie möglich. Zu einer Reichstags-Verhandlung wie der vom 27. darf nicht noch einmal Anlaß gegeben werden. Zu diesem Ende wird der im Reichstag vorliegende Plan, die Schughast auf eine dem Rechts- und Freiheitsbewußtsein unseres Volkes entsprechende gesetzliche Grundlage zu bringen, in die Tat umzusetzen sein. Unablässig aber davon ist eine unverzügliche Nachprüfung aller Fälle von Schughast und eine von jeder Engstirnigkeit freie Abhilfe in allen Fällen unerlässlich, in denen sich die erhobenen Beschwerden als begründet erweisen. Hier tut Eile dringend not, sowohl im Interesse der Sache als auch der Regierung selbst.

Das alles trifft sicherlich zu; daß aber der Herr v. Jedlick als unerlässlich bezeichnete „gründliche Wandel“ durch gesetzliche Regelung der Schughast eintreten könnte, ist eine Utopie. Ein solcher Wandel würde nur eintreten, wenn — wie die sozialdemokratischen Redner fortgesetzt forderten — die Quelle des Übels beseitigt würde: der Belagerungszustand!

Anfragen im Reichstage.

Abg. Dr. Quard fragt:

„Ist dem Herrn Reichskanzler bekannt, daß auf Grund des § 11 des Militärunterstützungsgesetzes von 1888 zahlreiche Familien von Kriegsteilnehmern der Kriegsunterstützung und der Reichswochenhilfe verlustig gehen und der Armenhilfe anheimfallen? Weist die Abt. den § 11 einer entsprechenden Aenderung zu unterziehen und dem Reichstage demnächst eine entsprechende Vorlage zu unterbreiten?“

Eine Anfrage des Abg. Rudloff bezieht sich auf den Schutz jugendlicher Personen in ihrer geistigen und sittlichen Entwicklung. Er fragt: „Ist der Herr Reichskanzler bereit, dahin zu wirken, daß im Sinne eines geeigneten Schutzes der Jugend gegenüber den im Kriege erhöhten Gefahren, insbesondere für die Bekämpfung der Schundliteratur und des Kinounwesens gemeinsame Richtlinien für das gesamte Gebiet des Deutschen Reiches an alle stellvertretenden Generalkommandos gegeben werden, so wie es für die militärische Vorbereitung der Jugend durch die Verfügung vom 16. August 1914 geschehen ist?“ Die Frage geht dann weiter dahin, ob der Reichskanzler bereit ist, dem Reichstage einen Bericht über den Inhalt der bisher in dieser Frage ergangenen Erlasse zu unterbreiten.

Der Abg. Schwarz (Schwefel) hat folgende Anfrage gestellt: Die Kommunalverbände und städtischen Verwaltungen, welche an die ihnen angehörigen oder zugewiesenen Bevölkerungskreise Lebensmittel gegen Vergütung abgeben oder vermitteln, sind

im Zweifel, ob sie hierfür der Umsatzsteuer unterliegen. Der Fragesteller wünscht, daß dafür Sorge getragen wird, daß dieser nicht gewerdmäßige Umsatz von der genannten Steuerpflicht befreit bleibt.

Strafantrag des Reichskanzlers gegen den Grafen Reventlow.

Der „Post“ Jtg. zufolge hat der Reichskanzler bei der Staatsanwaltschaft Strafantrag gegen den Grafen Ernst Reventlow wegen Verleumdung gestellt. Die Verleumdung soll in der letzten Versammlung des „Unabhängigen Ausschusses für einen deutschen Frieden“ im Abgeordnetenhaus gefallen sein.

Professor Schiemann ist, wie das „Verl. Tagebl.“ hört, aus dem „Unabhängigen Ausschuss“ für einen deutschen Frieden“ ausgetreten.

Wer hat das angeordnet?

Der Beschluß des Hauptausschusses des Reichstages betreffend Erhebung über die Gehälter der in den Kriegsgesellschaften beschäftigten Personen und deren konfessionelle Zugehörigkeit hat bisher weder eine bindende Zustimmung des Reichstages noch des Bundesrats gefunden. Personen, die ohne solche bindende Zustimmung und Anweisung der oberen Befehle trotzdem dergleichen Erhebungen veranstalten, machen sich zweifellos eines Uebergriffs schuldig. Tatsächlich sind nun aber bereits dergleichen Erhebungen erfolgt. In der Zentralerkaufsgesellschaft hat man durch Umfrage die Zahl der beschäftigten Juden festgestellt, in anderen Gesellschaften sind sogar genaue Ermittlungen durch Listen vorgenommen worden.

Es wird Sache des Reichskanzlers sein, nachzuprüfen, wer zu solchen Maßnahmen Veranlassung gegeben hat und welche Absichten die betreffenden Personen verfolgen. Jedenfalls ist öffentliche Aufklärung über das merkwürdige Treiben geboten.

Nach einer Mitteilung des „Verl. Tagebl.“ hat auch die Kriegsstoffgesellschaft den ihr unterstellten Kriegsgesellschaften eine Aufforderung zugehen lassen, eine entsprechende Statistik zu veranlassen. Bei der Kriegsmetallgesellschaft ist die Statistik bereits durchgeführt.

„Kreuzzeitung“ und „Vorwärts“.

Die „Kreuzzeitung“ gibt in ihrer gestrigen Abendnummer den Inhalt des Montagsartikels im „Vorwärts“ wieder und bemerkt dazu:

„Als einen billigen Frieden sieht der „Vorwärts“ einen solchen an, der die Sicherheit des Reiches gewährleistet. Es ist wohl nur künstliche Vergeßlichkeit, daß neben der Sicherheit des Reiches nicht auch seine wirtschaftliche Entwicklungsmöglichkeit genannt ist, wie sonst in sozialdemokratischen Kundgebungen. Nimmt man das hinzu, so kann man sich mit der sozialdemokratischen Formulierung einverstanden erklären, und es kommt dann nur auf ihre Auslegung an. Unseres Erachtens wäre jene wirtschaftliche Entwicklungsmöglichkeit nicht gegeben, wenn wir die ganze Milliardenlast dieses Krieges durch die kommenden Jahrzehnte mit uns zu schleppen hätten und sie nicht so oder wenigstens zu einem Teil auf unsere Gegner abwälzen würden. Ueber diesen Punkt hat die Sozialdemokratie bisher sorgsam geschwiegen. Und die Sicherheit des Reiches wird so lange nicht gegeben sein, als ein Krieg gegen Deutschland für England nicht ein ganz anderes Risiko bedeutet, als unter dem maritimenpolitischen Verhältnisse, wie sie vor dem Kriege bestanden. Diese Sicherheit und diese Entwicklungsmöglichkeit werden wir aber nicht schaffen können, ehe die Gegner nicht „völlig niedergeworfen“ sind. Denn vorher werden sie zu einem solchen Frieden nicht bereit sein. Deshalb ist aber auch die ganze Unternehmung des „Vorwärts“ hinfällig. Und deshalb ist es auch zwecklos, solche Unternehmungen zu konstruieren, und schließlich, weil dadurch bei unseren Gegnern nur übertriebene Vorstellungen von unserem Friedensbedürfnis hervorgerufen werden. Heierlich erklärt der „Vorwärts“, er wolle, daß nicht nur das deutsche Volk, sondern daß auch die anderen Völker Europas leben, die so viel zum Fortschritt der menschlichen Kultur beigetragen hätten. Wer wollte das nicht? Aber ohne differenzierende Rückwirkung auf die politischen und wirtschaftlichen Lebensverhältnisse der am Krieg beteiligten Völker wird dieser gewaltige Völkerringkampf nicht bleiben können. Das werden nur die allerinternationalsten Genossen verlangen.“

Diese Ausführungen sind in der Tat ein Schulbeispiel dafür, daß eine gefällige „Auslegung“ eine Friedensforderung in eine Annexionsforderung umzuwandeln vermag. Diese Kunst wird in der konservativen Presse schon seit vielen Monaten an dem Satz „Sicherheit der wirtschaftlichen Entwicklungsmöglichkeit“ geübt und zwar in demselben Sinne, wie es jetzt in der „Kreuz-Ztg.“ geschieht: daß eine solche „Sicherheit“ nur durch „völlige Niederwerfung der Feinde“ geschaffen werden kann. Wenn die gegnerische Presse von solchen Auslegungsfünken nicht Abstand nehmen sollte, würde sich die Notwendigkeit ergeben, unser Friedensprogramm in solcher Weise zu formulieren, daß es nicht zum Ausgangspunkt ganz anders gearteter Wünsche gemacht wird.

Zur Reichstagswahl in Ostsch-Schirma.

Diese Reichstagswahl, die am 23. November stattfindet, wird politisch immer interessanter. Die Konservativen Sachsens haben besonders den Fabrikanten Dr. Wildgrube aus Dresden aufgestellt. Dieser Herr hat die Kanzlertröden-Eingabe an den Sächsischen Landtag mit unterzeichnet, wird überhaupt mit Recht der extremen Richtung unter den Kriegspolitikern zugerechnet. Deshalb fand diese Kandidatur in liberalen Kreisen lebhaften Widerspruch. Nicht nur das freisinnige Blatt in Ostsch, das im Wahlkreise nicht unwesentlichen Einfluß hat, sondern auch das „Leipziger Tageblatt“, das führende Organ der sächsischen Nationalliberalen, hat sich sehr unwillig dagegen ausgesprochen. Gleiches geschah in anderen liberalen Blättern des Reichs. Daraufhin hat Dr. Wildgrube in Erklärungen und Artikeln der konservativen Presse Sachsens geantwortet und mit Nachdruck darauf hingewiesen, daß er sich doch mit seiner politischen Haltung in sehr guter Gesellschaft führender — auch sächsischer — Liberaler befinde. Den Kerger seiner bürgerlichen Gegner sucht er auf den sozialdemokratischen Gegenkandidaten abgelenken.

In diesem Beginnen erhält Herr Wildgrube jetzt unerwartete Hilfe aus dem Lager der Nationalliberalen. In einem Teil der bürgerlichen Presse Sachsens meldet sich in einem längeren Artikel „ein Angehöriger der Nationalliberalen Sachsens, Mitglied des Nationalliberalen Reichsvereins in Dresden“ zum Wort, der seinen Parteifreunden ganz gehörig wegen ihres Verhaltens Wildgrube gegenüber den Text liest. In der Einleitung des Artikels wird zunächst darauf hingewiesen, daß durch diese Reichstagswahl durch Bruch des Burgfriedens „dem feindlichen Auslande das erstmal seit Kriegsbeginn ein „langersehntes Schauspiel“ geboten werde. Diese Bemerkung richtet sich gegen die sozialdemokratische Kandidatur. Dann wird gesagt, daß dieser „niederdrückende und beschämende Vorgang in ein ganz besonders peinliches Licht“ trete „durch die überaus bedauerliche Haltung einiger

liberale Zeitungen, deren Hintermänner, unbeschwert von nationalen Bewußtseinsbedenken, ohne den geringsten sachlichen Anlaß (!) eine Stimmungsmache gegen die konservative Qualität des nationalen Kandidaten betreiben, die an die trübsten Zeiten vergifteter parteipolitischer Geschäftigkeiten vor dem Kriege erinnert.“ Diese „Stimmungsmache“ könne nichts anderes bedeuten, als eine Aufforderung an die liberalen Wähler, Wildgrube nicht zu wählen. Dann fährt der Artikelschreiber fort:

„Es liegt im tiefsten Interesse der nationalliberalen Partei, dieser unseligen und gemeingefährlichen Treiberei mit Entschiedenheit entgegenzutreten, um des Vaterlandes und des guten Namens der Partei willen. Der Schreiber dieses... empfindet um der Sache willen und aus eingehender Kenntnis der Verhältnisse heraus die Mannespflicht, törichte Verunglimpfungen eines Mannes zurückzuweisen, der während des Krieges wie selten einer seine kraftvolle Persönlichkeit und sein umfassendes Wissen in den Dienst der rein vaterländischen Idee und ausgerechnet der Bestrebungen gestellt hat, die hinsichtlich der heute alles überragenden Probleme der auswärtigen Politik und des künftigen Friedensschlusses von den halbamtlichen Instanzen der nationalliberalen Partei und durch Namen, wie die Wasserburgs, Brandenburgs und Bogels gedeckt werden. Es ist ein starkes Stück, diesen offenkundigen Sachverhalt verschüllen zu wollen.“

Dann wird weiter bestritten, daß Herr Wildgrube ein blinder Gegner des Liberalismus sei. Er habe immer das Versöhnende, nicht das Trennende zwischen Konservativen und Nationalliberalen herausgearbeitet. Am Schluß bemerkt der Artikelschreiber, daß er sich eins wisse mit zahllosen liberalen Parteigenossen.

Diese Verunglimpfung ist durchaus berechtigt, denn der Vertreter der Nationalliberalen Sachsens, der am 25. Juni in Chemnitz stattfand, erklärte sich einstimmig (!) einverstanden mit den Beschlüssen des Zentralvorstandes der nationalliberalen Partei Deutschlands in der U-Bootsfrage usw. Und Herr Wildgrube hat öffentlich erklärt, daß er sich dieser Kundgebung der sächsischen Nationalliberalen ausdrücklich anschließe. Die Landtagsfraktion der sächsischen Nationalliberalen aber hat vor kurzem dem Reichskanzler unbedingte Gefolgschaft gelobt und sich dadurch in Gegensatz zu dem Vertretertag des Reichs gestellt.

Unter diesen Umständen ist der oben zitierte Artikel höchst bemerkenswert und man darf weiteren Äußerungen von der anderen Seite mit Interesse entgegensehen.

In der „Leipziger Volkszeitung“ wendet sich Genosse Lipinski gegen einen Artikel der „Nachrichten für Grimma“, in dem gegen ein Flugblatt für Lipinski's Kandidatur polemisiert und er selbst als Gegner der Landesverteidigung hingestellt wird. Demgegenüber bezieht sich Genosse Lipinski auf den Wortlaut des zu seinen Gunsten erlassenen Flugblatts, in dem es heißt:

„Was will demgegenüber die Sozialdemokratie? Sie will Deutschland unverfehrt und unabhängig erhalten wissen und tritt für die Förderung einer internationalen Handelspolitik des ungehinderten Warenaustausches zwischen den verschiedenen Nationen nebst ihren Kolonien und Protektoratoren ein. Sie lehnt alle Annexionen fremdsprachiger Völker und Länder ab, weil Annexionen den Keim zu neuen Kriegen enthalten. Die Sozialdemokratie erstrebt eine Verständigung der Völker zum freien, friedlichen Wettbewerb, zur gemeinsamen Kulturarbeit an.“

Genosse Lipinski setzt hinzu: Die Darlegung läßt keinen Zweifel aufkommen. Sie ist die Auffassung der gesamten sozialdemokratischen Partei. Was die Fraktion der Arbeitgemeinschaft von der Fraktion der Sozialdemokratischen Partei trennt, liegt in der Wertung der einzelnen Tatsachen, die für die Beurteilung des Charakters des Krieges bestimmend sind. Die Arbeitgemeinschaft tritt wie die Fraktion für die Verteidigung des bedrohten Vaterlandes ein, sie lehnt es aber ab, imperialistische Eroberungskriege zu unterstützen. Imperialistische Eroberungskriege zu unterstützen hat die sozialdemokratische Fraktion stets mit großer Schärfe abgelehnt. Sie ist aber davon überzeugt, daß es sich auch heute noch um nichts anderes handelt, als darum, „für die Verteidigung des bedrohten Vaterlandes einzutreten.“

Wenn übrigens die „Nachrichten für Grimma“ meinen, hinter Lipinski ständen nur die Anhänger der Arbeitgemeinschaft, nicht die der Sozialdemokratie im allgemeinen, so ist das ein harter Irrtum. Im Wahlkampf tritt selbstverständlich jeder Sozialdemokrat für den sozialdemokratischen Kandidaten ein. Und das ist in Ostsch-Schirma allein Genosse Lipinski.

Ein neues Kriegsdamt.

Beim Wechsel im preussischen Kriegsministerium hat sich die Einrichtung eines neuen Kriegsdamts nötig gemacht, das dem Kriegsministerium angegliedert ist. Dem neuen Kriegsdamt sind unterstellt die Beschaffung und Ernährung von Munition, Arbeiter, Versorgung des Heeres mit Kriegsmaterial, der Mannschafterlaß, die Herstellung von Munition und anderem Kriegsmaterial. Als Leiter des Kriegsdamts ist der bisherige Chef des Feldbahnbauwesens, Generalmajor Gröner in Aussicht genommen.

Das tägliche Brot.

Ein Waldoyer für die Gemeinschaftsküche.

In einem Artikel, der die Aussichten unserer Ernährung im Winter untersucht, kommt die „Königliche Zeitung“ zu dem Schluß, es bleibe uns, um für alle Möglichkeiten gewappnet zu sein, nichts anderes übrig, als unsere Vorräte noch besser zu verwerten, als es bisher in der Anarchie der Einzelhandlungen möglich war. Das könne nur geschehen durch die Verallgemeinerung der Gemeinschaftsküche.

Ueber die bisherigen Massenspeisungen sagt das Blatt, daß sie ihren Zweck nicht erreicht haben, weil nicht mehr als 5 bis 10 Prozent der Bevölkerung davon beteiligt seien. Um die Vorteile der Massenspeisungen richtig zu beurteilen, müsse folgendes im Auge behalten werden:

Mit der Gemeinschaftsküche wird der Kampf gegen den Hunger erleichtert, die Hauswirtschaftlichkeit hört mehr oder weniger auf, das stundenlange Warten vor den Geschäften erübrigt sich; die Lebensmittel werden rationeller verwandt; viele Schäden des Volkes werden besser und billiger ernährt als bisher; weibliche Arbeitskräfte werden für neue Aufgaben frei; das Gemeinschaftsgefühl des Volkes erhält einen neuen Antrieb. Es sind jedenfalls triftige Gründe, die für eine Ausdehnung der Gemeinschaftspeisung, für den Übergang vom fakultativen System, mit dem wir noch den Erfahrungen nicht weiterkommen, zum obligatorischen sprechen.“

Um so überraschender findet es das Blatt, daß Herr v. Watock diese Bestrebungen ziemlich unverblümt abgelehnt hat. Der Reichstag müßte unseren verantwortlichen Ernährungsminister fragen, ob er auch ohne die Einführung einer erweiterten Gemeinschaftspeisung die Gewähr dafür übernehmen kann, daß uns Notstände in der Ernährung für die kommende Zeit erspart bleiben werden. Kann diese Zusage nicht gegeben werden, dann dürfen keinerlei Gefährlichmomente die Volkvertreter abhalten, sich für diesen letzten entscheidenden Schritt einzusetzen. Die die Gemeinschaftspeisung im einzelnen

durchzuführen ist, ob man einen unmittelbaren Zwang zur Teilnahme einführt oder den Selbstverpflichtungen, die sich von irgendwoher Lebensmittel zu verschaffen wissen, die Teilnahme freilässt, ob man auch die verschiedenartigen Nahrungsbedürfnisse berücksichtigen kann, das wird man erst zu erörtern haben, wenn Regierung und Reichstag sich grundsätzlich zur großen Volksküche bekannt haben. Darüber müssen die Reichstagsberatungen Ausschluß geben.

Wir können diesen Ausführungen des nationalliberalen Blattes durchaus zustimmen und bedauern es nur, daß die Einsicht in die Notwendigkeit der obligatorischen Massenversorgung, die von sozialdemokratischer Seite schon längst gefordert wurde, erst jetzt in bürgerliche Kreise Eingang findet.

Die Lage auf dem Schweinemarkt.

Sein Gebiet der Lebensmittelversorgung zeigt — wenn wir von der Verfahrenheit auf dem Keffelmarkt absehen — augenblicklich ein solches verworrenes Bild wie das des Schweinemarktes. Wir haben erst in der letzten Freitagnummer des „Vorwärts“ gezeigt, wie verkehrt der Kisporn der allgemeinen Aufsicht ist. Die Bestimmungen über die Hausfleischladungen aber, wonach jeder berechtigt ist, ein Schwein zu schlachten, wenn er es zuvor sechs Wochen lang in eigener Fütterung gehabt hat, haben zu vollständig unhaltbaren Zuständen geführt. Nicht nur, daß die wildesten Käufe von gutsituierten Personen daraufhin einsetzten und dadurch der Markt an Schlachtschweinen entblüht wurde; nein, infolge des Futtermangels und infolge der Unkenntnis mit der Pflege sind die angekauften Tiere während der sechs Wochen vielfach erheblich im Gewicht zurückgegangen und dann abgeschlachtet worden. Aber damit nicht genug. Die Lücke in der Preisordnung, daß für Zuchtschweine keine Höchstpreise festgesetzt sind, ist dazu benutzt worden, zum Teil die unglücklichsten Preise zu fordern und anzubieten. Es werden solche von 400 M. und mehr für 100 Pfund Lebendgewicht genannt. Diesem Treiben sucht das Landesfleischamt für das Königreich Preußen jetzt in etwas Einhalt zu gebieten. Es hat den Verkauf von Schweinen über 120 Pfund an Private verboten und erklärt, daß diese Schweine nur den zuständigen Organen der Viehhandelsverbände verkauft werden dürfen. Letztere sollen für die Vermittlung der Schweine an zuverlässige Mastbetriebe Sorge tragen. Außerdem werden diejenigen Leute, welche für Hausfleischschweine hinreichend Futter haben, gezwungen, jüngere Schweine groß zu ziehen. Diese Maßnahmen sind sicher sehr erfreulich. Daneben sollten aber Höchstpreise für Zuchtschweine festgesetzt werden, die nicht erheblich höher sein dürfen als die für Schlachtschweine. Auch die Anrechnung des Fleisches der Hausfleischschweine auf die Entnahme von Frischfleisch mit nur der Hälfte sollte auf mindestens zwei Drittel heraufgesetzt werden. Mit diesen Maßnahmen in Verbindung mit den bereits getroffenen würde erreicht werden, daß der Allgemeinheit wieder etwas Schweinefleisch und mehr Fett zugeführt werden könnte.

Der „Vorwärts“-Konflikt und die Kreisorganisationen.

Die Berliner Parteigenossen nahmen am Freitag in fünf Generalversammlungen Stellung zu dem „Vorwärts“-Konflikt. Die Generalversammlung des zweiten Wahlkreises, die in den „Historischen“ in der Bülowstraße stattfand, war sehr gut besucht. Zur Tagesordnung „Unser Parteiblatt, der „Vorwärts“, und das Verhalten des Parteivorstandes“ gab der Kreisvorsitzende Genosse Jacobowski eine ausführliche Darstellung der Verhandlungen, die um die Aufhebung des „Vorwärts“-Verbots geführt wurden und schildert dann die Verhältnisse, wie sie sich nach dem Wiedererscheinen des „Vorwärts“ in der Redaktion gestaltet haben. Diesem Vorgehen des Parteivorstandes könne die Berliner Arbeiterchaft nicht tatenlos gegenübersehen. Geredet worden sei genug. Jetzt müsse gehandelt werden. Deshalb empfahl der Kreisvorstand eine Resolution, die der Verbandsgeneralversammlung vorgelegt werden soll.

Genosse Richard Fischer wandte sich gegen diese Resolution. Die Darstellung Jacobowskis über die Verhandlungen seien zum Teil falsch, zum Teil unvollständig. Wohl sei die Drucker Eigentum der Berliner Genossen, nicht aber der „Vorwärts“. Dieser sei Eigentum des Parteivorstandes. Der Parteivorstand wolle ja beide Teile zum Wort kommen lassen. Er verlange nur gleiches Recht für Mehrheit und Minderheit. Durch einen Vorstoß des „Vorwärts“ würde nicht nur der „Vorwärts“ geschädigt, sondern unsere eigene Sache, die Sache der Partei. — In längerer Rede trat Genosse Stadthagen den Ausführungen Fischers entgegen. An Hand des Materials über die Verhandlungen mit dem Oberkommando weist Stadthagen nach, daß das Oberkommando nur die Garantie verlangt, daß die Zensurvorschriften beachtet werden. Die Vorwärts-Druckerei sei Alleineigentum der Berliner Genossen. Das Blatt „Vorwärts“ sei im Interesse seiner Leser und der Partei durch die Pressekommission und den Parteivorstand zu verwalten. Der Parteivorstand habe aber die Rolle der Berliner Genossen für seine Parteizwecke ausgenutzt. Zwischen dem Genossen Müller vom Parteivorstand und der Redaktion sei ein kollegiales Zusammenarbeiten unmöglich. Wenn der Parteivorstand keine Spaltung der Partei herbeiführen will, muß er den Streit beizulegen suchen.

Die Resolution des Kreisvorstandes wurde mit 171 gegen 88 Stimmen angenommen.

Die Generalversammlung des dritten Kreises fand im Gewerkschaftshaus statt. Das einleitende Referat gab Genosse Braun als Vorsitzender des Kreises. Er schilderte die Verhandlungen der dazu berufenen Körperschaften sowie des Zentralvorstandes von Groß-Berlin vom „Vorwärts“-Verbot bis zur Aufhebung desselben und legte den Versammelten klar, wie der Parteivorstand sich ins Unrecht gesetzt habe und weit über die Befugnisse hinausgegangen ist, die ihm laut Organisationsstatut zustehen. In der sehr lebhaften Diskussion verurteilten auch einige Anhänger der Parteimehrheit das Verhalten des Parteivorstandes in dieser Frage; aber sie konnten sich nicht entschließen, für die vorgeschlagene Resolution zu stimmen, da sonst den gegnerischen Wählern die Abonnenten zugute kommen und unsere Organisation Schaden erleidet. Einigen Rednern ging hinwiederum die Resolution nicht weit genug.

Bei der Abstimmung ergab sich für die Resolution auf Einbehaltung des Abonnementbetrages eine Majorität von 112 gegen 25 Stimmen. Mehr als vier Fünftel der Anwesenden stimmten also für die Resolution.

Aus dem vierten Wahlkreis liegt uns bisher ein Bericht nicht vor. Im fünften Wahlkreis wurde nach lebhafter Debatte der Antrag auf Verweigerung der Abonnementzahlung mit 90 gegen 44 Stimmen angenommen.

Im sechsten Wahlkreis schilderte der Vorsitzende des Kreises, Genosse Leid, die Einsetzung des „Vorwärts“, der als „Berliner Volksblatt“ eine Gründung der Berliner Genossen ist. Erst auf dem Parteitag in Erfurt wurde er zum Zentralorgan unter dem Titel „Vorwärts“ gemacht. Immer aber habe es als selbstverständlich gegolten, daß den Berlinern Anrecht und Einfluß auf das Blatt genahrt bleibe, daß sie seinerzeit so bereitwillig in den Dienst der Gesamtpartei gestellt hätten. Alle Parteitage seien einmütig der Ansicht gewesen, daß man den Berliner Genossen nicht den Einfluß auf ihr Blatt verweigern könne, den alle Provinzgenossen für das Blatt ihres Ortes als etwas ganz Selbstverständliches ansehen. Die Genossin Schuberth schilderte dann als Mitglied der Presse-

mission den Gang der Verhandlungen zwischen den Berliner Instanzen und dem Parteivorstand, die mit dem eigenmächtigen Abschluß einer Vereinbarung des Vorstandes mit dem Oberkommando endeten. In der sehr ansiebigen Diskussion traten die Genossen Deinen, Balcher und Löhr für die Beitragsperre ein. Ihnen traten namentlich die Genossen Ledebour und Ströbel sowie der Vorsitzende Leid entgegen. Die Bezirke 401, 402 und 403 beantragten, der sechste Kreis möge sich die Teilmotivbeschlüsse zu eigen machen. Das wurde aber abgelehnt. In der gemeinsamen Abstimmung über die Anträge auf Beitragsperre fanden sich für diese bei 338 Anwesenden nur 15 Stimmen. Die Beitragsperre wurde also mit überwältigender Majorität abgelehnt.

Dann erhob die Generalversammlung einen Antrag der Kreisversammlung zu ihrem Beschluß, in welchem entschiedenster Widerspruch gegen das Vorgehen des Parteivorstandes erhoben wurde.

Schließlich nahm die Versammlung den Antrag auf Inhabierung der Abonnementzahlung mit allen gegen nur 5 Stimmen an.

Aus Teilmotiv-Bezirk.

In einer Reihe Mitglieder- und Extrazahlabend nahmen die Genossen Stellung zu den Beschlüssen der Kreisgeneralversammlung, die sich am Sonntag, den 22. Oktober, mit dem „Vorwärts“ und dem Parteivorstand, beschäftigt hatte. Wir lassen aus den verschiedenen Versammlungsberichten der Kürze halber einen Auszug folgen:

Charlottenburg. Der Extrazahlabend war von circa 160 Genossen besucht. Das Verhalten des Parteivorstandes wurde in scharfer Weise gezeigt und als Abwehrmaßnahme die Anträge der Kreisgeneralversammlung mit allen gegen 4 Stimmen angenommen. Die obligatorische Einführung der „Gleichheit“ wurde den Frauenleibern zur Beratung überwiesen.

Rohndorf. Anwesend waren 70 Genossen. Alle Anträge der Kreisgeneralversammlung wurden gegen wenige Stimmen angenommen, der Antrag des Bezirksvorstandes von Groß-Berlin als völlig ungenügend abgelehnt.

Der obligatorischen Einführung der „Gleichheit“ wurde einmütig zugestimmt.

Grünow. Die Versammlung verurteilte das Verhalten des Parteivorstandes als scharf und fordert durchgreifende Gegenmaßnahmen. Die Resolution des Kreisvorstandes wurde mit 51 gegen 2 Stimmen, der Beitragsperre-Antrag mit 60 gegen 2 Stimmen, die Resolution Luxemburg einmütig angenommen. Der „Gleichheits“-Antrag einstimmig.

Grünau. Der „Vorwärts“-Antrag wurde mit 18 gegen eine Stimme angenommen, alle anderen Anträge einstimmig, mit Ausnahme des Beitragsperreantrages, der abgelehnt wurde.

Steglitz. Alle Anträge wurden einstimmig angenommen, mit Ausnahme des Beitragsperreantrages, der wohl auch Annahme fand, aber mit 20 gegen 16 Stimmen bei circa 20 Stimmenthaltungen.

Wariendorf. 90 Genossen anwesend. Die Anträge des Kreisvorstandes, der Genossen Luxemburg, sowie der „Gleichheits“-Antrag fanden nach lebhafter Aussprache einstimmige Annahme, der Antrag auf Beitragsperre wurde mit 58 gegen 5, bei 32 Stimmenthaltungen, angenommen.

Treptow-Dammuldenweg. Die Versammlung war sehr stark besucht. Anwesend 204 Mitglieder. Nach lebhafter Debatte wurden alle Anträge, auch der auf Beitragsperre, gegen wenige Stimmen angenommen.

Kowames. Die Generalversammlung am 25. Oktober beschloß, den Anträgen des Kreisvorstandes in Sachen der Vorwärtsfrage zuzustimmen. Die Beitragsperre wurde abgelehnt. Genossen Reumann und Franke wurden delegiert. Beschlossen wurde, auf die Verleumdung in der „Brandenburger Zeitung“ zu verzichten in Rücksicht auf einen Bericht über die letzte Mitgliederversammlung.

Der „Vorwärts“-Konflikt und die Parteioorganisation von Groß-Berlin.

Nachdem sich am Freitagabend die fünf Generalversammlungen der Organisationen des 2., 3., 4., 5. und 6. Wahlkreises mit dem „Vorwärts“-Konflikt befaßt hatten, tagte am Sonntag in den „Germaniafälen“ die Generalversammlung des Verbandes der sozialdemokratischen Wahlvereine Groß-Berlins, um Stellung zu dem „Vorwärts“-Konflikt zu nehmen. Das einleitende Referat hielt Genosse Adolf Hoffmann. Seine Ausführungen über den „Vorwärts“-Konflikt bewegten sich in der Hauptsache in demselben Rahmen wie die früher in dieser Sache wiedergegebenen Darlegungen der Pressekommission. Unter der Herrschaft des Parteivorstandes sei der „Vorwärts“ ein Blatt der Mehrheit geworden. Er vertrete nicht mehr die Ueberzeugung der Berliner Parteigenossen. Jetzt komme es darauf an, unsere Rechte wiederzugewinnen. Zu diesem Zweck unterbreite der Parteivorstand im Einverständnis der acht Wahlkreise der Generalversammlung einen Antrag, welcher die Genossen verpflichtet, den „Vorwärts“ nicht zu bezahlen, bis der Parteivorstand sein statutemäßiges Verhalten einstellt und die Berliner Genossen wieder zu ihrem Recht auf den „Vorwärts“ gekommen sind. Es falle schwer, diesen Schritt zu tun, aber wir können den Schlag nicht ruhig hinnehmen, den der Parteivorstand gegen uns führt.

In der Diskussion sprachen zunächst vier Mitglieder des Kreises Teilmotiv-Bezirk, welche die von ihrem Kreise gestellten Anträge begründeten. Diese Anträge fordern:

1. daß die jetzige Redaktion die Arbeit einstellt, so lange ein Mitglied des Parteivorstandes nicht nur die Zensurvorschriften überwaht, sondern auch den Inhalt des Blattes bestimmt;
2. daß die Leser den „Vorwärts“ für die gleiche Zeit abbestellen und ihnen ein anderes Parteiblatt geliefert werde oder sie selbst ein solches halten;
3. daß (entsprechend der von der vorigen Verbandsgeneralversammlung abgelehnten Resolution Luxemburg) der Parteivorstand sich mit anderen Kreisen im Reich ein Einverständnis setzt, um gemeinsam über organisatorische Abwehrmaßnahmen zur Rettung der Partei zu beraten;
4. daß die Angehörigen im „Vorwärts“-Unternehmen, welche dem Beschluß der Pressekommission systematisch und ausdrücklich zuwiderhandeln, durch andere Angestellte ersetzt werden;
5. daß dem gegenwärtigen Parteivorstand keine Beiträge mehr gezahlt werden, weil er das Geld zur Bekämpfung des Sozialismus verwendet.

Die Redner, welche diese Anträge begründeten, vertraten die Ansicht, der Antrag des Parteivorstandes sei nur eine Falschheit.

Ledebour begründete eine von ihm und Adolf Hoffmann beantragte Resolution, welche die Parteigenossen im ganzen Reich auffordert, keinem Teilnehmer oder Begünstigen des „Vorwärts“-Krauses ein parlamentarisches Mandat oder ein Parteiamt zu übertragen. Diese Resolution habe den Zweck, ganz klar Stellung zu nehmen gegenüber dem Parteivorstand. — Redner sprach gegen die Beitragsperre, weil sie dem Parteivorstand eine formelle Handhabe bieten würde, gegen die betreffenden Genossen vorzugehen.

Ströbel: Jetzt, wo es gilt, zu zeigen, was die Berliner Genossen wollen und was sie können, dürfen wir keine andere Frage in diese Angelegenheit hineinziehen. Die Beitragsperre würde ihren Zweck nicht erreichen. Durch den Beschluß der Beitragsperre könnte nur gesagt werden, daß wir eine reinliche Scheidung vom Parteivorstand wollen. Die vollständige aber besser dadurch, daß wir dem Parteivorstand die Herzen und Gemüter der Arbeiter abspenstig machen.

Hierauf sprachen noch einige Redner im Sinne der Anträge des Kreises Teilmotiv-Bezirk.

Balcher bezeichnet das Verhalten der Berliner Partei-

genossen gegenüber dem Vorgehen des Parteivorstandes als zu unentschieden und deshalb unwirksam.

Hase stimmt einigen Rednern darin bei, daß die im Antrag des Parteivorstandes an den Parteivorstand gerichtete Aufforderung, seine Gewaltmaßnahmen einzustellen, nur platonischen Wert habe. Der Parteivorstand werde sich dadurch nicht von dem eingeschlagenen Wege abbringen lassen. Es kommt darauf an, daß unverzüglich gehandelt wird. Nachdem der Parteivorstand das Statut in Trümmer geschlagen hat, bleibt nichts anderes übrig, als die bürgerlichen Gerichte gegen sein Vorgehen anzurufen. Die Lieferung eines anderen Parteiblattes an die Genossen, die den „Vorwärts“ nicht bezahlen und ihn deshalb nicht mehr erhalten, muß organisiert werden. Deshalb halte ich es für richtig, daß die Ausführung dieser Angelegenheit heute einzusetzenden Aktionsauschuß übertragen wird.

Ein Antrag auf Schluß der Diskussion wurde angenommen und nach einem Schlußwort des Genossen Adolf Hoffmann über die vorliegenden Anträge abgelehnt. Eine Resolution Ledebour — A. Hoffmann wurde einstimmig angenommen. Sie fordert die Genossen im Reich auf, keinem der Teilnehmer und Begünstigen des „Vorwärts“-Krauses von neuem ein Parteiamt, ein Reichstags- oder Landtagsmandat oder irgendeine sonstige Ehrenstelle in der Partei zu übertragen.

Der Antrag Teilmotiv-Bezirk, welcher die Beitragsperre empfiehlt, sowie ein dem Inhalt nach gleichartiger Antrag einiger Parteigenossen des 2., 3., 4. und 6. Wahlkreises wurden mit 65 gegen 98 Stimmen abgelehnt.

Der Antrag Teilmotiv-Bezirk: Abbestellung des „Vorwärts“, wurde gegen 106 Stimmen abgelehnt und der Antrag des Parteivorstandes, welcher folgenden Wortlaut hat, mit 212 Stimmen angenommen:

Da der Parteivorstand durch sein Vorgehen, weit über die Forderungen der Militärbehörden hinausgehend, die Hand auf den „Vorwärts“, das Eigentum der Groß-Berliner Genossen, gelegt und die von den Aufsichtsinstanzen eingeforderte Redaktion verweigert hat, da er weiter dem „Vorwärts“ eine Haftung gibt, die der politischen Ueberzeugung der überaus zahlreich arbeitenden Berliner Genossen widerspricht, fordert die Verbandsgeneralversammlung den Parteivorstand auf, seine Gewaltmaßnahmen aufzugeben.

Besieht das nicht, so verpflichtet die Verbandsgeneralversammlung die Berliner Parteigenossen, die Zahlung des „Vorwärts“-Abonnementes“ solange einzustellen, bis der Parteivorstand sein statutemäßiges Verhalten aufgegeben hat und die Groß-Berliner Organisationen wieder zu ihren Rechten auf den „Vorwärts“ gekommen sind.

Der Antrag Teilmotiv-Bezirk, welcher die Arbeitsniederlegung der Redakteure fordert, wurde gegen 40 Stimmen abgelehnt und mit 257 Stimmen wurde ein Antrag angenommen, der der Redaktion des „Vorwärts“ volles Vertrauen und die Anerkennung dafür ausdrückt, daß sie nicht vom Wege gewichen ist. — Die Generalversammlung erwartet, daß die Redaktion auch ferner, trotz ihrer berechtigten Gefühle, im Interesse der Berliner Genossen und der Gesamtpartei ausharren wird.

Mit 298 gegen 2 Stimmen wurde eine Resolution beschlossen, in der es zum Schluß heißt:

Um das Recht der Berliner Genossen zur Geltung zu bringen, wird ein Aktionsauschuß eingesetzt, zu dem jeder Kreis ein Mitglied delegiert. Der Aktionsauschuß erhält die zu diesem Zweck erforderliche Vollmacht. Die heutigen Beschlüsse werden diesem Auschuß überwiesen.

Alle übrigen Anträge wurden dem Aktionsauschuß überwiesen. Schließlich wurde noch der beschlossene Aktionsauschuß aus den von den einzelnen Kreisen vorgeschlagenen Mitgliedern gebildet.

Damit war die Tagesordnung erledigt.

Zu der in diesem Bericht wiedergegebenen, den „Vorwärts“ betreffenden Resolution erklärt der Verlag des „Vorwärts“:

Der Beschluß soll selbstverständlich die Wirkung eines Boykotts haben. Zu diesem Bekenntnis hat jedoch den Antragstellern und den Beschlußfassern der Mut der Offenheit gefehlt.

Der Verlag ist natürlich gezwungen, allen denen, welche die Zahlung des Abonnementes verweigern, die Weiterlieferung des „Vorwärts“ zu entziehen — zumal ja die Lieferung von Frei-Exemplaren sowohl von der Pressekommission des „Vorwärts“ wie durch allgemeine Verfügung der Reichsregierung dem Verlage unterlagt worden ist.

Der Verlag gibt sich jedoch der Erwartung hin, daß die Abonnenten des „Vorwärts“ diesem Rate nicht folgen und so in den jetzigen trüben Zeiten ihr eigenes Blatt zum Studium ihrer Freunde schädigen, sondern daß sie ihrem Blatte und dem Verlage treu bleiben werden.

Der Parteivorstand wird auf den ganzen „Vorwärts“-Konflikt in einer eingehenden Darstellung zurückkommen, die morgen veröffentlicht werden wird.

Briefkasten der Redaktion.

Die jüdische Sprechstunde findet die Abonnenten Ende des 3. IV. 1901 rechts, pariers, am Montag bis Freitag von 4 bis 7 Uhr, am Sonnabend von 3 bis 6 Uhr statt. Jeder für den Preis fest bestimmten Antrags ist ein Nachsatz und eine Zahl als Bezugszeichen beizufügen. Briefliche Antwort wird nicht erteilt. Anfragen, denen keine Abonnementzahlung beigefügt ist, werden nicht beantwortet. Wichtige Fragen frage man in der Sprechstunde vor. Beiträge, Christkäse und dergleichen bringe man in die Sprechstunde mit.

- N. 23. 100.** Die Zahlen können nicht auf die Kreislisten bezogen es sind jedenfalls die Nummern der Verteilungslisten. — **N. 24. 100.** Das kommt auf die Bedingungen an, die Sie bei der Post eingegangen sind. Wesentlich ist in den mündlichen oder schriftlichen Nachträgen die Bedingung enthalten, daß bei Bezahlung des Landes die Räumung jederzeit verlangt werden kann. Liegt ein solcher Fall bei Ihnen vor, so sind Sie allerdings gezwungen, sofort das Land zu räumen. — **N. 25. 20.** 1. Eine Reklamation erheben und in diesem Falle ausschließen. 2. An den Regimentskommandeur. — **N. 26. 1.** Eine Unterbrechung auf Grund der Andauerung als Arbeitslosat kann noch erfolgen. 2. Nein. — **N. 27. 35.** 1. Sie brauchen sich nicht zu melden. Die Anträge sind doch noch gar nicht aufgegeben. 2. Nein. — **N. 28. 19. A. — Kaulsdorf H. 8.** 1. Sie können Ihr Geld in der Berliner Sparkasse anlegen. 2. Sie können in der Generale der Sparkasse, Mühlentamm 1, das Geld einbezahlen, aber auch in einer Ihnen nabegelegenen Filiale (Waldstr. 31, Markthalle). — **N. 11.** Nach Verletzungen oder Krankheiten zurückgebliebene Schwäche eines größeren Gelenks und Krampfzucken; zurückgestellt. — **Wiener 40.** Der Grund Ihrer Verletzung durch die Polizei ist uns auch nicht verständlich. Ihr Vorgehen wegen der Arbeitslosigkeit halten wir für Sie für vorzuziehen. — **Wald 16.** Es scheint uns fraglich, ob sich die von Ihnen angegebenen Zahlen auf Ihre Krankheiten beziehen. Sie würden bedauern: Umfangreiche Narben; Erkrankungen der Nerven und Gelenke; Kämpfe. — **N. 33.** Einigen Sie sich wegen des Ausfalls. — **N. 34. 60.** Geringe Verletzung der Schilddrüse; Kriegsverwendungslosig. — **N. 62.** Die Entscheidung über Ihre Reklamation wird Ihnen noch zugehen. Haben Sie Erfolg mit der Reklamation, so wird Ihnen die zu viel gezahlte Steuer zurückerstattet. Wären Sie event. wegen Verteilung eines Beschlusses auf Ihre Reklamation von der Veranlagungskommission. — **N. 17.** 1. Hamburger Landesverein vom Roten Kreuz, Ausschuss für deutsche Kriegsgefangene, Hamburg, Ferdinandstr. 75. 2. Antrag auf Lösung für den Verbleiben ist an das Ersatzbataillon des Truppenregiments zu stellen, zu dem der Betreffende eingezogen wurde. — **N. 100. A.** Sie sind zur Rückgabe der Leiche verpflichtet, können aber natürlich Zahlung für die Reinigung der Zimmer verlangen. Die Forderung müßten Sie event. gerichtlich einreichen. Unergeblit können Sie wegen dieser Vorgänge nicht verlangen, wie es sich überhaupt nicht empfiehlt, deswegen das Gericht in Anspruch zu nehmen. — **N. 100. 1.** Nebenleibend; zurückgestellt. 2. Verantwortung der Jung; zurückgestellt. — **N. 50.** 1. Dafür gibt es keine bestimmte Frist. 2. Für die Kriegsarbeit verrichten, werden Sie ohne Kriegsdienst nicht einstellen. 2. Nein. — **N. 85.** Die Auskunft, daß der Quäbesser nicht verlegt werden

darf, ist natürlich unrichtig. Das Kamenalle wird aber aus dem Grunde verweigert, weil die Klage gegen den Gutsherrn ansichtslos erscheint. Sie ist auch nach unserer Ansicht ansichtslos, da der Gutsherr zur Unterstüfung nicht verpflichtet werden kann. — 1817. 3. B. 1. Die Klage könnte, wenn die zum Willkürbrenk eingeschlagen werden, Unterstüfung beantragen. 2. Die Klage ist bei dem Amtsgericht zulässig, wo der Beklagte seinen Wohnsitz hat. Wir vermuten aber in Ihrem Falle, daß es sich um einen Mietungsvertrag handelt, in dem die Firma festgesetzt hat, daß bei einer roff. Klage der Gerichtsstand am Wohnort der Firma sich befinden soll. Das ist zulässig; und aus dem Grunde wird das Amtsgericht Ihren Antrag abgelehnt haben.

6. 359. Ein direkter Anspruch auf Urlaub besteht nicht. Es sollen die Mannschaften, die über ein Jahr im Felde sind, Urlaub erhalten, soweit es der Dienst zuläßt. — 7. 2. 2. Wenn der Anzeigebalt in der Heilstätte nur wenige Wochen dauert, wird die Unterstüfung weiter gezahlt. — 8. 2. 4286. 1. Die Korrespondenz stellt Ihnen frei. Sie passiert die Kontrolle der Kommandantur. Wie oft sie zulässig ist, wissen wir nicht. Das wird jedenfalls durch die Anordnung des Kommandanten geregelt. — 9. 2. 24. Sie müssen zunächst die Zustimmung des Direktors der Fürsorgeanstalt haben. — 10. 2. 33. Der Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte hat mit der Steuerzahlung nichts zu tun. — 11. 2. 44. Wenn Sie noch nicht 21 Jahre alt sind, so ist der Mietungsvertrag, den Sie geschlossen haben, ungültig und die Firma kann deshalb von Ihnen nicht

Erfüllung des Vertrages verlangen. Sind Sie dagegen großjährig, so sind Sie zur Zahlung ohne weiteres verpflichtet. — 12. 2. 100. Die freie ärztliche Behandlung des Kindes erfolgt nicht, wenn die Mutter sich nach ihrem Belieben einen Arzt nimmt. Sie muß sich einen Arzt von der Kinderfürsorge zumeilen lassen. Wegen der bisher entstandenen Kosten bezug der Kindererhaltung eines Teiles der Kosten müssen Sie sich mit einem Antrag auf Bewilligung einer Extramittlung an die Steuerkasse wenden. — 13. 2. 40. Die Postverwaltung ist im Recht. Sie müssen sich mit Ihren Ansprüchen an die Expedition des Blattes wenden. — 14. 2. 13. Generalkommando des III. Armeekorps, Berlin W, Giesbühler Straße 2. — 15. 2. 1879. Beim Tiergartenverein, Schilderstr. 4, dürfen Sie darüber Auskunft erhalten. — 16. 2. 2. Niederschönhausen. Meldung beim Bezirkskommando. Dort erfahren Sie alles weitere. — 17. 2. 14. Die Ausdehnung des Geschäftsbereiches dieses Instituts ist uns nicht bekannt, aber Sie können sich doch direkt dorthin um Auskunft wenden. — 18. 2. 7. Kriegsfürsorge deutscher Frauen, Privatanzlei der Frau Kronprinzessin, Potsdam. — 19. 2. 36. Darüber könnten Sie Auskunft erhalten beim Legationsrat, Andreasstr. 17. — 20. 2. 7-8. Die Anmeldung in der Sache hat an dem Gemeindevorstand zu erfolgen. Nähere Auskunft erteilt auch der Verband der Schneider, Seebahnstr. 38. — 21. 2. 1 und 2. 2. 100 und Kriegsgefangene Weihnachten 1915. Hamburgischer Landesverein vom Roten Kreuz, Ausfuß für deutsche Kriegsgefangene,

Hamburg, Ferdinandstr. 75. — 22. 2. 10. Anders es sich ablegt, aus dem die Klage entwidet. — 23. 2. 100. Davon ist uns nichts bekannt. — 24. 2. 254. In trockenem, luftigen und frostfreien Keller auf Strohlager. — 25. 2. 1916. 1. Die Bezeichnung ist wohl nicht richtig wiedergegeben, denn dieser Ausdruck ist uns nicht bekannt. 2. Ja. — 26. 2. 5. und 3. 2. 76. Wenden Sie sich an das Bureau des Nationalen Frauenbundes in Ihrem Bezirk oder an den Bezirksvorsteher. — 27. 2. 26. Ja, dagegen ist leider nichts zu machen. — 28. 2. 37. So allgemein läßt sich die Frage nicht beantworten. In sehr beschränktem Maße schon im späteren Mittelalter, jetzt aber in größerem Umfang gegen Ende des vorigen Jahrhunderts ein. — 29. 2. 200. R. Schöner, Nichtenberg, Doffstraße 16. — 30. 2. 15. 1. Ungefähr 4-6 Wochen vorher. Wird jedesmal im „Vorwärts“ mitgeteilt. 2. Nein. — 31. 2. 31. In Preußen beträgt für die Volksschullehrer das Grundgehalt nach endgültiger Anstellung 1440 M. (bei einwöchiger Anstellung 1120 M.). Außerdem werden gewährt freie Dienstwohnung oder entsprechende Mietentschädigung und in größeren Orten eine Ortszulage. Dazu kommen die Alterszulagen, die erste nach sieben Jahren öffentlichen Schuldienstes, im ganzen neun Zulagen mit Pensionenräumen von je drei Jahren. Die Höhe des Gesamtgehaltes ist in den einzelnen Gemeinden verschieden. Berlin zählt den Gemeindevollstehrer als Gesamtgehalt bei einwöchiger Anstellung 1690 M., nach endgültiger Anstellung 2600 M. (nach vier Dienstjahren), und das Gehalt steigt dann bis zu 5000 M. (nach 31 Dienstjahren). — 32. 2. 37

Todes-Anzeigen

Sozialdemokratischer Wahlverein I. d. 4. Berl. Reichstagswahlkreise.
Görlitzer Viertel, Bezirk 208 I.
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unsere Genossin

Martha Wöhrle
gestorben ist.
Ehre ihrem Andenken!
Die Beerdigung findet heute nachmittags 1 1/2 Uhr in Buch Hall.
Um rege Beteiligung ersucht
Der Vorstand.

Am 29. Oktober verschied nach längerem Kranklager unser langjähriger Mitarbeiter, der Schriftsetzer

Friedrich Helbing
im 51. Lebensjahre.
Wir werden ihm stets ein ehrendes Andenken bewahren.
Die Geschäftsleitung und das Gesamtpersonal der Vorwärts-Buchdruckerei.

Die Beerdigung findet statt am Mittwoch, den 1. November, nachm. 3 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des städtischen Friedhofs am Mariendorfer Weg.

Am 28. d. Mts., abends 9 Uhr, verschied plötzlich mein lieber Mann, unser guter, treuer, geliebter Vater, Bruder, Schwager, Onkel, Schwiegeronkel und Großvater, der Maurer

Reinhold Bohr
im Alter von 58 Jahren.
Dies zeigen Schmerz erfüllt an Die trauernden Hinterbliebenen.

Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 1. November, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Zentral-Friedhofes, Friedrichsstraße, aus statt.

haben Sie Fußbeschwerden?
empfehle nach Maß passend gearbeitete Stützelnagen sowie Bruchbandagen aller Art, Reibbinden, Stützsocken usw., Artikel für Gesundheits- u. Krankenpflege.

Pollmann, Bandagist,
Berlin N, Lothringer Str. 60,
Lieferant für Krankenkassen.

Heines Werke
3 Bände 5 Mark
Buchhandlung Vorwärts

Oskar Wollburg Trauer-Magazin
gegründet 1896
Brunnenstr. 56-57
Große Auswahl in Schweizer Konfektion.
Auf Wunsch Nachfertigung in 8 Stunden.
Wendungen sofort u. gratis.
Kundensachen bereitwilligst.
Fernstr. N. Norden 85 10.

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin.
Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Klempner

Robert Bohr
Soldiner Straße 70,
am 26. Oktober gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet heute Dienstag, den 31. Oktober, nachmittags 3 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Elisabeth-Friedhofes in Pantow, Wolanstraße, aus statt.
Rege Beteiligung wird erwartet.

Sozialdemokratischer Wahlverein Neukölln.
Am 29. Oktober verstarb unser Parteigenosse, der Schriftsetzer

Friedrich Helbing
Kofenstr. 22. u. Bezirk.
Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 1. November, nachmittags 3 1/2 Uhr, aus dem Neuköllner Gemeindefriedhof, Mariendorfer Weg, statt.
Um rege Beteiligung ersucht
Der Vorstand.

Dankjagung.
Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme anlässlich des Hinscheidens meines lieben Mannes spreche ich allen Verwandten und Bekannten, insbesondere der freiwilligen Gemeinde, dem Metallarbeiterverband, dem Wahlverein, der Allgemeinen Metallarbeiter-Kranken- und Sterbekasse, den Vätern und Kollegen der Firmen Heintz und Epim u. Sohn, sowie dem Berliner Sängerkorps und Herrn Waldemar Banaske für die tröstlichen Worte am Grabe meinen herzlichsten Dank aus.

Wwe. Luise Nimke.

Spezialarzt
Dr. med. Wockentau,
Friedrichstr. 125 (Oranienb. Tor),
für Syphilis, Harn- u. Frauenleiden —
Ehrlich-Mata-Kur (Dauer 12 Tage),
Blutuntersuchung, Schnelle, sichere,
schmerzlose Heilung ohne Berufs-
störung. Teilzahlung.
Sprechstunden: 10-1 und 5-8

Für Feldsoldaten!
Deutsch-Polnisch 15 Pfg.
Deutsch-Französisch 15 Pfg.
Broschüre kostenlos.

Spezialarzt
für Haut-, Harn-, Frauenleiden,
Nerv., Schwäche, Beinfraktur jeder
Art, Ehrlich-Mata-Kuren,
Friedrichstr. 81, gegenüber
Sprühl. 12-2, 1/2, 3/4, 4, 5, Sonntags
11-2. Donator mäß., a. Teilzahl.
— Separates Damenzimmer. —

Den Kollegen ferner zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Dreher

Paul Sprengel
Köpenick, Kaufsdorfer Straße 2a,
am 27. Oktober gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet heute Dienstag, den 31. Oktober, nachmittags 3 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Gemeindefriedhofes in Köpenick aus statt.
Rege Beteiligung wird erwartet.

Verband der freien Gast- und Schankwirte Deutschlands.
Ortsverwaltung Lichtenberg.
Den Mitgliedern die traurige Nachricht, daß unser langjähriger Bevollmächtigter, Kollege

Max Höfer
am Sonntag, den 28. Oktober, im Krankenhaus zu Nordend gestorben ist.
Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 1. November, nachmittags 3 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Zentral-Friedhofes in Friedrichsstraße aus statt.
Um rege Beteiligung bittet
74/11 Die Ortsverwaltung.

Dankjagung.
Für die überaus zahlreichen Beweise herzlicher Teilnahme beim Hinscheiden meiner lieben Frau und guten Mutter, unserer unermesslichen Tochter und Schwester

Frau Gertrud Schwencke geb. Bonatz
sagen wir allen Verwandten, Freunden und Bekannten unseren aufrichtigsten Dank.

H. Schwencke u. Kinder.
Familie Bonatz.

Blätter und Zeitschriften
Jeder hier liest die Buchhandlung Vorwärts. Bestellungen sowie die Bezahlung können entgegen.

Glumen- und Kranzbinderei
von Robert Meyer,
Inb.: P. Golletz
Mariannenstr. 3. Tel. Mpl. 10 303

Den Kollegen ferner zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Dreher

Marinus Hansen
am 24. Oktober gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
124/11 Die Ortsverwaltung.

Deutscher Transportarbeiter-Verband.
Bezirksverwaltung Groß-Berlin.
Nachruf.
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Industriearbeiter

Otto Müller
Inf.-Reg. Nr. 12, 7. Komp.
Im besten Schmerz 44K
Frau Berta Müller
und Sohn Richard.
Ruhe sanft in Frieden,
Ewig beweint von Deinen Lieben.

Eine glänzende Zukunft
wird allen erblühen, die die Zeichen der Zeit richtig zu deuten verstehen u. rechtzeitig ihre Vorbereitungen treffen, um teilzunehmen an dem großen wirtschaftlichen Aufschwung, der die sichere Folge dieses Völkerringsens sein wird. Es werden überall

Elektrolicht Georg Sirth
hebt die Verdauung und fördert den Stoffwechsel. Wirkt lebend auf den ganzen Organismus. Ein Versuch überzeugt. In Pulver- u. Tablettenform für 50 Pfg. bis 6 Mark je nach Quantum in den Apotheken oder direkt von der Ludwig-Apothek, München 5, Neubauerstr. 8.

H. & P. Uder, Berlin SO. 16, Engel-Afer 5.
Tabak-Großhandlung und Tabakfabrik.
Spezialität: Nordhäuser Kautabak von G. A. Hanewacker, Grimm & Triepel.
Stets frisch zu den äußersten Engrospreisen.
Amt Moritzpl. 3014.

Zentralverband der Lederarbeiter und -Arbeiterinnen Deutschlands.
Zahlstelle Berlin II.
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß eines unserer treuesten und bravesten Mitglieder, der Holzgerber

Kurt Buslepp
als Opfer des Weltkrieges im 36. Lebensjahre am 10. Oktober 1916 fiel.
Wir haben in ihm einen heldenmütigen, die eigene Person in den Hintergrund stellenden Kollegen verloren und glauben, ihn am besten damit ehren zu können, wenn wir geloben, in seinem Sinne weiterzuwirken.
Die Ortsverwaltung.

Deutscher Transportarbeiter-Verband.
Bezirksverwaltung Groß-Berlin.
Nachruf.
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Industriearbeiter

Otto Berwald
von der Firma Drüsenmüller, Tempelhofer, am 27. Oktober im Alter von 40 Jahren verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Bezirksverwaltung.

Dankjagung.
Allen denen, die bei der Bestattung meines lieben Mannes, unseres sorgsamsten Vaters die letzte Ehre erwiesen haben, besonders den Kollegen der Firma „Argus“, dem Gesangsverein und dem Deutschen Metallarbeiter-Verband meinen herzlichsten Dank.

Frau A. Gräfer
nebst Kindern.

Mitarbeiter gesucht
sein. Beamte, Lehrer, Angestellte des Handels u. d. Industrie sollten nicht versäumen, jetzt ihre Vorbereitungen zu treffen. Das beste Mittel, rasch u. gründlich, ohne Lehrer, durch einfachen Selbstunterricht auf ein Examen vorzubereiten, die Einj.-Freiw.-Prüfung u. das Abitur-Examen nachzuholen oder die fehlenden kaufmänn. Kenntnisse zu ergänzen sowie einen vortreffl. Allgemeinbildung sich anzueignen, bietet die Selbstunterrichts-Methode „Rustia“. Ausführl. 60 S. starke Broschüre kostenlos durch Bonnes & Hachfeld, Potsdam Postfach 224.

Ziehung 3. u. 4. November 1916.
Pensionsanstalt-Geld-Lotterie
3633 Geldgewinne = Mark
200 000
75 000
30 000
Hauptgew.
Los M. 3.— Porto u. Liste 35 Pfg. extra.
Für M. 9.85 1 Rotes + und 2 Pensionsanst.-Lose inkl. 2 Listen.
H. C. Kahn's Wwe. Berlin S 14

Ziehung 4.—7. Dezember 1916.
Rote Geld-Lotterie
17851 Geldgewinne = Mark
600 000
100 000
50 000
Hauptgew.
Los M. 3.30 Porto u. Liste 35 Pfg. extra.
Berlin S 14
Alexandrinenstr. 70.

Zeitungs-Ausgabestellen und Inseraten-Annahme.

- Centrum:** Albert Habicht, Kiderstr. 174, am Koppenplatz. Geöffnet von 11-12, und von 4 1/2-7 Uhr.
1. Wahlkreis: S. und SW.: Gustav Schmidt, Bärnaldstr. 42, an der Gneisenaustraße. Geöffnet von 11-12, und von 4 1/2-7 Uhr.
2. Wahlkreis: St. P. r. l., Briningerstr. 31, Hof rechts part. Geöffnet von 11-12, und von 4 1/2-7 Uhr.
3. Wahlkreis: Osten: Robert Engels, Markussstr. 36. Geöffnet von 11-12, und von 4 1/2-7 Uhr. — Karl W. e. l. l., Peterburgerplatz 4. (Laden). Geöffnet von 11-12, und von 4 1/2-7 Uhr.
4. Wahlkreis: Südosten: Paul Böhm, Kaufmännischer Platz 14/15. Geöffnet von 11-12, und von 4 1/2-7 Uhr.
5. Wahlkreis: Leo Buch, Zimmereisenstr. 12 (Hof). Geöffnet von 11-12, und von 4 1/2-7 Uhr.
6. Wahlkreis: Moabit: Salomon Joseph, Wilhelmshagenstr. 48. Geöffnet von 11-12, und von 4 1/2-7 Uhr.
Wedding: A. H. n. i. c. h., Wollersstr. 34a Ode Urrechter Str., Laden. Geöffnet von 11-12, und von 4 1/2-7 Uhr.
Fosenthaler und Oranienburger Vorstadt: A. Wolgast, Wallstraße 9. Geöffnet von 11-12, und von 4 1/2-7 Uhr.
Gesundbrunnen: Fischer, Bastianstr. 6, Laden. Geöffnet von 11-12, und von 4 1/2-7 Uhr.
Schönhauser Vorstadt: Karl Marx, Greisenhagenstr. 22. Geöffnet von 11-12, und von 4 1/2-7 Uhr.
Adlershof: Karl Schwarze, Widmarstr. 28. Geöffnet von 7 Uhr morgens bis 8 Uhr abends.
Alt-Glienicker, Falkenberg: Wilhelm Dörre, Friedrichstr. 46. Baumgartenweg: H. Hornig, Marienbader Str. 13, l. — Brück und Buch: Heinrich Brosse, Wollersstr. 5, Laden.
Bohnsdorf: Paul Gensch, Bohnsdorf, Genossenschaftshaus-Parabell.
Charlottenburg: Gustav Schwarze, Seidenheimer Str. 1. Geöffnet von 11-12, und von 4 1/2-7 Uhr.
Eichwalde, Schmückwitz: Oskar Wabbe, Grünauerstr. 37.
Erkner, Neu-Zittau: H. Paulig, Sargstr. 10.
Friedersdorf-Petershagen, Eggersdorf: Uffenwäcker, Peterstr. 10.
Friedenau, Steglitz, Süden: H. Berner, Altenstr. 5 in Steglitz. Geöffnet von 11-12, und von 4 1/2-7 Uhr.
Friedrichshagen, Fichtenau, Rahnsdorf, Schnefelde, Kl.-Schönebeck: Ernst Berimann, Friedrichshagen, Köpenicker Straße 18.
Grünau: Franz Klein, Friederichstr. 10.
Johannisthal, Rudow: Max Gonschur, Varstr. 23.
Karlshorst: Hermann Billing, Döndorferstr. 28.
Königs-Wusterhausen, Wildau, Niederichme: Friedrich Saumann, Lindenwalder Straße 5.
Köpenick: Emil Böhler, Kiekerstr. 6, Laden. Geöffnet von morgens 7 Uhr bis abends 8 Uhr.
Lichtenberg I, Friedrichsstraße, Hohenschönhausen: Otto Seitel, Wartenbergstraße 1 (Laden). Geöffnet von 11-12, und von 4 1/2-7 Uhr.
Lichtenberg II, Rummelsburg, Stralau: A. Rosenkrantz, Alt-Bochthagen 56. Geöffnet von 11-12, und von 4 1/2-7 Uhr.
Mahlsdorf, Kaulsdorf, Biesdorf: H. Deßberg, Kaulsdorf, Ferdinandstraße 17.
Mariendorf, Marienfelde: August Zeit, Chausseest. 29.
Neuenhagen, Hoppengarten: Wolszycowski, Dotti Straße 14.
Neukölln: R. Heinrich, Redarstr. 2, im Laden. Geöffnet von 9-2 und von 4-7 Uhr; Reutkölln, Brigg: Robt. Siegfriedstraße 28/29. Geöffnet von 11-12, und von 4 1/2-7 Uhr.
Nieder-Schönebeck: Wilhelm Unruh, Bräunerstr. 10, II.
Nowerawes: Carl Krohnberg, Giesbühlerstr. 10.
Ober-Schönebeck: Alfred Bader, Wilhelmshagenstr. 17, Laden. Geöffnet von 7 Uhr morgens bis 8 Uhr abends.
Pankow, Niederschönhausen, Nordend, Frz.-Buchholz, Blankenburg: Rigmann, Wollersstr. 30. Geöffnet von 11-12, und von 4 1/2-7 Uhr.
Reinickendorf - Ost, Wilhelmshagen und Schönholz: H. G. r. i. c. h., Brodingerstr. 56, Laden. Geöffnet von 11-12, und von 4 1/2-7 Uhr.
Schenkenkondorf, Königs-Wusterhausen: Eduard Hantel, Dorfl. 10.
Schöneberg: Wilhelm Saumer, Reisinger Straße 9, im Laden. Geöffnet von 11-12, und von 4 1/2-7 Uhr.
Spandau, Nonnendamm: Schumacher, Breitest. 64. Geöffnet von 8 Uhr morgens bis 8 Uhr abends.
Tegel, Borsigwalde, Wittenau, Waldmannslust, Hermsdorf, Hohen-Neuenhof, Birkenwerder, Freie Scholle u. Reinickendorf-West: Paul Kienast, Borsigwalde, Rummelsburgstr. 10. Geöffnet von 11-12, u. von 4 1/2-7 Uhr.
Teltow: Lenjchner, Davelstr. 2.
Tempelhof: Joh. Krohn, Borsigstr. 62.
Treptow: Rob. Gramenz, Kieboldstraße 412, Laden. Geöffnet von 7 Uhr morgens bis 8 Uhr abends.
Weißensee, Heinersdorf: Gust. Roggopf, Berliner Allee 11.
Wilmersdorf, Halensee, Schmargendorf: Paul Schubert, Wilhelmstraße 37.
Zeuthen, Mariendorf: Wilh. Schulz, Zeuthen, Pichlerstr. 16.
Zossen: Fr. Ratsch, Berliner Str. 24.

Reichstag.

70. Sitzung. Montag, den 30. Oktober 1916, nachmittags 8 Uhr.

Am Bundesratsitz: Dr. Helfferich.

Das Haus drückt dem Präsidenten Dr. Kaempf anlässlich des Todes seiner Gattin sein Beileid durch Erheben von den Sitzen aus. Vor Eintritt in die Tagesordnung erhält das Wort

Abg. Dittmann (Soz. Arb.):

Der Herr Staatssekretär hat am Sonnabend gesagt, er habe mir in der Kommission, als ich auf einen solchen Fall wie den der jungen Mädchen, die mit einer Prostituierten zusammengepörrt worden sind, angepiselt hätte, zugerufen, ich möge den Fall vortragen. Darauf hätte ich geantwortet: Das behalte ich mir für das Plenum vor. Er sagte hinzu, das ist die Absicht, von der der Abgeordnete Dittmann ausgegangen ist, und gegen ein solches Verfahren lege ich im Interesse des Vaterlandes schärfsten Protest ein.

Diese Darstellung entspricht nicht den Tatsachen. Ich habe in der Kommission nicht auf einen solchen Fall „angepiselt“, sondern von vornherein den konkreten Fall der beiden Mädchen unter Namensnennung und Angabe der wesentlichen Einzelheiten, auch des Zusammenhanges mit der Prostituierten, dargestellt. (Hört! hört! b. d. Soz. Arb.) Einer Aufforderung seitens des Staatssekretärs, den Fall vorzutragen, bedurfte es deshalb nicht. Ich weiß auch nichts von einem Jurat des Dr. Helfferich, ebenso wenig habe ich auf einen solchen geantwortet, ich beziehe mich nur auf das Plenum vor. Ich habe lediglich, und zwar von selbst, gesagt: Ich werde im Plenum aus einem Briefe des einen Mädchens Stellen vorlesen, aus denen hervorgeht, wie das Zusammenpörrn mit der Prostituierten auf die Mädchen gewirkt hat. Auf Tatsachen, die in den Akten stehen, nehmen die Briefstellen keinen Bezug, ihre Verlesung in der Kommission war daher nicht erforderlich. Im übrigen bin ich in der Kommission infolge eines Schlussantrags nicht mehr dazu gekommen, auf diese Fälle zurückzukommen und andere, die ich vorhatte, vorzubringen. Ich habe aber die Hauptfälle so genau vortragen, daß daraufhin eine Herbeischaffung der Akten bis Sonnabend wohl möglich gewesen wäre. (Hört! hört! bei der Soz. Arb.)

Staatssekretär Dr. Helfferich:

Ich muß bei meiner Darstellung verbleiben. Das Herr Dittmann in dem Fall der beiden Mädchen Namen genannt hat, ist mir nicht erinnerlich, ich habe es jedenfalls nicht gehört, auch Herr Ministerialdirektor Letwald nicht. Ich habe ihm dann zugerufen: Legen Sie doch das Material vor. Darauf hat er gesagt: Ich habe hier noch Briefe, aber die vorzutragen, behalte ich mir für das Plenum vor. Ich glaube, wir sind einig, daß es richtiger gewesen wäre, auch diese Briefe in der Kommission vorzutragen. (Widerspruch bei der Soz. Arb.) Wenn Herr Dittmann nicht mehr zu Worte gekommen ist, so frage ich ihn nur: Ist denn der Weg zu uns wirklich so weit? Ich hätte es mit Dank anerkannt, wenn uns das Material mit Namensnennung und allen genauen Einzelheiten so zugänglich gemacht worden wäre, daß ich am Sonnabend in der Lage gewesen wäre, auf den Fall wirklich einzugehen, das zuzugeben, was stimmt, und das zu widerlegen, was nicht stimmt. In dieser Lage war ich nicht. (Zuruf des Abg. Dittmann: Es war Ihre Sache, zu mir zu kommen! — Lachen rechts.)

Das Haus tritt in die Tagesordnung ein. Zur Verhandlung steht

die politische Zensur.

Die Budgetkommission (Berichterstattet Abg. Dr. Stresemann) beantragt, der Kommission, die das Schulhaftgesetz berät, eine Resolution zu überweisen, die den Reichskanzler ersucht, das im Artikel 68 der Reichsverfassung in Aussicht gestellte Gesetz über den Belagerungszustand unverzüglich dem Reichstage vorzulegen.

Ferner derselben Kommission einen Gesetzentwurf zu überweisen, wonach die vollziehende Gewalt in Angelegenheiten der Zensur auf den Reichskanzler übergeht, der damit die Verantwortung für die Handhabung der politischen Zensur unter dem Belagerungszustand übernimmt, soweit es sich um rein militärische Angelegenheiten handelt.

Ferner liegt ein Antrag Albrecht (Soz.) vor, der den Reichskanzler ersucht, auf Aufhebung des Belagerungszustandes, insbesondere auf Wiederherstellung der Freiheit der Presse zu wirken.

Die Abg. Bernstein (Soz. Arb.) und Genossen beantragen, den Reichskanzler zu ersuchen, auf Aufhebung des Belagerungszustandes, insbesondere der Herstellung der Freiheit der Person und Presse, sowie des Vereins- und Versammlungsrechts zu wirken.

Die Abg. Gröber, Erzberger und Genossen (B.) beantragen die Annahme des Gesetzes über den Kriegszustand, wonach bis zum Erlaß des durch die Verfassung angefügten Gesetzes über den Kriegszustand gegenüber den Anordnungen der Militärbehörden eine militärische Zentralinstanz als Aufsicht- und Beschwerdestelle errichtet wird. Für Bayern soll dies Gesetz nicht gelten.

Abg. Gröber (B.):

Dem Antrag der Kommission, den von ihr vorgelegten Entwurf über die politische Zensur einer besonderen Kommission zu überweisen, stimmen meine Freunde zu. Im übrigen handelt es sich nicht um Schaffung neuen Rechtes, sondern um die richtige Anwendung des bestehenden Gesetzes. Nur so weit darf die Presse der Zensur unterliegen, als es die Sicherheit des deutschen Gebietes erfordert. Angesichts des von England proklamierten Ausbürgerungskrieges sind neben den rein militärischen Maßnahmen allerdings auch die der Kriegswirtschaft und der Volksernährung in Betracht zu ziehen. Was darüber hinausgeht, darin darf die Presse der Zensur nicht unterliegen. Daraus folgt, daß die ganze Frage des Burgfriedens der Zensur nicht unterliegen darf, wofür es sich nicht etwa um so tiefgehende Spaltungen handelt, daß die Geschlossenheit dem Feinde gegenüber in Frage gestellt wird. Noch weniger darf der Zensur unterliegen die Erörterung des Gegensatzes zwischen der Regierung und den Parteien. Sonst wird das Vertrauen in die Unparteilichkeit der Regierung untergraben. Die Fühlung zwischen der Regierung und Volk geht dann verloren. Es darf sich aber zwischen Regierung und Volk nicht eine Zensurdiktatur bilden, die das Volk nicht versteht und vom Volk nicht verstanden wird. In Wirklichkeit sind es ja schließlich Zivilbehörden, die die Entscheidungen treffen, nur formell sind es die Militärbehörden, die die Zensurenentscheidungen fällen.

Vor dem Kriege haben Offiziere ihre Entlassung nehmen müssen, weil ihre Gewissenhaftigkeit ihnen nicht erlaube, sich zum Duell zu stellen. Solche Offiziere sind während des Krieges durch besondere kaiserliche Gnadenakte wieder eingestellt worden. Aber die Zeitungen dürfen es nicht mitteilen, weil man daraus herauslesen könnte, daß die Oberverwaltung jetzt eine andere Stellung zum Duell einnehme als früher. (Lebhaftes Hört! hört!) — Am 5. Juni hat der Reichskanzler ausdrücklich verfügt, daß die Kritik der Zeitungen nicht unterbunden werden darf. Jeden Tage später verbot das Gouvernements-Rat die Veröffentlichung eines Artikels „Vertrorenne Herzen“, weil er gegen die Presse vorgeladene Zeitläge berichte, in denen es heiße: „Die Politik des Reichskanzlers darf in dieser kritischen Zeit durch keine offene oder versteckte Kritik gestört

oder gehindert werden. (Lebhaftes Hört! hört!) Zweifel an ihrer Festigkeit schadet dem Ansehen des Vaterlandes. Das Vertrauen in sie muß gehoben und darf ebenso wenig erschüttert werden wie das Vertrauen in die militärische Führung.“ (Hört! hört!) Wenn das Vertrauen in die Politik des Reichskanzlers nicht durch ihren schließlichen Inhalt gehoben wird, so steht es bis um sie. (Sehr richtig!)

Nebener wendet sich weiter gegen die Ausnützung der Zensur zur Bekämpfung der nicht approbierten Vertreter der Heilkunde, der Gegner des Impfzwanges usw.

Die Ausnahme für Bayern haben wir vorgeschlagen, nicht um ein Privileg für Bayern zu schaffen, sondern weil dort der bestehende Rechtszustand ein anderer ist. Wird im übrigen für das Reich eine Zentralstelle geschaffen, so wird das sicher auch für Bayern geschehen.

Der able Eindruck, den die Haltung der Regierung am Sonnabend gemacht hat, darf nicht bleiben (Sehr richtig!), sondern muß so rasch wie möglich beseitigt werden. Es war nicht so sehr der Inhalt der Erklärung des Staatssekretärs, der im Reichstag einen solchen Sturm der Entrüstung hervorrief, sondern die lächerliche, geschäftsmäßige Art der Erwiderung. Was fehlte, war die Erklärung: „Und ich werde dafür sorgen, daß in Zukunft so etwas nicht mehr vorkommen kann.“ (Sehr gut!) Was geschehen ist, kann nicht wieder umgekehrt gemacht werden, aber wir verlangen, daß man das Wenstmögliche tut, um Wiederholungen zu verhindern. (Bravo!) Die Wiederholung solcher Fälle wird aber sehr erschwert, wenn die Zentralstelle geschaffen wird, die wir verlangen. Was wir hier vorschlagen, muß noch innerhalb dieser Woche gemacht werden im Zusammenarbeiten aller Parteien mit der Regierung.

Zur Beruhigung der berechtigten Aufregung im deutschen Volke und im deutschen Reichstag verlangen wir Remedur nicht nur in den Einzelfällen, sondern auch eine Remedur der Gesetzgebung. (Lebhafter Beifall.)

Vizepräsident Dr. Paasche bittet die folgenden Redner, sich an den Beschluß des Seniorsenats zu halten und sich bei den Debatten über die Zensur, die ja nicht zum erstenmal geführt wurden, möglicher Kürze zu befleißigen.

Abg. Wed (Soz.):

In der Praxis muß die Zensur zu den schlimmsten Willkürlichkeiten und Verschleidenheiten führen. Der Zustand ist der des Absolutismus, nur da und dort gemildert durch das etwas größere Verständnis der betreffenden Beamten. Die Frage der Handhabung des Belagerungszustandgesetzes ist letzten Endes nicht eine Rechts- und Sachfrage, sondern eine Personenfrage. Im Frieden werden die Gesetze durch Beamte gehandhabt, die durch jahrelanges Studium vorbereitet und jahrelange Erfahrung erworben haben. Aber während des Belagerungszustandes werden Leute ohne jede Vorbildung und ohne jedes Verständnis für die Bedürfnisse des praktischen Lebens mit administrativen und richterlichen Funktionen betraut. Der Soldat greift mit rauher Hand in die bürgerlichen Rechtsverhältnisse ein, und dadurch werden die Grundpfeiler der bürgerlichen Ordnung, die Freiheit der Meinungsäußerung in Versammlungen und Presse, einfach niedergelegt. Ein Zustand der schlimmsten Rechtsunsicherheit ist nicht nur, sondern der völligen Rechtslosigkeit ist die Folge, wozu noch alle die moralischen Schädigungen kommen, die bei der Frage nach dem Geiste der Bevölkerung, bei der Frage des Durchhaltens so überaus wichtig sind. Gerade die Militärs sollten doch darauf achten, daß mit allen Kräften des Volkes, nicht nur mit dem Reichsgenietmaterial, sondern auch mit den sehr wertvollen moralischen Kräften nach Möglichkeit sparsam umgegangen werde. (Lebhaftes Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Die Schäden der Schuchhaft sind weit schlimmer, als der Belagerungszustand je Gutes schaffen kann. (Lebhaftes Sehr wahr!) Gerade sie zeigt die absolute Haltlosigkeit des Belagerungszustandgesetzes und die vollkommene Unfähigkeit der zu seiner Handhabung berufenen Beamten. Eine Aenderung ist dringend notwendig, wenn es nicht zu einer

inneren Katastrophe

kommen soll.

In Volbringen ist noch durch eine Verfügung vom 28. August der Gebrauch der französischen Sprache auch solchen Leuten verboten worden, die der deutschen Sprache nicht mächtig sind; es sei wahrgenommen worden, heißt es in der Verfügung, daß vielfach in herausfordernder Weise französisch gesprochen werde. Auch bei Personen, die die deutsche Sprache nicht beherrschen, kann eine Verfolgung eintreten, wenn die näheren Umstände ergeben, daß sie eine deutschfeindliche Gesinnung haben. Diese Verfügung hat dazu geführt, daß in manchen Geschäften das Publikum mit dem Adeninhaber nur noch schriftlich verkehren kann. Durch solch ein Vorgehen wird der Geist der Ungehörigkeit großgezogen, ein Gefühl der absoluten Rechtslosigkeit geschaffen, das Vertrauen aller gegen alle gefördert. Die Zivilbehörden sind denn auch außer sich über dieses Vorgehen der militärischen Instanzen, in dem sie das stärkste Mißtrauen gegen ihre politische Verwaltungstätigkeit sehen. Die lothringische Bevölkerung war nie germanisches Blut und hat im Gegensatz zur elassischen nie deutsch gesprochen. Zu einem sprachlichen und nationalen Umbildungsprozeß aber gehören Jahrhunderte und nicht anderthalb Reichensalter. Die Gesinnung der lothringischen Bevölkerung ist durchaus loyal; ihre Behandlung durch die Militärbehörden aber muß den Glauben erwecken, als sehten sich die Lothringer danach, zu Frankreich zu kommen. Wir wollen sie doch auch nach dem Kriege noch als Landleute begrüßen und müssen wünschen, daß sie nach dem Kriege nicht weniger loyal sind, als sie vorher waren. (Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)

Auf dem Gebiet des Verammlungsrechts herrscht eine politische Bevormundung und völlige Entziehung selbst gegen Mitglieder dieses Hauses. Leute, die seit Jahrzehnten im politischen Leben stehen, müssen förmlich ein Examen rigorosum ablegen, „ehe man sie in öffentlichen Versammlungen auf das Volk losläßt“, wie ein militärischer Zensur sich ausdrückte. Daß ein Mann von Selbstachtung sich so entwürdigenden Bedingungen unterwirft, ist ausgeschlossen. Man darf sich nicht wundern, wenn die Bevölkerung annimmt, die Herren Militärs wollen keinen Frieden und stehen auf der Seite der extremsten Anzionisten. Das deutsche Volk hat mit beispiellosem Opfermut alle Kriegslasten auf sich genommen. Noch heute ist der Wille zum Durchhalten vorhanden. Voraussetzung dafür aber ist, daß der Krieg nicht ohne Not verlängert wird, daß man zum Frieden bereit ist, sobald die Möglichkeit zu einem ehrenvollen Frieden, der die staatliche Unabhängigkeit und die wirtschaftliche Entwicklungsmöglichkeit sichert, vorhanden ist. Sollte diese Ueberzeugung getrübt werden, so könnten sehr gefährliche Stimmungen entstehen. (Lebhaftes Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

In schlimmer Weise ist auch gegen die Verfassung verstoßen worden durch die verschiedenen Verlöge gegen die Immunität von Abgeordneten, bei denen mit Hausdurchsuchungen vorgegangen ist. Das Reichsjustizamt wendet ein, die Hausdurchsuchungen seien im Verfahren gegen „Unbekannt“ erfolgt. Eine solche Auslegung des Gesetzes ist unvereinbar mit der Immunität und dem Geist der Verfassung. (Lebhaftes Sehr richtig! bei den Soz.) Die Folge wäre, bei einem hinreichend verdächtigen Abgeordneten darf nicht gehänselt werden, bei einem nicht hinreichend verdächtigen aber wohl, indem man ein Verfahren gegen „Unbekannt“ eröffnet, wobei dieser Unbekannte auch er selbst ist, gegen den man Material sucht. Das Parlament muß sich ein derartiges unverfrorenes Verfahren mit seinen vitalsten Rechten energisch verbieten, ebenso müssen wir uns verbitten die moralischen Erpressungsversuche militärischer Instanzen, die Abgeordnete zum Verzicht auf ihr Mandat durch die Androhung mit der Schuchhaft zu bewegen suchten, wie es vorgestern hier aus Elsch-Volbringen vorgetragen wurde. (Lebhafter Zustimmung bei den Sozialdemo-

kraten.) Wir verbitten uns auch die Schulmeistererei der Zensurbehörden, wir verbitten uns, daß die Repräsentanten der Belagerungszustandsanarchie unsere Rechte anfechten. Wir verbitten uns das nicht in unserem persönlichen Interesse, sondern in dem des Volkes, das wir vertreten. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Nicht minder unerfreulich ist das Kapitel der militärischen Pressezensur. Durch die willkürliche Interpretation der allgemeinen Zensurregeln verdingen sich die Zensoren an der Menschheit. Ein wahres Trommelfeuer von Klagen und Verwarnungen geht auf die Redaktionen nieder. Ich lege einen Preis in beliebiger Höhe für den Nachweis aus, daß in dem Buß von Weisungen an die Presse jemand auch nur zu einem kleinen Teil Bescheid weiß. Man muß den Eindruck gewinnen, als herrsche bei der Zensur die Meinung, die ganze deutsche Presse habe von den Pflichten der Publizisten nicht die geringste Ahnung, nur bei den Referenten der Presseabteilungen der Generalkommando sei ein Verständnis hierfür zu finden. Der Rotwendigkeit einer Ueberwachung der militärischen Nachrichten wird sich niemand verschließen. Damit hat die Zensur aber gar nichts zu tun. Es ist den Zensoren eben mit dem Essen der Appetit gekommen und so mischen sie sich in alles und jedes hinein. Wie die Abhandlung der Versammlungs- und Redefreiheit, so ist auch die Einmischung in den politischen Meinungsstreit geradezu unerträglich geworden. Die Formel der Zensur ist immer, der betreffende Artikel sei geeignet, Erregung in die Bevölkerung hineinzutragen und dadurch die innere Geschlossenheit und die Widerstandskraft des Vaterlandes zu fördern. In Wirklichkeit führt gerade die Unterdrückung zu der Erregung. (Lebhaftes Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Nicht durch die öffentliche Erörterung von Mißständen wird die Bevölkerung in Erregung versetzt, sondern die Tatsachen an sich rufen die Erregung hervor, und sie wird nur noch verstärkt, wenn dem verlegten Volksempfinden nicht durch offene Aussprache Genugtuung verschafft wird. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Ein unerhörter Zustand ist es auch, daß entgegen der Verfassung selbst Berichte über unsere Reichstagsverhandlungen zusammengegriffen werden. (Hört! hört!) Der Rühlhauser Zensur hat insbesondere die Stellen gestrichen, in denen sich der Reichstag mit seiner eigenen Person befaßt hat. (Hört! hört!) Diese Verquickung persönlicher Interessen mit öffentlichen Angelegenheiten ist geradezu skandalös. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Heute habe ich wieder ein Telegramm aus Rühlhausen bekommen, wonach die Ausführungen unseres Kollegen Bernstein vom letzten Samstag wieder restlos vom Zensur gestrichen worden sind. (Hört! hört!) Der Rühlhauser Zensur ist also durch die bisherigen Verhandlungen dieses Hauses nicht eines Besseren belehrt worden. Wir wollen dafür sorgen, daß von diesem Teil unserer heutigen Verhandlungen, der sich mit seinen Maßnahmen befaßt, ein ausführlicher Bericht an das dortige Parteiblatt gelangt, und dann wollen wir sehen, ob der Zensur in Rühlhausen es auch diesmal mit seinen Verurteilungen für vereinbar hält, trotz dieser ausdrücklichen Hinweisung auf die Gesekwidrigkeit und Verfassungswidrigkeit seines Handelns wieder Streichungen an dem Bericht vorzunehmen. (Zuruf bei den Sozialdemokraten: Und dann wollen wir sehen, was die Regierung sagt!)

Zu dem jüngsten Verbot des „Vorwärts“ möchte ich eine Stelle aus dem Schreiben der Redaktion des „Vorwärts“ an das Oberkommando in den Marken vorlesen:

Das letzte Verbot des „Vorwärts“ wird mit einer Verlesung des Burgfriedens begründet, und zwar aus Grund eines Artikels, der sich mit einer Frage der inneren Politik beschäftigt, nämlich der Frage der sogenannten Kanzertronde. Dem Oberkommando dürfte es bekannt sein, daß schon seit Monaten gerade in dieser politischen Frage ein Burgfrieden überhaupt nicht mehr existiert, und daß der Bruch des Burgfriedens hierbei nicht von sozialdemokratischer Seite ist und noch viel weniger von der Redaktion des „Vorwärts“ erfolgt ist, sondern von politischen Parteien und Persönlichkeiten, die sich im Gegensatz zu uns als überaus national und staatsbehaltend bezeichnen. Wie wenig in diesen politischen Streitfragen noch von einem Burgfrieden die Rede sein konnte, geht allein daraus hervor, daß der Herr Reichskanzler von der Tribüne des Parlaments herab in überaus scharfer Weise gegen seine Widersacher Front gemacht hat. Es ist ganz selbstverständlich, daß die Redaktion des „Vorwärts“ in einem Maße, dessen Lebensaufgabe die Vertretung einer bestimmten politischen Weltanschauung ist, zu diesen die ganze politische Welt bewegenden Fragen Stellung nehmen mußte. Die Form und die Tonart, in der dies geschah, muß jedem Unbefangenen als weit zurückhaltender und maßvoller erscheinen als die offiziellen und inoffiziellen Presseergebnisse, die gerade aus dem Lager der sogenannten Kanzertronde in die Öffentlichkeit gelangten. Die Redaktion kann daher nicht zugeben, daß sie einen Bruch des Burgfriedens begangen habe in einer politischen Frage, in der vom Burgfrieden überhaupt nicht mehr die Rede sein konnte.

Der Standpunkt der Redaktion des „Vorwärts“ ist nicht der meine, aber das hindert mich nicht, die Art des Vorgehens der Militärbehörde gegen den „Vorwärts“ als schlimmste Willkür zu bezeichnen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Ebenso willkürlich war das Verbot des „Berliner Tageblatts“, durch das einer der erfahrensten und wichtigsten deutschen Politiker auf längere Zeit mundtot gemacht wurde. Die Absicht, die Einheit und Geschlossenheit des deutschen Volkes zu erhalten, wird durch solche Gewaltmaßnahmen wirklich nicht erreicht. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Die Unterdrückung von Zeitungen, die eine selbstbewusste Ansicht vertreten, und von Journalisten und Publizisten, die ihre eigene, feste Meinung haben, ist eines großen Reiches, wie des deutschen, absolut unwürdig. (Sehr wahr!) Der Zensur scheint jedes Verständnis für die besondere Stellung der Presse im öffentlichen Leben zu fehlen. (Sehr richtig!)

In einem kurfürstlich bayerischen Mandat aus dem Jahre 1737 wird verlangt, daß das Zensurkollegium zu bestehen sei mit gelehrten, bescheidenen und in allen Gattungen der Wissenschaft bewanderten Männern. (Hört! hört! und Heiterkeit.) Diese Wahnung ist auch heute noch sehr angebracht. Zwischen einer Zeitung und ihren Lesern besteht heute ein solch mannigfaltiges Netz von Fäden geistiger, wirtschaftlicher, sozialer Art, daß das plötzliche Durchschneiden eines solchen Bündels von Fäden eine außerordentlich brutale Maßregel ist. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Die Schuld an den Mißständen auf dem Gebiete der Zensur trifft nicht überall die militärischen Stellen, sondern häufig auch die administrativen Organe der Zivilbehörden, die die Weisungen der ersten auszuführen haben. Aus dem Gefühl der eigenen Unsicherheit, der Angst vor der Militärgewalt, der gegenüber sie verantwortlich sind, unterdrücken sie eher tausend Zeilen zuviel als eine zuwenig. (Sehr wahr!) Die wiederholten Zusicherungen der Reichsregierung, daß eine einheitliche Handhabung der Zensur erfolgen solle, sind bisher ohne jeden Erfolg geblieben. Ohne unsere Presse, ohne den Geist, von dem sie fast durchweg geleitet ist, wäre das moralische Durchhalten unseres Volkes in dieser entscheidenden Prüfung ein Ding der Unmöglichkeit gewesen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Die verantwortlichen Leiter der süddeutschen Presse besitzen mindestens ebensolche politische Einsicht, vaterländische Gesinnung und Gefühl für die Kriegsnöwendigkeiten wie die Herren von der Zensur. Der Schaden, der dem Vaterlande durch diese Mißgriffe der Zensur erwächst, ist ungeheuer. Es wird höchste Zeit, daß wir den Dingen gründlich an die Wurzel gehen. Als Anfang März 1848 eine von Robert Plum und Arnold Ruge geführte Bürgerdeputation zu Leipzig namens der bedrückten Presse bei den Herren von der Zensur vorstellig wurde, erklärten diese, sie hielten zwar angesichts des Ernstes der Zeit die sofortige Niederlegung ihrer Ämter mit ihren Pflichten nicht für vereinbar, hätten jedoch eine

Kollektivgabe an das sächsische Gesamtministerium gesandt, in der sie sich „auf das entschiedenste gegen die Zensur und ihre vererblichen Wirkungen aussprechen und dem Gesamtministerium das Bedenken des Fortbestehens der Zensur ernstlich vorgelegt hätten“. Ich möchte den Herren von der politischen Zensur der Gegenwart empfehlen, dieses schöne Beispiel nachzuahmen. Die Zensur würde dem Volke den größten Dienst erweisen, wenn sie den Notstand an sich selbst ansieht und sich selbst — als etwas nicht nur Ueberflüssiges, sondern geradezu Gemeingefährliches. (Lebhafte Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Dr. Müller-Reiningen (Sp.):

Der Reichstag hätte im Anschluß an die Faberndebatte Gelegenheit gehabt, das Verhältnis der Zivilgewalt zur Militär-gewalt zu regeln. (Sehr richtig! links.) Unsere Bemühungen in dieser Richtung haben damals gerade Parteien zunichte gemacht, die jetzt nicht hart genug die Uebergriffe der Militärgewalt kritisieren können. (Sehr wahr! links.) Die Behandlung der parlamentarischen Verichte durch die Zensur ist eine skandalöse Geseklosigkeit. (Sehr wahr!) In dem Kampf dagegen sollten alle Parteien zusammenstehen. Es ist merkwürdig, daß dieselbe Regierung, die immer von Reorientierung redet, mit solcher Zähigkeit an einem Gesek aus der Zeit der tiefsten Reaktion festhält. Das Vereins- und Versammlungsrecht ist heute zu einem heißen Papier geworden. Die Vereine der unteren Beamten und Arbeiter werden in raffinierter Weise schikanieren. (Hört! hört!) Verlangt man doch sogar vorherige Vorlegung des Wortlauts von Diskussionsreden. (Lebhaftes Hört! hört!) Geradezu bössartig beschlisswütig treten reaktivierte Offiziere als Zensoren auf. Die heutige Zensur ist das System der unbegrenzten Ungeschicklichkeit. (Heiterkeit und Sehr wahr!) Die Regierung sollte sich der unwürdigen Stellung, die ihr in dieser Sache zugemutet wird, bewusst werden: sie ist nichts anderes als der parlamentarische Prügelknabe der Militärgewalt; sie hat das Heft vollständig verloren. Nach der Verfügung des Reichskanzlers sollte die Behandlung wirtschaftspolitischer Dinge von der Zensur frei sein. Das Oberkommando in den Marken aber hält in einem vertraulichen Schreiben vom 14. Juli trotzdem es als geeignet, die vaterländischen Interessen zu verletzen, und daher zu verbieten, bezeichnet jede Kritik der Höchstpreise, jede Klage darüber, daß Sachverständige nicht herangezogen worden sind, und jede Kritik von Kriegswirtschaften für unzulässig. (Lebhaftes Hört! hört!) Von besonderer Schmeibigkeit zeigt sich der stellvertretende kommandierende General des 2. Armeekorps, der es z. B. auch für seine Aufgabe hält, als Vertreter der kaiserlich-königlichen Jagdinteressen sich zu betätigen. Ich wundere mich nur, daß der Herr seine besondere Schmeibigkeit nicht lieber im Schützenraden zur Verfügung stellt! (Sehr gut!) In Mecklenburg hat man sogar verboten, Keiles Kinder-mehl zu annonciieren. (Heiterkeit und Sehr gut!) Der Staatssekretär behauptet trotz alledem, der Zensur sei unparteiisch. Ich erinnere nur daran, daß in den alldeutschen Blättern über den Kanzler und seine Mitarbeiter gestanden hat: „Der Reichskanzler hat zum Stellvertreter einen Berufsbankier gewählt.“ (Heiterkeit und Hört! hört!) Auch seine sonstigen Mitarbeiter entnahmen dem Geschäft- und Erwerbsebenen, kaum einer gehört nach Abstammung und Familientradition den Kreisen derer an, die in 30-jähriger Arbeit den preussischen Staat erbaut haben.“ (Hört! hört!) — Abg. Ledebour: Jagow! — Große Heiterkeit. „Der Reichskanzler selbst entkam einem Geschlecht, das seit Jahrzehnten das Großbankiergewerbe in Frankfurt und Paris betrieben hat. Diesen Kampf können wir nicht gewinnen, wenn wir von Männern geführt werden, die im Herzen schon besiegt sind; die dem Völkern Rammon und unseren Feinden opfern und sie mehr fürchten als unseren Gott.“ (Lebhaftes Hört! hört!) Glaubt der Staatssekretär, daß ein Zensur, der solche Artikel durchläßt, noch unparteiisch ist?

Der Fall Lewald-Bacmeister ist typisch für dieses System der Verdächtigung, der Tuscherei, der politischen Giftmischerei. Ein offener Kampf gegen dieses System ist nicht möglich unter der Zensur. General Lubendorff hatte vollständig recht, als er sagte: die ganze Volkskraft muß in den Dienst des Krieges gestellt werden. Dann geben Sie aber auch dem Volk das Vertrauen, das es sich mit Strömen Blutes erkungen hat. Geben Sie ihm dieses Vertrauen in Gestalt vernünftiger Freiheiten und Rechte. Zustände, wie sie die Sitzung vorgestern enthüllt hat, dürfen nicht bestehen bleiben. (Lebhafter Beifall bei der Volkspartei.)

Abg. Dr. Vöttger (natl.):

Die Handhabung der Zensur bei uns entspricht nicht den Bedürfnissen eines großen Volkes und muß bei der Presse Erbitterung hervorrufen. Freilich wird in Frankreich in genau derselben Weise gefolgt. Die allermeisten Zensoren haben zweifellos den besten Willen. Aber die zahlreichsten Zensoren haben naturgemäß verschiedene Meinungen. Sie müssen viel mehr Fühlung mit der Presse haben und sich Verständnis für die Bedürfnisse der Presse erwerben. — Den Wunsch des Abg. Gröber nach möglichst baldiger Schaffung einer Zentralinstanz teile ich. Aber wir werden auch in der Schlußkommission mit der Regierung eingehend über alle diese Dinge verhandeln können. Einzelfälle sind schon genügend vorgetragen und ich will nicht neues Holz zum Scheiterhaufen der Zensurpraxis beitragen. Ganz wird die Zensur nicht zu entbehren sein, das gibt für rein militärische Nachrichten auch der sozialdemokratische Redner Ged zu. Aber die Zensur muß paritätisch verfahren und darf den Begriff des militärischen Interesses nicht übermäßig ausdehnen. Wir beantragen Verweisung der ganzen Materie an die Schlußkommission, die hoffentlich schnelle und gute Arbeit leisten wird. (Bravo! bei den Nationalliberalen.)

Oberst Hoffmann:

Der Abg. Müller-Reiningen gebrauchte gegenüber dem stellvertretenden General des 2. Armeekorps die verheerende Bemerkung, er bemühende den Mut dieses Herrn und wünsche, daß er sich im Schützenraden befände. Ich weise diese Bemerkung mit aller Entschiedenheit zurück. (Zuruf bei der Volkspartei: Das ist alles, was sie können!)

Vizepräsident Dr. Baasche:

Ich werde feststellen, wie die Äußerung gelautet hat und eventuell einschreiten.

Abg. Dr. Kocside (L.):

beschwert sich über einseitige Stellungnahme der Zensur zugunsten der Anti-Annektionisten. Die Auffassung des Reichskanzlers über Amerikaner habe Scheidemann in seiner bekannten Breslauer Rede sicherlich nicht zutreffend wiedergegeben. Allerdings hat die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ die Darstellung Scheidemanns nicht glatt zurückgewiesen. Am so notwendiger sei es, im Reichstag dieser einseitigen Darstellung entgegenzutreten. — Wenn wir dem Ausland sagen, wir sind bereit, die besetzten Gebiete zurückzugeben, so dienen wir dem Frieden nicht, den wir alle wünschen; denn solche Äußerungen sagt man im Ausland lediglich als Zeichen der Schwäche auf. Auch der Sozialdemokrat Vensch, der Herr Scheidemann sehr nahe steht, gibt zu, daß alle solche Angebote, selbst an Frankreich, nicht zum Frieden führen könnten, weil unsere Gegner Deutschland vernichten wollen. Wir dürfen das Ausland nicht so betrachten, wie wir es wünschen, daß es denkt, sondern wir müssen es so betrachten, wie es wirklich ist und denkt. — Freies Aussprechen der Zukunftsmöglichkeiten ist kein Zeichen der Schwäche, sondern der Stärke, das können wir von England lernen. — In den militärischen Zensoren haben wir im Gegensatz zum Abg. Müller-Reiningen volles Vertrauen. Nur ihr Uebergrößen auf das politische Gebiet ist vom Uebel und sollte unterbleiben. In dem Klatsch und Kratsch, über den in der letzten Zeit soviel geflucht wurde, ist nicht zum wenigsten der Um-

stand schuld, daß die offiziöse Presse so gar nicht den Ursachen solcher Gerüchte nachgeht, die oft ganz naturgemäß entstehen, ohne daß irgendwie die Absicht einer persönlichen Verdächtigung vorliegt. — Die Angriffe gegen den Kanzler sucht man der konservativen Partei in die Schuhe zu schieben. Wir beurteilen alle Treibereien, die nicht aus sachlichen, sondern persönlichen Motiven entspringen. Es hat immer Personen gegeben, die einen anderen Reichskanzler lieber sehen würden. Die konservative Partei aber steht auf dem Standpunkt, daß die Befehzung der Ministerstellen Sache Sr. Majestät des Kaisers ist. (Lachen links.) — Die Präventivzensur verurteilen auch wir. Auch den Grafen Zeppelin hat man gewissermaßen unter Präventivzensur gestellt. Es wäre dringend zu wünschen, daß, nachdem man den Brief des Grafen Zeppelin an den Kanzler veröffentlicht hat, nun auch die beiden früheren Briefe des Grafen der Öffentlichkeit bekanntgegeben würden. Neulich ist es dem Grafen Reventlow gegangen, weil er eine Meinung ausgesprochen hat, die von unserem auswärtigen Amt nicht geteilt wird. Graf Reventlow glaubt auch in der Versammlung im Abgeordnetenhaus nicht gesagt zu haben, was der persönlichen Ehre des Kanzlers zu nahe tritt. — In dem Verbot einer Zeitung sollte man nur im äußersten Falle greifen. Ganz ohne Zensur geht es nicht, aber die Zensur darf nicht engherzig ausgeübt werden. (Bravo! rechts.)

Vizepräsident Dr. Baasche

stellt auf Grund des Stenogramms fest, daß Abg. Müller-Reiningen dem stellvertretenden Kommandierenden General des 2. Armeekorps nicht Mangel an Mut vorgeworfen habe; er habe daher keinen Anlaß, nachträglich Remedur einzutreten zu lassen.

Staatssekretär Dr. Helfferich:

Der Fall der Briefe des Grafen Zeppelin ist in der Kommission erörtert und es ist dort festgestellt, daß Graf Zeppelin Ranns genug ist, seine eigene Meinung auszusprechen, und daß er sich von niemand eine Meinung diktieren läßt, die er nicht selbst hat. Der Fall Bacmeister-Lewald ist von mir durch Vernehmung der in Betracht kommenden Beteiligten auch aus dem Luftflottenverein untersucht worden. Alle Beteiligten haben erklärt, daß in den betreffenden Unterhaltungen keinerlei Äußerung des Ministerialdirektors Lewald gefallen ist, die in dem Sinne der von Herrn Bacmeister aufgestellten Behauptung gedeutet werden könnte. (Hört! hört!) Damit ist der Fall Bacmeister wohl erledigt.

Verschiedene Redner haben dann von dem schlechten Eindruck gesprochen, den

die Vorgänge vom Sonnabend

nach außen machen mußten. Der Meinung bin ich auch. Wenn aber Herr Gröber meinte, ich hätte diesen Eindruck mildern können, wenn ich mich in schärferer Weise der Entrüstung des Reichstags angeschlossen hätte, so bedauere ich, dem nicht folgen zu können. Ich darf in meiner verantwortlichen Stellung nicht die Schale der Entrüstung über Leute ausgießen, die noch nicht gehört worden sind, und deren Fall vielleicht unter meiner Mitwirkung erst noch unparteiisch geprüft werden wird. Ich darf auch nichts dazu beitragen, daß Behauptungen, deren Prüfung noch nicht abgeschlossen ist, nach außen hin als Tatsache erscheinen und so unser Vaterland in den Augen des Auslandes herabsetzen. Dies wird Ihnen die Juridikation, die ich geübt habe, erklären. Ich möchte auch den Eindruck nicht aufkommen lassen, als ob Belagerungszustand, Schußhaft und Zensur deutsche Spezialitäten seien, als ob es hiermit bei uns viel schlimmer aussähe als irgendwo. Das Umgekehrte ist der Fall. (Zuruf links.) Von Entschuldigungen spreche ich nicht, aber es ist doch wichtig für das objektive Urteil, wenn die Herren sich darüber klar sind, wie in Ländern mit so freiheitlichen Einrichtungen wie England und Frankreich, diese Dinge jetzt während des Krieges stehen. England, das vorher überhaupt keine gesetzliche Grundlage für Beschränkungen der staatsbürgerlichen Rechte hatte, wo die Zensur formell seit Jahrhunderten außer Übung gekommen ist, wenn auch die Regierung stets sehr starken Einfluß auf ihre Presse ausgeübt hat, hat sofort bei Beginn des Krieges ein Reichsverteidigungsgesek beschlossen, das dann noch verschärft worden ist. Es enthält scharfe Eingriffe in die bürgerlichen Grundrechte, Aufenthaltsbeschränkungen, Beschränkungen des Postverkehrs, sehr erhebliche Beschränkungen der Presse. (Zuruf: Praxis!) Das Recht der Hausdurchsuchung ist sehr umfangreich eingeführt. Wenn nur der Verdacht vorliegt, daß ein Grundstück zu Zwecken benutzt wird, die der öffentlichen Sicherheit oder der Reichsverteidigung abträglich sind, kann das Grundstück gewaltsam betreten und durchsucht werden, es können Beschlagnahmen erfolgen. Der Schutz der Person hat in England aufgehört. Auch Postbeamte sind berechtigt, ohne Postbefehl Leute zu verhaften, wenn ihnen ein Verdacht gegen sie begründet erscheint. Öffentliche Versammlungen können verboten werden, wenn Störungen der öffentlichen Ordnung zu befürchten sind. Von all diesen Bestimmungen wird auch sehr energisch Gebrauch gemacht. Das englische Arbeiterblatt ist wiederholt verboten worden. Neulich sind die Verhältnisse in Frankreich. Wir sind also keineswegs das Land außerhalb der Kultur. Wir wissen, daß unser Volk die Opfer des Krieges in bewundernswürdiger Weise trägt, daß es heute wie am ersten Tage bereit ist, die notwendigen Opfer an Gut und Blut für die Verteidigung des Vaterlandes zu bringen. Es ehrt unser Volk, daß es die freie Meinungsäußerung mindestens ebenso hoch hält, wie die Opfer an Gut und Blut. Aber in einem Krieg, in dem es um unsere ganze Existenz geht, der unser ganzes öffentliches und privates Leben umfaßt, in einem solchen Krieg kann dem freien Wort nicht der Spielraum gegeben werden wie im Frieden. Diese Ueberzeugung wurzelt im Volke nicht so stark, und diese Tatsache trägt dazu bei, den verantwortlichen Instanzen ihr Amt zu erschweren. Wir wissen, daß wir uns auf unser deutsches Volk verlassen können, deshalb wünschen wir die Eingriffe des Belagerungszustandes und der Zensur auf das Mindestmaß zu beschränken. Sie werden einwenden, in der Durchführung dieses Grundgesetzes sind wir nicht immer glücklich gewesen. (Sehr richtig!) Ich hoffe, daß wir in der Zukunft darin weiterkommen werden.

In den vorliegenden Anträgen und den Einzelheiten kann ich im Namen der verbündeten Regierungen jetzt nicht Stellung nehmen. Ich möchte warnen, sie jetzt im Geschwindigkeit durchzubringen. Immerhin kann ich sagen, die Tendenz der Anträge liegt in der Richtung unserer eigenen Wünsche und Bestrebungen: Vereinheitlichung und Milderung in der Handhabung des Belagerungszustandes. In dieser Richtung lagen die Anregungen des Reichskanzlers. (Zuruf: Sie sind aber nicht wirksam!) Darauf komme ich noch. Das Rundschreiben des Reichskanzlers und das der Oberzensurstelle ist am 1. August ergangen, und dafür, daß die Anordnungen auch befolgt werden, geschieht ebenfalls das Mögliche. Daß auf dem Gebiet der auswärtigen Politik die Freigabe nicht ebenso möglich ist wie auf dem der inneren Politik, das, glaube ich, versteht sich für jeden ruhig Urteilenden von selbst. Der Reichstag selbst hat davon Abstand genommen, diese Fragen öffentlich zu diskutieren, und dieselbe Beschränkung muß sich auch die Presse auferlegen. Herr Müller-Reiningen sagte, die bisherigen Anordnungen hätten nichts genügt. Die Besserung mag nicht weit genug gehen, aber bestreiten läßt sie sich nicht. Zurückerweisen will ich, als ob die Zensur die Behörden oder gar die Persönlichkeiten zu bedenken hat. Der Reichskanzler steht auf dem Standpunkt, daß persönliche Angriffe gegen ihn durch die Zensur nicht zu decken sind. Sonst hätte die Zensur noch ein weites Feld der Tätigkeit. (Sehr richtig!) Die Dedung der Regierung ist freilich etwas anderes. Der von Herrn Gröber verlesene Erlaß, der jede Kritik der Regierungspolitik verbietet, stammt aus dem Beginn des Krieges und ist heute nicht mehr in Kraft. Man verlangt Richtlinien. Die zuständigen Stellen sind dabei, die heute geltenden Richtlinien in bezug auf die Zensur zusammenzufassen, und ich hoffe, daß das den Redakteuren eine Erleichterung bringen wird.

Ich stehe nicht an, anzuerkennen, daß die Absichten der obersten militärischen Stellen und des Reichskanzlers bisher nicht in vollem Umfang verwirklicht worden sind, weder in bezug auf die einheitliche Handhabung noch in bezug auf den beabsichtigten Abbau der Zensur. Wir werden hier die besternde Hand anlegen müssen. Ich bin überzeugt, daß der Reichskanzler hierfür volles Verständnis bei den militärischen Instanzen finden wird, um so mehr, als die deutsche Presse ihre Aufgabe im Kriege in ausgezeichnete Weise erfüllt hat und keine Regierung die Presse entbehren kann. (Lebhaftes Sehr richtig!)

Ich kann in diesem Hause keine Taten vollbringen; ich muß Sie bitten, sich mit meinen Worten zu begnügen. (Bravo!)

Oberst von Briesberg:

Zu dem von dem Abg. Ged erwähnten Erlaß über den Gebrauch der französischen Sprache muß ich bemerken: In letzter Zeit haben die Truppen darüber geklagt, daß der Gebrauch der französischen Sprache in herausfordernder Weise sich in bedenklichem Umfang gesteigert hat. Verschiedene militärische Befehlshaber haben Warnungen deshalb erlassen. Dazu sind die Befehlshaber im Operationsgebiet berechtigt. Deutsche Truppen stehen im heldenmütigen Kampf in Verteidigung deutschen Landes. Ich glaube, daß diese deutschen Truppen erwarten können, daß hinter ihrem Rücken nicht eine fremde Sprache gesprochen wird. (Große Heiterkeit bei den Sozialdemokraten.)

Das Haus verlag sich.

Abg. Müller-Reiningen (Sp., persönlich): Oberst Hoffmann muß über meine Äußerungen falsch informiert worden sein. Es hat mir ferngelegen, dem General von Vietinghoff Mangel an Mut vorzuwerfen. Ich habe nur gewünscht, daß der General seine Schmeibigkeit, die er der Presse gegenüber betätigt hat, im Schützenraden betätigen könne. Ich nehme an, daß Herr von Vietinghoff denselben Wunsch hegt. (Heiterkeit.) Es liegt mir wie gesagt fern, den Mut eines tüchtigen Soldaten, aber schlechten Politikers und Zensors anzuzweifeln. (Heiterkeit.)

Abg. Ged (Soz., persönlich): Ich habe von Fällen gesprochen, in denen die Betreffenden der deutschen Sprache überhaupt nicht mächtig waren. Wenn sie nicht französisch sprechen dürfen, dürfen sie überhaupt nicht sprechen. (Heiterkeit und Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.)

Nächste Sitzung Dienstag, 3 Uhr. Kleine Anfragen, Fortsetzung der Zensurdebatte. Schluß 8 1/2 Uhr.

Aus aller Welt.

Vier Jahre Zuchthaus für einen Wucherer.

Vor dem Landgericht Halberstadt wurde am Sonnabend nach fünfjähriger Verhandlung ein Prozeß zu Ende geführt, der sich gegen einen besonders gemeingefährlichen Kriegsbetrüger richtete. Angeklagt war der Techniker und Kaufmann Paul Höpner aus Magdeburg. Er gründete kurz nach Kriegsausbruch, trotzdem er überschuldet und ohne jeden Kredit war, in Wiedendorf ein Lebensmittelgeschäft unter dem ionenden Namen „Mitteldeutsches Handelskontor“. Durch auffällige Interate in den großen Tageszeitungen ganz Deutschlands bot er Lebensmittel aller möglichen Art zum Kauf an; auf die gleiche Weise forderte er Angebote von Waren aller Art ein. Ganz besonders legte er sich auf den Kartoffelhandel. Er schloß Anträge auf Lieferung von Hunderttausenden von Zentnern Kartoffeln ab; geliefert aber hat er den Bestellern nicht eine einzige Kanne! Seine Opfer waren namentlich kleinere Stadtverwaltungen im Königreich Sachsen, im Herzogtum Braunschweig und in den Provinzen Hannover und Rheinland. Auch mit anderen Behörden und militärischen Dienststellen abgeschlossene Verträge hat er nicht erfüllt. Die Anklage legte ihm nicht weniger als 184 strafbare Handlungen zur Last. Er wurde in 96 Fällen für überfällig erachtet und wegen Betruges, Ueberstreichung von Höchstpreisen usw. zu vier Jahren Zuchthaus und zehn Jahren Ehrverlust verurteilt.

Dasselbe Gericht verurteilte wenige Tage vorher nach achtjähriger Verhandlung den Bruder des Angeklagten, Wilhelm Höpner, wegen betrügerischer Massenräubung von G. m. b. H. zu zweieinhalb Jahren Gefängnis.

Räuber in Frankenleibern.

Ein romantisches Verbrechen, das seinem ganzen Gergange nach an gewisse Hintertreppengeschichten gemahnt, hat sich in der Nähe der Stadt Justerburg abgespielt. Der Kaufmann August Genger aus dem Nachbarorte Trempen kehrte am späten Abend von einer Reise zurück. Während er noch mit dem Auskirkren seiner Pferde beschäftigt war, tauchten in der Dunkelheit, plötzlich wie aus dem Boden gewachsen, drei Gestalten auf und beim Scheine einer Wendlaterne erkannte der Erstredete drei Frauen. Ehe er wußte, was los sei, war ihm ein Sak über den Kopf geworfen worden, den feste, und sicherlich nicht Frauen gehörige Hände zudrehten. Der Ueberfallene wurde zu Boden geworfen und gefesselt. Man durchsuchte ihm die Kleider und entriß ihm eine Wristtasche, in der sich 1200 M. befanden. Die Räuber, denn um solche handelte es sich, riefen ihm noch einige höhnische Worte zu und verschwanden dann in der Dunkelheit. Bisher hat sich keine Spur der Verbrecher finden lassen.

Brandkatastrophe in einem Krankenhaus.

„Havas“ meldet aus Quebec: In Farnham (Provinz Quebec, Kanada) geriet eine Feuersbrunst das Elisabeth-Spital, das 150 Betten enthält. Die Mehrzahl der Kranken konnte durch die Fenster gerettet werden. Zwei Kinder wurden verletzt, da sie aus den Fenstern des dritten Stockwerkes sprangen, fünf fanden den Tod und 15 wurden vermisst.

Fünf Personen bei einer Raubfahrt ertrunken.

Aus Posen wird gemeldet: Als der aus dem Felde beurlaubte Wessiger Rosjinski aus Bompierz im Kreise Straßburg (Westpreußen) auf einem mit Torf beladenen Kahn über den 100 Meter breiten Teich nach Hause fahren wollte, sank der Kahn in der Mitte des Teiches und mit ihm fünf Personen: Rosjinski, seine Ehefrau, sein Sohn, der Anecht und die Magd. Die Leichen sind noch nicht gefunden worden.

Ein Mord aus Eifersucht. Sonntag nachmittag erstach in Köln auf offener Straße ein junger Mann namens Vicien ein Mädchen, mit dem er ein Liebesverhältnis unterhielt, durch mehrere Stiche in Brust und Hals. Der Mörder entfloß, stellte sich aber später der Polizei mit der Angabe, er habe die Tat aus Eifersucht vollführt.

Brandunglück. In einer Pulverfabrik in St. Mardard (Arr. Bordeaux) entstand im Trockenraum ein Brand, der einen großen Umfang annahm. „Matin“ zufolge wurden 65 Personen mehr oder minder schwer verletzt. Der Materialschaden ist ziemlich erheblich.

Ein englisches Rettungsboot gelentert. Das Rettungsboot von Salcombe, eines Hafens für kleine Schiffe in der englischen Grafschaft Devon, ist auf der Rückkehr von der Hilfeleistung bei einem durch Sturm in Seenot geratenen Schiffe gelentert; von der Besatzung sind dreizehn ertrunken und zwei gerettet.

Amerikanischer Dumst. Der Sohn: „Vater, was ist eigentlich ein politischer Verräter?“ Der Vater, alter Politiker: „Ein politischer Verräter ist ein Mann, der unsere Partei verläßt, um sich der gegnerischen Seite anzuschließen.“ Sohn: „Und was ist dann ein Mann, der die gegnerische Partei verläßt, um zu uns zu kommen?“ Der Vater: „Das ist ein lobenswerter Verräter, mein Sohn!“ (Tit-Bits.)

Vom Gesundheitszustand in Berlin während des Krieges.

Ob während des Krieges die dahingeklebene Bevölkerung bisher eine Verschlechterung ihres Gesundheitszustandes gehabt hat, darüber gehen die Meinungen auseinander. Ursachen einer Minderung der Gesundheit könnten sein die seelischen Erregungen dieser Zeit, die tiefgreifenden Änderungen der Ernährungsweise und die starke Beteiligung der Frauen, der Jugendlichen und der nicht mehr voll arbeitsfähigen Männer an Arbeiten, von denen sie sonst ferngehalten wurden. Einen Versuch zur Beantwortung der Frage, welchen Einfluss die Kriegszeit auf den Gesundheitszustand der Bevölkerung Berlins ausgeübt hat, macht in der „Berliner Klinischen Wochenschrift“ (1916, Nr. 41, auch als Sonderabdruck erschienen) der Arzt Prof. Dr. Magnus-Levy. Er benutzt als Maßstab die Sterblichkeitsziffern und kommt dabei zu folgenden Ergebnissen: „Der Gesundheitszustand der Stadt Berlin, gemessen an der absoluten Zahl der Sterbefälle wie an der Sterblichkeitsziffer, ist in den drei bisherigen Kriegsjahren 1914, 1915 und 1916 verhältnismäßig sehr gut geblieben. Die Zahl der Todesfälle und die Sterblichkeitsziffer übersteigt nur unwesentlich die des Vorjahres 1913 mit seinen ungewöhnlich günstigen Verhältnissen. Sie bleibt zurück hinter dem Durchschnitt der dreijährigen Perioden 1908 und 1910 und 1911 bis 1913.“

Magnus-Levy gibt Tabellen über Sterbefälle und Sterblichkeitsziffern für die Gesamtbevölkerung, im besonderen für die an Zahl fast unverändert gebliebene weibliche Bevölkerung, schließlich auch für die weibliche Bevölkerung unter Aussonderung der Säuglinge und der Greisinnen. Es starben in den acht Jahren 1908 bis 1915 von der Gesamtbevölkerung auf je 10 000 Personen 157, 155, 146, 156, 144, 135, 146, 152, von der weiblichen Bevölkerung auf je 10 000 weibliche Personen 146, 143, 137, 147, 137, 128, 135, 133. Aus diesen Zahlen hebt sich das Jahr 1911 mit höheren Sterblichkeitsziffern heraus, die aus der damaligen, durch ungewöhnliche Hitze der Sommermonate bedingten Mehrung der Säuglingssterbefälle zu erklären sind. Sieht man von 1911 ab, so zeigen die obigen Sterblichkeitsziffern eine sehr deutliche Abwärtsbewegung bis zu dem Tiefstand von 1913, dem dann wieder eine Aufwärtsbewegung folgte. Magnus-Levy weist darauf hin, daß bei den Einberufungen zum Heeresdienst die männliche Bevölkerung viele der Besten abgegeben hat, so daß für die Dahingeklebene die Sterblichkeitsziffer ohnehin ungünstiger werden mußte. Eine Berechnung der Sterbeziffern der ersten Halbjahre von 1914, 1915, 1916 ergibt als Sterblichkeitsziffern für die Gesamtbevölkerung 146, 156, 158 auf je 10 000, für die weibliche Bevölkerung 136, 142, 147 auf je 10 000. Wir können dem nicht zustimmen, daß diese Ziffern auf einen „sehr guten“ Gesundheitszustand schließen lassen. Aber Magnus-Levy macht selber die Einschränkung, nur von einem „verhältnismäßig sehr guten“ Gesundheitszustand zu reden. Die Gruppierung der Gestorbenen aus der weiblichen Bevölkerung nach Altersklassen zeigt neben starker Minderung der Säuglingssterbefälle, die sich hauptsächlich aus dem Geburtenrückgang erklärt, eine beträchtliche Zunahme der Sterbefälle von Greisinnen. Bei diesem ältesten und schwächsten Teil der Bevölkerung nimmt Magnus-Levy einen schädigenden Einfluss des Krieges an. Nach Abzug der Säuglinge und der Greisinnen erhält man auch für die Sterbefälle der 1 bis 70 Jahre alten weiblichen Personen noch ein Mehr in 1914 und 1915 gegenüber 1913, ein Weniger aber gegenüber den früheren Jahren. Die Vergleichung der ersten Halbjahre von 1914, 1915, 1916 ergibt für die weibliche Bevölkerung und bei den Säuglingssterbefällen die aus dem Geburtenrückgang erklärbare Minderung, dagegen bei den Sterbefällen aller anderen Altersklassen eine Mehrung. Schließlich faßt Magnus-Levy sein Urteil noch einmal in die folgenden Sätze zusammen, die vorsichtiger als die an die Spitze gestellte Bemerkung klingen: „Die drei Kriegsjahre haben uns bisher eine geringfügige Verschlechterung gegenüber dem ungewöhnlich günstigen Jahr 1913 gebracht. Fast alle Verhältnisse sind noch immer besser als in 1908 bis 1912. Nach dieser Richtung hin ist also der Krieg bis her fast ohne Einfluss geblieben.“

Im ganzen geben diese Zahlen doch keine ausreichende Antwort auf die Frage, um die es sich handelt. Aus dem Auf oder Ab der Sterblichkeitsziffern kann nicht mit voller Sicherheit geschlossen werden, wie weit der allgemeine Gesundheitszustand sich verschlechtert oder gebessert hat. Auch bei Verschlechterung des allgemeinen Gesundheitszustandes können zufällig die tödlich endenden Verbindungen seltener sein, wie andererseits bei einer Mehrung gerade dieser Erkrankungen doch eine Besserung des allgemeinen Gesundheitszustandes denkbar wäre. Magnus-Levy sagt übrigens selber, daß „die Zahl der Todesfälle nur einer der Faktoren zur Beurteilung des allgemeinen Gesundheitszustandes“ ist. Er fügt hinzu: „Aber auch die anderen zeigen ein ähnlich zufriedenstellendes Ergebnis“, und weist darauf hin, daß „wir von Kriegsleiden vollkommen verschont geblieben“ sind. Für die dann von ihm ausgesprochene Ansicht, daß „auch die sonstigen Gesundheitsverhältnisse, gemessen an der allgemeinen Arbeits- und Leistungsfähigkeit der Bevölkerung, keine stärkere Beeinträchtigung erfahren haben“, fehlt in seinem Auffass jeder Beleg. Er beschränkt sich überall auf Erörterung der Sterblichkeitsverhältnisse und macht nirgends den Versuch, zur Prüfung der Gesundheitsverhältnisse die Ziffern der Krankenkassenstatistik heranzuziehen. Im „Vorwärt“ wurde ein solcher Versuch bereits gemacht und für Anfang August dieses Jahres gezeigt, daß bei den Krankenkassen Berlins in diesem Jahre die Anteile der Kranken an der Gesamtzahl der Versicherten erheblich höher als zu demselben Zeitpunkt des vorigen Jahres waren. Daß dies kein Einzel- und Ausnahmefall ist, lehrt die Betrachtung des ganzen Zeitraumes vom Herbst 1916 zurück bis zum Frühjahr 1915. Noch weiter zurückzugehen, verbietet sich, weil erst vom Februar 1915 ab die nach Kriegsausbruch ausgeschlossenen Hausgewerbetreibenden wieder in die Krankenversicherung einbezogen wurden. Nach unseren Berechnungen kamen zu Anfang der 19 Monate März 1915 bis September 1916 arbeitsunfähige Kranke auf je 10 000 versicherte Mitglieder bei den männlichen Versicherungspflichtigen 281, 271, 250, 235, 264, 255, 263, 255, 254, 279, 306, 334, 365, 331, 290, 284, 294, 299, 304, bei den weiblichen Versicherungspflichtigen 217, 214, 213, 235, 251, 283, 276, 266, 253, 271, 302, 341, 352, 323, 292, 310, 340, 344, 351. Wegen der oben erwähnten, erst vom Februar 1915 ab erfolgten Wiedergulassung von Hausgewerbetreibenden werden wir vielleicht besser auch die Frühjahrsmonate noch aus dieser Betrachtung ausschließen. Bei Einbeziehung des Frühjahrs würde die Vergleichung zwischen 1915 und 1916 sehr zumungunsten von 1916 ausfallen. Bei Beschränkung auf die Zeit vom Juli ab ergibt sich, daß die Ziffer der Kranken pro 10 000 Versicherte von 1915 zu 1916 gestiegen ist bei den männlichen Versicherungspflichtigen im Juli von 264 auf 294, im August von 255 auf 298, im September von 253 auf 304, bei den weiblichen Versicherungspflichtigen im Juli

von 281 auf 340, im August von 283 auf 344, im September von 276 auf 351.

Diese Zahlen sehen nicht nach einem günstigen Gesundheitszustand aus, mindestens nicht nach einer Besserung in 1916 gegenüber 1915. Daß allerdings auch aus ihnen nur bedingte Schlüsse gezogen werden können, wissen wir. Es ist bekannt, wie sehr die Krankenkassenziffern unter dem Einfluss von Zu- und Abnahme der Arbeitsgelegenheit stehen. So lange lohnende Beschäftigung zu haben ist, wird Gesundheit „simuliert“, um möglichst „die gute Zeit mitzunehmen“. Kommt dann wieder Beschäftigungsmangel und Arbeitslosigkeit, dann mehren sich die Krankmeldungen, weil viele sich jetzt erst Zeit lassen, krank zu sein. Mit solchen Erwägungen kann aber bei der Vergleichung zwischen 1915 und 1916 die starke Zunahme der Krankenziffern doch wohl nicht erklärt werden.

Aus Groß-Berlin. Die Tauentzienstraße.

Dieser im letzten Jahrzehnt vielgenannten und weit über die Grenzen Berlins, ja selbst Deutschlands, bekannten Straße ergibt es wie die meisten anderen in der Welt: sie ist besser als ihr Ruf. Man kann sie als die jüngere und vornehmere Schwester der Friedrichstraße bezeichnen, und doch stellt sie einen anderen Typus dar, weist sie ein grundverschiedenes Gepräge auf.

Das R. d. W. am Untergrundbahnhof leitet sie ein und die Kaiser-Wilhelm-Gedächtnis-Kirche schließt den Strahenzug. Die Seite des R. d. W. ist die belebtere, hier kulminiert sich das Betriebe, und die Auslagen in den Schaufenstern wie die Bierlokale und Restaurants laden den Strom von Passanten in ewigem Wechsel heran. Zwischen 3 und 7 Uhr nachmittags ist hier auch der Treffpunkt der Flirtbesessenen, und die Dackeltrippeln auf und ab, bleiben vor den Auslagen stehen oder fangen prüfend ihr Bild in den hohen Spiegelscheiben auf, ohne dabei die mehr oder weniger jungen Herren aus den Augen zu verlieren.

Ebenso ist diese Zeit den Hausfrauen von WW prächtig, die dann ihre Einkäufe erledigen und im Erfrischungsraum des Warenhauses mit Bekannten ein Stündchen verplaudern. Jedenfalls flutet um diese Nachmittagszeit ein ewiger Strom von Menschen diesen Strahenzug auf und ab, und selbst der Krieg hat hierin nicht allzu viel Wandel schaffen können. Die Zahl der eleganten Herren mit Monokel und neuester Kra- watte ist allerdings erheblich zusammengeschrumpft, dafür aber behauptet sich Feldgrau äußerst stark unter den Vorüberkommenden. Vom einfachen Soldaten bis hinauf zum hohen Offizier sind die Soldaten vertreten. Die belebteste Straße des neuen Westens zieht sie in reicher Anzahl an.

Auch viele Verwundete sieht man hier an schönen Tagen gemächlich dahinschlendern. Oft schart sich eine ganze Gruppe um eine Schwester, wie die Rücklein um die Henne.

Und während an den Seiten der Straße das Leben pulst und flutet, gleitet ein Straßenbahnwagen nach dem andern über grüne Rasenstreifen und bringt und holt wieder neue Scharen von Passanten. In Friedenszeiten war das Publikum hier selbst in allen Jungen und Trachten vertreten, der Krieg hat damit, wie mit so vielem anderen, aufgeräumt. Nur selten klingen noch fremde Sprachen an unser Ohr. — Die Mitte der Straße, die schöne, breite Promenade, ist die Domäne der Kinder und alten Personen. Hier spielen die Kleinen unter der Obhut der Mütter oder Erziehenden und die Großpapas und Großmamas sitzen auf den Bänken und freuen sich der milden Wärme der Herbstsonne.

Früh senkt sich die Dämmerung hernieder. Schön geliebert hebt sich die Silhouette der Gedächtniskirche vom Abendhimmel ab. Und nun heben auch die Glocken an zu läuten — schwer und dumpf rollen die Klänge die Straße hin, die nach und nach im elektrischen Licht erstrahlt.

Ein Wahlkampf in der Zeit des Burgfriedens fand gestern im 11. Kommunalwahlbezirk der 2. Abteilung statt. Dort kämpften zwei bürgerliche Kandidaten um das Stadtverordnetenmandat. Die Hausbesitzer hatten gegen den von den freisinnigen Vereinen aufgestellten Fabrikbesitzer Stein den Reichsbankkalkulator Labendorf aufgestellt. Ersterer siegte mit 481 Stimmen gegen 330 Stimmen, die auf Labendorf entfielen.

Die neuen Verkehrspläne.

Aus dem Rathaus wird zu der von Vertretern der Landkreise und weniger Vororte verfaßten Erklärung geschrieben:

Die Gegenklärung, die von mehreren Mitgliedern des Verbandes Groß-Berlin veröffentlicht wird, stellt das Vorgehen in Sachen der Großen Berliner Straßenbahn ganz unter den Gesichtspunkt eines mitten im Kriege eröffneten Kampfes gegen Berlin. Einzig und allein die Befürchtung, daß im Jahre 1920 der im Berliner Vertrage vorgesehene Staffeltarif in Kraft treten könnte, wird als Grund angeführt. Dagegen wird weder die ungeheure Tragweite, welche ein Anlauf der Straßenbahn mit einer Summe von, wie es jetzt scheint, sogar 150 Millionen Mark für ganz Gr.-Berl. haben würde, und die schwere Belastung des bei weitem größten Teiles der Bevölkerung von ganz Gr.-Berl., den Vororten nicht minder wie Berlin selbst, durch eine Tarifserhöhung, welche sich im Jahre auf 15 bis 18 Millionen Mark belaufen würde, mit keinem Worte berührt.

Es ist ganz besonders eigenartig, daß eine Tarifserhöhung, welche möglicherweise im Jahre 1920 im Höchstbetrage von 2 bis 2½ Millionen Mark eintreten könnte, den Anlauf bilden soll zu einer sofort, mittelbar oder unmittelbar in Wirksamkeit tretenden Mehrbelastung des Publikums, die sich mindestens auf das Sieben- bis Achtfache beläuft. Aber es wird demgegenüber auch die Aufgabe Berlins sein, in den kommenden Verhandlungen eingehend nachzuweisen, einmal daß die Befürchtung vor einer staffelmäßigen Tarifserhöhung im Jahre 1920 überhaupt nicht begründet ist, und ferner, daß diese Frage auf keinen Fall einer beschleunigten Behandlung bedarf.

Es muß geradezu als irreführend bezeichnet werden, wenn man immer wieder den Versuch macht, die Annahme zu erweisen, als ob bis zum 31. Dezember 1917 der Verband irgendeine Entscheidung zu treffen hätte. Das würde nur der Fall sein, wenn der Verband beschlößte, die Straßenbahn im Jahre 1920 zu einem Kurstreck von 200 Proz. zu erheben. Daß unter den gegenwärtigen veränderten Verhältnissen zu einer Zeit, wo die Aktien des Unternehmens mit etwa 125 Proz. ermäßig sind, kein verständiger Mensch hieran denken kann, bedarf keiner Darlegung. Die Ausübung des Berliner Erwerbsrechts hat also mit der Tariffrage schlechter-

dings nichts zu tun, und scheidet, wie der Verbandsdirektor selbst in seiner Denkschrift betont hat, aus dem Bereich der Erwägungen überhaupt aus.

Es bliebe nur noch das Erwerbsrecht auf Grund des Vertrages der Großen Berliner Straßenbahn mit Lichtenberg. Um dieses auszuüben, hat man bis zum 31. Dezember 1918 Zeit, also noch mehr als zwei Jahre. Auch der Lichtenberger Vertrag kann somit in keiner Weise für eine eifertige Behandlung während des Krieges für die schwere Belastung des Groß-Berliner Verkehrs und der Groß-Berliner Bevölkerung herangezogen werden.

Die Tarifserhöhung nach dem Berliner Vertrage würde auch dann, wenn der Verband bis zum Jahre 1920 keinen Finger rührte, nicht zur Wirksamkeit kommen. Dafür würden und könnten zunächst schon die Vororte, welche wie Charlottenburg, Schöneberg, Neukölln, Reinickendorf, Niederschönhausen,brig sich einen Zehnpennigtarif auf die ganze Vertragsdauer ausbedungen haben, mit entscheidendem Erfolg sorgen, indem sie dem neuen Staffeltarif sein Geltungsgebiet einfach vermauern.

Außerdem aber, und das glauben wir hier mit aller Entschiedenheit aussprechen zu dürfen, wird Berlin sicherlich nicht daran denken, eine Entwicklung zu begünstigen, welche seinem einseitigen Vorteil dienlich und die Interessen der übrigen Groß-Berliner Gemeinden schädigte. Die wenig freundlichen Andeutungen einzelner Vertreter von Berliner Vororten, als ob Berlin mit seinem Widerstande gegen ein überreifes Verfahren seinem eigenen Nutzen nachginge, fallen damit vollständig in sich zusammen. Und Berlin bleibt nach wie vor zu der Wahrung und Förderung berechtigt, nicht die Kriegszeit zu so schwerwiegenden Entscheidungen auszuweichen.

Unsere Ansicht über die Angelegenheit haben wir kürzlich eingehend dargelegt.

Die Zuckerportion.

Nachdem von der Reichszuckerstelle der Bedarfsteil für die einzelnen Personen vom 1. November 1916 ab befristet gegeben und die Verteilung des Zuckers vorgenommen worden ist, erläßt der Magistrat eine Verordnung, in welcher die Menge, die von den einzelnen Einwohnern bezogen werden kann, angegeben ist.

Während mit dem letzten Zuckerartenabschnitt für die Zeit vom 21. bis Ende Oktober nur 250 Gramm bezogen werden konnten, steht es jetzt, vom 1. November ab, den Einwohnern frei, für einen halben Monat 375 Gramm Zucker zu beziehen, und zwar nach Maßgabe der aufgedruckten Bestimmungen und gemäß der Kundenliste. Die Anfuhr von den entfernteren Raffinerien ist etwas verzögert worden, so daß manche Geschäfte erst in einigen Tagen in der Lage sein werden, die Kunden zu befriedigen. Doch konnte im ganzen der Zucker aus der neuen Ernte rechtzeitig nach Berlin gelangen.

Hierbei wird noch bemerkt, daß die Bekanntmachung über die Eintragung in die Kundenliste häufig falsch verstanden worden ist. Wer auf Grund des Zuckerartenkopfes in die Kundenliste einmal eingetragen worden ist, braucht mit Ausgabe einer neuen Zuckerkarte nicht erneut eingetragen werden; die Weiterlieferung erfolgt ohne weiteres auf Grund der bisherigen Eintragung.

Nachträgliche Eintragungen sollen nur erfolgen, wenn die betreffende Person verhindert war, sich eintragen zu lassen. Zu jeder Eintragung ist ein Kopfstück der bis zum 31. Oktober gültigen Zuckerkarte in den Geschäftsräumen der Zuckerlieferungsstelle, Kommandantenstr. 80/81 III. Stock, vorzulegen. Ohne dieses Kopfstück kann eine Eintragung nur erfolgen, wenn die polizeiliche Anmeldung über Zugang von außerhalb vorgelegt wird.

Die Zuckerlieferungsstelle befindet sich jetzt Kommandantenstraße 80/81.

Kleinhandelspreise für frische Seefische besser Qualität für Dienstag, den 31. Oktober 1916.

Schellfische, Klein (bis ¼ Pfund) 1,70 M., mittel (von ¼ bis 1 Pfund) 1,90 M., großmittel (von 1 bis 1½ Pfund) 2,05 M., große (von 1½ Pfund und mehr) 2,15 M.; Kabeljau, Klein (bis 1½ Pfund) 1,25 M., mittel (von 1½ bis 4 Pfund) 1,45 M., große (von 4 Pfund und mehr) 1,65 M., ohne Kopf (im Querschnitt) 2,25 M.; Schollen, kleine (bis zu ½ Pfund) 1,00 M. (Zusatz knapp.)

Die neuen Fleischpreise. Der Magistrat hat, nachdem die Stallhöchstpreise für Rinder um ein Geringses ermäßigt worden sind, die unter dem 22. September 1916 erlassenen Kleinhandelspreise für frisches (rohes) Rindfleisch außer Kraft gesetzt. An ihre Stelle treten die neuen Preise der Verordnung vom 25. Oktober 1916. Es sind folgende Ermäßigungen eingetreten: Es kostet 1 Pfund Schmorfleisch ohne eingewachsene Knochen und ohne Knochenbeilage (Keule und Bug) 2,90 M. (bisher 3 M.), 1 Pfund der übrigen Teile 2,30 M. (bisher 2,40 M.), 1 Pfund Gehacktes 2,40 M. (bisher 2,50 M.). Leere Röhrenteile der Knochen dürfen als Suppenknochen oder als Beilage zum Fleisch nicht verkauft werden.

Wer Gänse kaufen kann. Der Magistrat Berlin hat mehrere Tausend geschlachtete Gänse (gemästete Festgänse) gekauft und stellt sie in der Zentralmarkthalle zum Verkauf. Der Preis beträgt 4 M. für das Pfund. Anmeldungen Berliner Einwohner zum Bezuge, die nach der Reihenfolge des Eingangserwerbs nachschauen, sind an die städtische Markthallen-Direktion, O 2, Neue Friedrichstr. 35, zu richten. Es ergibt sich daraus, daß der Markthallen-Direktion an die Anmeldenden eine schriftliche Nachricht, wo und wann sie die von ihnen bestellten Gänse abholen können.

Um schwere und fette Gänse zum Preise von 4 M. das Pfund kaufen zu können, dazu gehört heute ein kleines Kapital.

Krankenernährung. Der Magistrat teilt mit: Obwohl in der Presse wiederholt darauf hingewiesen worden ist, daß der Verkehr mit der Zentralstelle für Krankenernährung auf schriftlichem Wege erfolgt, drängt es doch viele Kranke zur persönlichen Nachfrage insbesondere in den Bällen, in denen den Bewohnern der Zentralstelle auf eingereichte ärztliche Zeugnisse nicht gleich förmliche Karten für die ganze Bewilligungsdauer beigelegt werden konnten, weil die Zentralstelle sie selbst nur von Monat zu Monat von den einzelnen Nahrungsmittelabteilungen erhält.

Um derartigen Beunruhigungen im Publikum hinsichtlich der jetzt ablaufenden Wählarten für Oktober vorzubeugen, teilt die Zentralstelle mit, daß die Novemberarten, soweit solche für Kranke bewilligt worden sind, am 30. Oktober zur Verwendung gelangt sind.

Der Hiffsausfluß der Reichsdeutschen in Frankreich verlegt seine Geschäftsstelle am 1. November nach dem Reichsamt des Innern, Luisenstr. 83/84.

Gold auf Rennplätzen.

Um Gold zu bekommen, hatte der Berliner Reitverein denjenigen Besuchern der Pferderennen Vergünstigungen versprochen, die Gold in Zahlung geben. Und siehe da, der Erfolg war ein überraschender. Das Gold, das auf andere Mählungen nicht abgeliefert wurde, hier kam es zum Vorschein. Bis jetzt sind bei den Rennen — abgesehen von der noch ausstehenden Sammlung der Trabrennvereine — 422 780 M. Gold abgeliefert worden, das der Reichsbank zugeführt wurde. Den Hauptteil dieser Summe brachte die Grunewaldbahn, wo an 16 Renntagen 197 670 M. eingingen. Karlsruher, das die Anregung zu der Sammlung gab, lieferte an 18 Renntagen

125 110 M. und Hoppegarten an 16 Menntagen 100 000 M. In Strausberg fand keine Goldfammlung statt.

Das Pferdewesen in Karlsruhe, das am Sonntag Statifand, hatte wieder einen starken Besuch zu verzeichnen; es war „drügend voll“, so wissen Sportzeitungen zu berichten. Im übrigen hatte die Kaiserrei, die der Förderung der Pferdezücht dienen soll, zur Folge, daß ein Pferd zu Fall kam und mit gebrochenem Kreuz tot liegen blieb. Der Reiter kam mit heiler Haut davon.

Die neue Regelung der Milchversorgung in Groß-Berlin hat es mit sich gebracht, daß die Milch von den von der Fettstelle Groß-Berlin beauftragten Meiereien nicht mehr der großen Zahl von Händlern, die ganz kleine Mengen beziehen, zugeführt werden kann. Es mußte daher für die Übergangszeit die Milch der kleinsten Händler anderen Händlern zum Vertrieb zugewiesen werden, damit eine Störung der Milchzufuhr und so eine Gefährdung der Kinder und Kranken vermieden werde. Dagegen ist hierdurch eine Vermehrung der nicht mehr berufstätigen Milchhändler entstanden, wenngleich das ganz geringe Milchquantum, das ihnen noch zur Verfügung stand, einen nur unbedeutenden Verdienst abwarf. Die Fettstelle Groß-Berlin ist nur in der Lage, den Milchvertrieb so weit zuzulassen, als dies mit dem ordnungsmäßigen Verteilungsplan, der dem äußerst geringen Gesamtquantum der Milch angepaßt ist, vereinbar ist. Immerhin soll, wenn die Übergangsschwierigkeiten erledigt sind, die Regelung derart erfolgen, daß zwar die Zufuhr der Milch bei den größeren Kleinhandlern stattfindet, daß sich aber die bisher nicht bedachten Kleinhandler die Milch von den größeren Nachbarn abholen können. Sie werden dadurch in die Lage kommen, ihre frühere Kundenliste wieder zu bedienen.

Zurückhaltung von Streichhölzern?

Vor einigen Tagen wurde verbreitet, daß der Kleinhandelspreis für Streichhölzer überall im Reich 45 Pf. für das Paket betrage. Der Verein deutscher Fäbrikanten habe erklärt, daß der Preis eines Paketes beim Verkauf an die Kleinhandler 38 Pf. nicht übersteigen dürfe; es würden Zwischenhändler, die den Preis ungebührlich in die Höhe treiben, die Lieferung der Fabrikanten gesperrt werden. Jede Ueberschreitung des Kleinhandelspreises von 45 Pf. sei eine unberechtigte Preistreibe, gegen die die zuständigen Behörden einschreiten müssen. Diese Erklärungen haben zunächst die bekannte Wirkung gehabt, daß mit einem Male Streichhölzer in Paketen im Kleinverkauf kaum mehr zu haben sind. Vielfach wird nur eine einzelne Schachtel für — 10 Pf. abgegeben, was einem Preise von 1 M. für das Paket entspricht. Hier haben schamlos mit aller Energie die Behörden einschritten. Richtigfalls müssen ohne Verzug die Gemeinden unmittelbar von den Fabrikanten die den Verbrauchern schon in bedenkllichem Maße fehlenden Streichhölzer beziehen.

Töbliche Fensterstürze.

Beim Fensterputzen sind am Sonnabend zwei junge Mädchen tödlich verunglückt. In der Frankfurter Allee 81 war gegen 1/8 Uhr morgens das 16jährige Dienstmädchen Martha Brügge mit dem Reinigen der Fenster beschäftigt. Um die Rückseite der Scheiben und auch das ziemlich tief liegende Fensterblech gut säubern zu können, beugte sich das Mädchen weit hinaus, verlor das Gleichgewicht und stürzte aus der Höhe des zweiten Stockwerks kopfüber auf die Straße hinab. Augenzeugen des Vorfalls brachten die Schwerverletzte zu einem in der Nähe wohnenden Arzt, der feststellte, daß die W. einen Schädelbruch und mehrfache Brüche beider Arme davongetragen hatte. In den Folgen der erlittenen schweren Verletzungen starb das Mädchen unter der Hand des Arztes. — Ein gleicher tödlicher Unfall ereignete sich am Sonnabend in der Düsseldorfstraße 23 in Wilmsdorf. Dort hatte das Dienstmädchen Verla Brüche die Fenster geputzt und wollte dann die Gardinen befestigen. Dabei kam die V. auf der Stiegeleiter zu Fall und stürzte aus dem Fenster, das sie offen gelassen hatte, kopfüber aus der Höhe des dritten Stockwerks auf die Straße hinab. Das bedauernswerte Mädchen erlitt so schwere innere und äußere Verletzungen, daß es auf dem Transport nach dem Rittersfelder Stubenrauch-Krankenhaus starb. Die Leiche wurde beschlagnahmt und nach der Halle in der Berliner Straße gebracht.

Ein tödlicher Betriebsunfall hat sich am Sonnabend in Oberschöneweide ereignet. Auf dem Neubau der Nationalen Automobilfabrik in der Ostendstraße war der Arbeiter Käler aus Friedenau auf dem Dache des Gebäudes mit Arbeiten an der Eisenkonstruktion beschäftigt. Infolge eines Fehltrittes stürzte er durch einen Schacht bis zum Erdgeschloß. Er erlitt so schwere Verletzungen, daß er auf der Stelle starb.

Ein Mord in Frankfurt a. M. beschäftigt auch die hiesige Kriminalpolizei. In Frankfurt betrieb die 50 Jahre alte Schankwirtin Frau Rahmemann geb. Schornantlosh, deren Mann im Felde steht, auf der Köllner Straße 24 allein die Wirtschaft weiter. Diese ging ziemlich schlecht, so daß die Frau oft allein im Laden war. Am Dienstag voriger Woche kam sie blutüberströmt aus dem Geschäft heraus und brach tot vor der Tür zusammen. Sie hatte mehrere Stiche in die linke Brust erhalten und war verblutet. Der Mörder war bereits entkommen. Weil die Frau sehr zurückgefallen war, so ist es schwer, bestimmte Anhaltspunkte für die Täterhaft zu ermitteln. Die Frankfurter Kriminalpolizei fand bei ihren Nachforschungen in der Verhaftung der Ermordeten mehrere Briefe, unter ihnen auch die eines Sanitätsoldaten aus einem hiesigen Referenzlazarett. Dieser wurde gestern auf Veranlassung der Frankfurter Behörde von der hiesigen Kriminalpolizei vorläufig in Gewahrsam genommen. Er gehörte zum Bekanntenkreise der Frau Rahmemann, befreit aber jede Teilnahme an dem Verbrechen. Er hat wahrscheinlich auch nichts damit zu tun, gibt vielmehr seinen anderweitigen Aufenthalt zur Zeit des Verdes glaubwürdig an. Vielleicht kann er aber zur Aufklärung des Verbrechens beitragen. Die Kriminalpolizei führte ihn dem Militärgericht zu, das ihn weiter vernehmen wird.

Adressbuch für Berlin und seine Vororte. Die Frist für Vorbestellungen des Jahrganges 1917 des Berliner Adressbuches läuft mit dem 31. d. M. ab; vom 1. November tritt der um 2 M. erhöhte Ladenpreis in Kraft. Alle Abnehmer, die ihre Bestellungen nicht schon auf den Eintragungskarten oder Hauslisten aufgegeben haben, werden daher nochmals an die rechtzeitige Bestellung erinnert. Neben der zweibändigen Ausgabe des Adressbuches zum Preise von 14 M. erscheint auch eine Ausgabe in drei Bänden zum Preise von 15 M., die den Vorzug größerer Handlichkeit bietet.

Gesperrt. Das Polizeipräsidium teilt mit: Der Fahrverkehr Süd-Nord auf der Müllerstraße über die Kreuzung mit der Frenstraße wird wegen Untergrundbahnarbeiten gesperrt. Der bisher dafelbst gesperrte Fahrverkehr Nord-Süd wird freigegeben.

Aus den Gemeinden.

Neue Lebensmittel-Verteilung in Schöneberg.

Vom 1. November ab bringt der Magistrat Schöneberg Weizenmehl, Graupen und Marmelade zur Verteilung. Es werden verabfolgt auf Abschnitt 25 der Lebensmittelkarte 200 Gramm Graupen zu 12 Pf., auf Abschnitt 26 1/4 Pfd. Weizenmehl zu 7 Pf. und auf Abschnitt 27 1/4 Pfd. Marmelade (Auslandsware) zu 23 Pf.

Aus der Stadtverordnetenversammlung in Köpenick.

Am letzten Freitag bewilligten die Stadtverordneten 300 M. für die Vorarbeiten zu dem Projekt eines Bahnhofs in Stolow-Köpenick. Das Elektrizitätswerk hat einen Klein-

gewinn von 77 061 M. im letzten Geschäftsjahre abgemorfen und werden 80 000 M. der Stadthauptkasse überwiesen. Ferner lag ein Antrag des Magistrats vor, die bestehenden Teuerungszulagen der städtischen Arbeiter und Angestellten erheblich zu verbessern. Die Vorlage des Magistrats entspricht den Forderungen unserer Genossen, welche bereits im Sommer d. J. erhoben wurden, jedoch durch die Wehrheit der bürgerlichen Vertreter nicht die Zustimmung fand. Da auf allen Seiten noch Wünsche geäußert wurden, ging die Vorlage an eine Kommission, in der auch unsere Genossen durch drei Stadtverordnete vertreten sind. Die Wahlen der Arbeitnehmerbeisitzer zu dem städtischen Arbeitsnachweis, welche nach Vorschlägen der Gewerbegerichtsbeisitzer erfolgten, ergaben folgendes Resultat: Hermann Silberstein als Stadtverordneter, ferner Expedient Otto Kidel und Metallarbeiter Wih. Eisner. In der letzten Stadtverordnetenversammlung im September kam, wie wir bereits berichteten, die Textilarbeiterfürsorge zur Annahme, ohne daß es unseren Genossen gelang, die geforderten Sätze durchzudrücken; selbst die Berliner Sätze wurden als zu hoch angesehen. In der heutigen Sitzung machte nun der Magistrat eine neue Vorlage, welche über die Berliner Sätze noch hinausging und gelangten folgende Sätze zur Annahme: Für männliche und weibliche Arbeiter von 14 bis 16 Jahren 10 Pf., pro Stunde, für weibliche Arbeiter von 16 bis 21 Jahren 15 Pf., für männliche Arbeiter von 16 bis 21 Jahren 18 Pf., für weibliche Arbeiter über 21 Jahre 20 Pf., für männliche Arbeiter über 21 Jahre 27 Pf. und für jedes Kind unter 14 Jahren ein Zuschlag von 3 Pf.

Nach der jetzt erfolgten Veröffentlichung des Magistrats finden die Stadtverordnetenwahlen am Montag, den 13. November, für die Alt- und Dammstadt, am Dienstag, den 14. November, für die Köllnische Vorstadt statt. Die Namen der Kandidaten sind bereits mitgeteilt.

Aus der Gemeindevertretung Weiskensee.

Die Gültigkeit des im August gewählten Genossen Paul Weder zum Gemeindeverordneten wurde beschloffen und derselbe in sein Amt eingeführt. Zum stellvertretenden Vorsitzenden des Kaufmannsgerichts wurde Assessor Rahmus gewählt und zu Vorsitzenden des Gewerbegerichts Weigeordener Fr. Hamzoth, Spandauer Straße, Assessor Rahmus. Für die in der Langhansstraße 103 errichtete Zweigstelle der Sparkasse wurde beschloffen, daß diese befristet ist, Einlagen anzunehmen und über deren Empfang zu quittieren, Einlagen zurückzahlen und Zinsen auszuzahlen. Kündigung von Spareinlagen mit rechtlicher Wirkung entgegenzunehmen, Sparbücher zur Herbeiführung der Zinsaufschreibung in Empfang zu nehmen und Zinsen zuzuschreiben, Sparkonten zu führen, die erforderlichen Eintragungen in den Sparbüchern zu bewirken. Nach den Bestimmungen können Gemeinden von über 5000 Einwohnern die Verwaltung und Erhebung des Warenumsatzstempels vom 1. Oktober 1916 ab übernehmen und es wurde beschloffen, hiervon Gebrauch zu machen. Des weiteren wurde lebhaftige Klage geführt über die teilweise Einziehung und Verlegung der Straßenbahnhaltestellen, die ohne Wissen der Gemeindeverwaltung von der Großen Berliner Straßenbahn vorgenommen wurde. Eine Beschwerde an den Polizeipräsidenten hatte trotz vorgenommener Ortsbesichtigung keinen Erfolg, so daß die Gemeindevertretung nochmals eine weitere Beschwerde beschloß. Ganz unhaltbare Zustände haben sich besonders an der Endstation herausgestellt, weil man hier die Haltestellen an zwei gegenüberliegenden Straßen verlegt hat und man stets im ungewissen ist, welche Bahn zuerst abfährt. Die Endhaltestelle, an der alle Bahnen vorüber müssen, hat man einfach beseitigt; ein Hin- und Herrennen der Fahrgäste ist die Folge und wird wohl erst geändert werden, wenn genügend Unglücksfälle zu verzeichnen sind.

Erhöhung der Zuckermenge in Neukölln.

Die uns der Magistrat mitteilt, werden auf den Abschnitt I der Neuköllner Zuckerkarte für die Zeit vom 1. bis 15. November 1916 400 Gramm Zucker abgegeben. Die Zuckermengen, welche auf die weiteren Abschnitte abgegeben und entnommen werden dürfen, werden vom Magistrat jeweils bekannt gemacht.

Da ein Ertrag für abhanden gekommene Zuckerkarten nicht gewährt wird, ist die neue Zuckerkarte wegen ihrer langen Gültigkeitsdauer (vom 1. November 1916 bis 31. März 1917) besonders sorgfältig aufzubewahren. Ein Verlust dieser Lebensmittelkarte hat den Verlust des Zuckers für die ganze Gültigkeitsdauer also bis zum 31. März 1917 zur Folge.

Der Spielerschuh der Arbeiterschaft Neukölln hat es sich auch in diesem Winter zur Aufgabe gemacht, den Kindern Belehrung und Unterhaltung zu bringen. In diesem Zweck sind drei Kinderheime eingerichtet worden und zwar im Restaurant „Ideal-Kaffee“, Weichselstr. 8, Richardstr. 13 (großer Laden) und im Restaurant Pichard, Okerstr. 5. Die Unterhaltungs- und Handarbeitsstunden haben bereits in der vorigen Woche begonnen. Wir möchten nochmals darum ersuchen, die Kinder nach den Heimchen zu schicken. Daß Vieles und Belehrendes geboten wird, beweisen die Ausstellungen der angefertigten Arbeiten in den letzten Jahren. Die Mädchen machen Handarbeiten und fertigen Puppenkleider an, die Knaben beschäftigen sich mit Landjägearbeiten, Modellerbogen, Malen usw. Für die notwendige Aufsicht ist Sorge getragen.

Zur Abwechslung sind Kinovorstellungen mit guten belehrenden Filmen vorgesehen. Zu diesen Vorstellungen stellt und Herr Direktor Wiant, der Besitzer der Exzellenz-Bildspiele, Vergr. 150, und der Stern-Bildspiele, Hermannstr. 49, seine Institute vollkommen kostenlos zur Verfügung und trägt obendrein noch die Unkosten für ein Kinderheim. Die erste Vorstellung fand am Sonnabend statt. Wir haben da die Herstellung der Streichhölzer, die Arbeit in einer modernen Buchdruckerei und Buchbinderei, Porzellanmalerei, japanische Typen, ein gutes Drama und andere sehr schöne Sachen.

Der gute Besuch und der starke Beifall liehen darauf schließen, das Richtige getroffen zu haben. Alle unsere Freunde und Gönner wurden durch die freundlichen Kinderherzen für ihre Mühe und Kosten reichlich belohnt.

Die Spieltage sind im „Ideal-Kaffee“, Weichselstr. 8, Dienstags, Donnerstags und Freitags von 4 bis 6 Uhr nachmittags, in der Richardstr. 13 Dienstags, Donnerstags und Freitags von 4 bis 6 Uhr nachmittags, im Restaurant Okerstr. 5 Mittwochs, Donnerstags und Freitags von 4 bis 6 Uhr nachmittags.

Gerichtszeitung.

Unlauterer Wettbewerb.

Unter der Anklage des unlauteren Wettbewerbs stand gestern der Kaufmann Friedrich Sedlitz vor der 1. Strafkammer des Landgerichts II.

Diese Anklage hatte schon einmal die 4. Strafkammer des Landgerichts I beschäftigt. Den Anstoß dazu hatte der Strafanzug des Kaufmanns zur Bekämpfung des unlauteren Wettbewerbes im Edelmetallgewerbe gegeben, ein Verfahren, dem sich Obermeister, Stadtverordneter Ranzel als Nebenkläger angeschlossen hatte. Nach dem Sachverhalt hatte der Angeklagte, der in der Leipziger Straße ein Uhren- und Goldwarengeschäft betreibt, in seinem Schaufenster Uhrarmbänder ausgelegt, die mit vier roten und vier weißen Edelsteinen besetzt waren. Ein Teil von ihnen trug einen Zettel mit der Aufschrift: „Kellianpreis. Eine 60 Karat. Bei einem zweiten Teil waren noch die Zusätze „Prima Schweizer Wert“ und „Ausnahmepreis von Inzeratenteil verantw. Th. Glöck, Berlin, Druck u. Verlag: Vorwärts

70 Mark“ hinzugefügt, während der dritte zu einem Preise von 80 Mark angepriesen wurde. Hierin wurde eine Irreführung erblid; denn die „echten Brillanten“ waren in der Tat weiße Saphire und ebenso sollen die Uhrarmbänder trotz ihrer verschiedenen hohen Preise vollkommen gleichwertig gewesen sein. Schließlich waren auch die Uhrwerke nach dem Gutachten der Sachverständigen keineswegs von „prima Qualität“. Die 4. Strafkammer des Landgerichts I kam jedoch zu einer Freisprechung, da es einen unlauteren Wettbewerb nicht als festgesetzt und die Behauptung des Angeklagten, er habe die fraglichen Steine nicht als weiße Saphire erkannt, nicht als widerlegt ansah. Gegen dieses Erkenntnis machte jedoch der Nebenkläger von dem Rechtsmittel der Revision Gebrauch. Das Reichsgericht wies die Sache zur erneuten Entscheidung an das Landgericht II. Dieses kam jetzt auch zu einem wesentlich anderen Ergebnis; denn es verurteilte den Angeklagten im Sinne der Anklage zu 3000 Mark Geldstrafe eventuell 300 Tage Gefängnis und Veröffentlichung des Urteils.

Parteiveranstaltungen.

Leitner Kreis. Mittwoch, abends 8 1/2 Uhr: Gemeinsamer Extrazahlabend im Gemerkschaftshaus, Engländer 14/15. Die Bezirksführer werden ersucht, die Mitglieder noch besonders zu laden.

Regeln. Heute Dienstag, 31. Oktober, pünktl. 1/9 Uhr abends: Mitgliederversammlung des Wahlkreises bei Schellhase, Abornstr. 12a. Tagesordnung u. a.: Bericht von der Verbandsgeneralversammlung und Beschlußfassung über wichtige Anträge. Dabei ist pünktliches Erscheinen aller Genossen und Genossinnen dringend nötig.

Neukölln. Donnerstag, den 2. November, abends 8 1/2 Uhr, findet in den Ballast-Bekälern, Bergstr. 160, eine außerordentliche Generalversammlung des Sozialdemokratischen Wahlkreises Neukölln statt. Tagesordnung: Bericht von der Verbandsgeneralversammlung. Siehe Inzerat.

Sozialdemokratischer Wahlkreis Köpenick. Mittwoch, den 1. November, abends 8 1/2 Uhr: Wahlvereinsversammlung Tagesordnung: 1. Bericht von der Verbandsgeneralversammlung, 2. Diskussion 3. Stellungnahme zur Stadtverordnetenwahl und Aufstellung der Kandidaten. — Der wichtigen Tagesordnung wegen ist es Pflicht aller Mitglieder, die Versammlung pünktlich zu besuchen. — Außerdem zur Kenntnisnahme der Mitglieder, daß folgende drei Kunstausstellungen in Parteigenossenschaften errichtet sind: Köpenicker Vorstadt: Robert Rich, Orinauer Str. 7; Reich-Vorstadt: Otto Joch, Reichenow, an der Rieg-Brücke; Damm-Vorstadt: Albert Beyer, Kaiser-Wilhelm-Str. 69, II.

Pankow. Die Mitgliederversammlung heute abend im „Fürstentum“ fällt aus. Dagegen ist der nächste Zahlabend, Mittwoch, den 6. November, ein gemeinsamer, für alle Gruppen des Bezirkes.

In der Kreisgeneralversammlung von Teltow-Beeskow am 22. Oktober ist eine Kartenmappe gefunden worden. Abgeholt bei W. Freygang, Trepptom, Gracchstr. 24.

Schöneberg. Der Arbeiter-Turnverein veranstaltet kommenden Sonntag, den 6. November, ein öffentliches Turnen in der städtischen Turnhalle, Bertholdstraße. Dazu jedermann freundlich eingeladen ist. Anfang nachmittags 4 Uhr. — Die regelmäßigen Turnübungen des Vereins finden jeden Dienstag und Donnerstag abend in obiger Turnhalle statt.

Briefkasten der Redaktion.

G. P. 50. Das Kriegseinkaufsbüro warnte in den Zeitungen ausdrücklich vor der Benutzung vergilbter Gefäße zum Döckelchen. In den Fruchtgärten ist sich keine Metallmasse auf und machen die Konserve nicht nur schlecht schmeckend, sondern auch gesundheitsgefährlich. Ein Mittel, die Marmelade genießbar zu machen, gibt es nicht. Smaliertere Löffel, die nicht beschädigt sein dürfen, ferner reine, unoxydierte eiserne Löffel und solche aus Aluminium sind zum Döckelchen und unbedenklich zu verwenden. Die Beeren des weißen Hiebers, auch Hollunderbeeren genannt, geben verschiedene gute Konerven. Die gewaschenen Beeren stellt man mit einer Gabel ab und läßt sie im eigenen Saft 1/2 Stunde lang. Ein gut gepökeltes Tuch spannt man zwischen den Fäden eines umgekehrten Stuhles an, schüttet die Fruchtmasse darauf und läßt den Saft, ohne zu brüden, in eine darunter gestellte Schüssel durchlaufen. Der so gemommene Saft wird nochmals 10 Minuten gekocht und heiß in die erdörmten Flaschen gefüllt, die man sofort mit gebräunten Korken verschließt und mit flüchtl. Öl abdeckt. Sehr gut zu Fruchtstücken und Säucen zu Weckbrot, Breigewichten und Hammers. Auch genießt mit Ahabarberlast zu verwenden. Das auf dem Selbstzug zurückgebliebene Fruchtmark kann mit Pflanzenmehl zusammen verlost werden, aber auch mit Stärke und Mehl zu gleichen Teilen als Marmelade. Man rechnet 1/2 Pfund Zucker auf 1 Pfund Fruchtmasse. Aufbewahrung möglichst luftdicht verschlossen an trockenem, luftigem und frostfreiem Ort.

Eingegangene Druckschriften.

Caritativ-soziale Lebensbilder. Von Prof. Dr. B. Mele. Geb. 1,20 M. — Volkswirtschafts-Verlag, M.-Gladbach.
Die Abenteuer des Ibrahim. Von D. Mag. 3,50 M., geb. 4,50 M. — H. Meyer, Berlin W. 60.
Kriegs zum Kriegschauplan 1914/1916. 23 Haupt- und Nebenkarten aus Meyers Konversations-Lexikon. 1,50 M. Bibliographisches Institut, Leipzig.
Die deutschen Banken im Jahre 1915. zugleich eine vollständige Statistik der deutschen Banken seit dem Jahre 1883. Von Dr. B. Baeder. 2 Bände. — G. Christian, Berlin SW. 11.
Kriegsplan. Kampfgebiete 1914 bis 1916 von Dr. Franz Diederich. In hartem Umhlag 1,50 M. In leinwand Umhlag 2 M. — Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW. 68, Lindenstr. 3.
Arbeiterdiktator. Geschichte aus den Schicksalstagen 1914 bis 1916 von R. A. Hindelsen. 20 Pf. — Sekretariat Sozialer Studentarbeit, M.-Gladbach.
Ulrich Dürer. Von G. Waldmann. Mit 80 Holzschnitten, geb. 3,50 M. Insel-Verlag, Leipzig.
Belgien in deutscher Kriegsgefangenschaft. Von Deming a. Mehl. Kart. 2 M. — Morawe u. Schell, Berlin W. 50.
Junfer, Arbeiter und Bauer in den Kriegsvorbereitungen. Ein- und Auswand. Von G. Waldmann. 75 Pf. — Buchhandlung der „Volkswirtschaft“, Freiburg i. Br.
Der Krieg 1914/16 in Wort und Bild. Heft 100 bis 102. Jede Woche ein Heft. 30 Pf. — Bonn u. Co., Berlin W. 57.
Ein Beitrag zur Ausbildung leiblicher Hände beim Menschen. Von Regimentsarzt Dr. A. Mele. — Das Kralauer Kaffeeheft. Studie von Dr. F. Reinhold. Einzeldruck 30 Pf. — „Kralauer Zeitung“, Kralau.
Männchen - Schriften. Heft 14: Die Einheitschule. Von G. Th. M. Meyer. Geb. 1,20 M. — Die Aufgaben der Sexualpädagogik. Herausgegeben von G. C. Almeding. Geb. 80 Pf. — G. C. Teubner, Leipzig.
Der deutsche Krieg in Feldpostbriefen. Herausgegeben von J. Deibitz. Bd. 5: Der Krieg auf Paris. 345 S. — G. Müller, München.
Das Tier und Wir. Von Prof. Dr. F. Schmid. 1 M. — Natur. Ill. Goldmonatschrift für Naturkunde. 1917. Heft 2. Jahrg. 24 Hefte (siehe auch 1. Jahrg. 6 Hefte). — J. S. Thomas, Leipzig.
„Arbeiterpolitik“. Wochenchrift für wissenschaftlichen Sozialismus. Heft 19. 15 Pf. — Verlag in Bremen, Weller Heerstr. 52.
„Die Glocke“. Sozialistische Wochenchrift. Herausgegeben von Garbus. Heft 31. 20 Pf. — Verlag für Sozialwissenschaft, Berlin SW. 68.
Verdienstwahl. Vergütung und Arbeitsleistung. Von B. J. Antmann. (Aus Nat. u. Geistesw. 522). 1,20 M., geb. 1,50 M. — G. C. Teubner, Leipzig.
Deutsches Knabenbuch. Ein Jahrbuch der Unterhaltung und Belehrung für Knaben von 10 bis 17 Jahren. 412 S., geb. 7,50 M. — Brüder Grimm Märchen. Für die Jugend ausgewählt von H. Morf. Bilder von B. Hey. Geb. 6 M. — Der schwarze Peter und andere Schattenschilder. Von J. Trojan. Kart. 2 M. — Waldhof. Gesichten seiner Freunde und Freunde erzählt von J. Kerck. Geb. 4,30 M. — Scherz und Ernst nach J. Faust. Ausgewählt von G. Wilmanns. Kart. 2 M. — Am Col di Lana. Erinnerungen aus dem Kriegsjahr 1915 von Alal Godovic Solaja. Geb. 2,50 M. — Konradin, der Wrasenlohn. Geschichte aus dem Bauernkrieg, erzählt von H. Sperl. Geb. 3,50 M. — A. Thienemanns Verlag, Stuttgart.
Die Viehwirtschaft. Zwei Romane von D. Sogta. 1 M. — A. Langen, München.
Bivat Putschelle! Der alte Kaiser/Gimke neue Folge. Herausgegeben von Hofs. C. Rabe. 60 Pf. — C. L. Borchardt-Verlag, Hamburg.

Wetterausichten für das mittlere Norddeutschland bis Mittwoch mittag. Deilich der Ober vielfach heiter, im Westen überwiegend bewölkt mit weitverbreiteten, meist leichten Regenschauern; Temperatur wenig verändert.
Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin L. M.